

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis (schonumerando):
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei und frachtfrei.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift 10 Pf., Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugensland, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile ober dem Raum 50 Pf., für
 vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (letzt-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schluß-
 worten-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Insetze für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitag findet der dies-
jährige in Mannheim statt. Auf Grund der Bestimmungen
der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteiorganisation beruft
die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 23. September,

abends 7 Uhr, nach Mannheim in das Lokal „Apollotheater“,
G. 6, 3 ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr: Vor-
versammlung, Konstituierung des Parteitages, Festsetzung
der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandats-
prüfungs-Kommission.

Montag, den 24. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: B. Pfannkuch und A. Gerich.
 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Schöpflein.
 4. Rasseifer. Berichterstatter: R. Fischer.
 5. Der politische Massenstreik. Berichterstatter: A. Weber.
 6. Der internationale Kongress 1907. Berichterstatter: P. Singer.
 7. Sozialdemokratie und Volkserziehung. Berichterstatter: E. Zetkin und G. Schulz.
 8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Berichterstatter: S. Haase.
 9. Sonstige Anträge.
 10. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des
Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
- Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die
Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen —
rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August im Besitze
des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Ab-
satz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht
und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der
örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung
und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden
ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokal-
komitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die
Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden
können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

August Dreesbach, Mannheim, R. 3, 14,

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf auf-
merksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene
Notive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten
zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den
Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch be-
freundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen.
Ein Abdruck der Notive verbietet sich aber aus räumlichen
Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 23. Juli 1906.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Genossinnen!

Als Beauftragte der Genossinnen Deutschlands beruft die
Interzeichnete eine Frauenkonferenz nach Mannheim ein, wo
der nächste Parteitag stattfinden wird. Die Konferenz soll
Sonntag, den 22. September, morgens 9 Uhr, in der
Zentralhalle, Q. 2, 16, zusammentreten und nötigen-
falls noch Sonntag nachmittag tagen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson,
a) Agitation, b) Presse.
2. Frauenstimmrecht. Berichterstatterin: Genossin
Zetkin.
3. Agitation unter den Landarbeiterinnen.
Berichterstatterin: Genossin Zieg.
4. Die Dienstbotenbewegung. Berichterstatterin:
Genossin Grünberg.

5. Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen.

Berichterstatterin: Genossin Duncker.
In Orten, in denen ein Zusammenarbeiten mit den Ge-
nossinnen sich mit diesen baldigt über die Wahl einer Dele-
gierten verständigen. Dort, wo die Verhältnisse nicht so günstig
liegen, haben die Genossinnen laut § 11 Absatz 1 des Organi-
sationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das
Recht, in öffentlicher Frauenversammlung nicht nur eigene
Delegierte für die Frauenkonferenz zu wählen, sondern auch
für den Parteitag. Wünschenswert ist jedoch, daß die
Delegierten zur Frauenkonferenz auch zugleich ein
Mandat für den Parteitag erhalten.

Die Verhandlungsgegenstände, die auf seiner Tages-
ordnung stehen, sind alle von größter Wichtigkeit für die
proletarische Frauenwelt. In erster Linie sei auf die Frage
der Volkserziehung hingewiesen, an welcher die
Proletarierin als Bildungsbedürftige wie als
Mutter das höchste Interesse hat. Möchten daher die
Genossinnen überall dafür sorgen, daß dem ihnen zustehenden
Rechte gemäß an dem diesjährigen Parteitag als Delegierte
Frauen teilnehmen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten
und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen.

Anträge sind spätestens bis zum 31. August einzusenden.
Erfolgte Wahlen von Delegierten sind der Unterzeichneten
zu melden.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

August Dreesbach, Mannheim R. 3, 14.

Die Frauenkonferenz zu Mannheim muß nicht nur ein
Beweis für die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung
werden, sondern auch der Ausgangspunkt weiterer großer
Erfolge.

Mit Parteigrüß

Diätke Waaber, Berlin S. 53, Blücherstr. 49, Hof II.

Auf dem Wege zum Schafott.

Petersburg, 22. Juli. Ein Ukas des Kaisers
vom 21. Juli verfügt die Auflösung der Reichs-
duma und die Einberufung einer neuen Reichsduma
auf den 6. März 1907. Die Bestimmungen für die
Vornahme der Neuwahlen sollen später veröffentlicht
werden. Ein zweiter Ukas des Kaisers enthebt den
Ministerpräsidenten Goremykin seines Postens.
An seine Stelle tritt der bisherige Minister des Innern
Stolypin, der zugleich das Portefeuille des Innern
behält.

Stadt und Gouvernement Petersburg ist durch
Ukas des Kaisers in den Zustand des außer-
ordentlichen Schutzes versetzt worden. Ferner ist
über das ganze Gouvernement Kiew, mit Ausnahme
des Bezirkes Kiew, der Kriegszustand verhängt
worden.

Petersburg, 22. Juli. Obgleich das kaiserliche
Dekret, welches die Auflösung der Reichsduma an-
kündigte, in der vierten Morgenstunde bekannt wurde,
ist die Nachricht hiervon bereits ins Volk gedrungen.
Man spürt die gedrückte Stimmung. Die Residenz
wimmelt von Truppen. Aus dem Lager und aus den
Nachbarorten sind gestern bis um Mitternacht vier
Infanterieregimenter, die Chevaliergarde und die Garde
zu Pferde eingetroffen, ferner eine Anzahl Schwadronen
Kusaren und Manen sowie Grenadiere und Maschin-
gewehr-Kompagnien. In nächster Nähe des Reichs-
duma-Palastes stehen Kusaren. Die Behörden erwarten
heute der „Kowoje Wrenja“ zufolge große Unruhen
im Petersburger Kreise. Der Polizei sind energische
Maßnahmen vorgeschrieben. Die Lagerungen in
Krasnoje Selo werden bereits Ende Juli a. St. ab-
geschlossen.

Es war am 5. Mai 1789, als in Versailles die Reichsstände
zusammentraten. Die wahnsinnige Verschwendungssucht des Hofes,
die völlige Zerrüttung der Finanzen trieben Frankreich unaufhaltsam
dem völligen Bankrott entgegen. Bereits hatte nach dem Fall des
Erzbischofs von Brienne am 25. August 1788 die Zahlung der
Staatsrenten eingestellt werden müssen. Die Einberufung der Reichs-
stände zur Erschließung neuer Steuerquellen war zum einzigen
Mittel für die Regierung, zur letzten Rettung für den Thron der
Capets geworden. Es hatten sie gleich dringlich das Parlament
und die Pairs am 13. Juli 1787, die Stände der Dauphine in der
Versammlung zu Vizille, die Geistlichkeit in der Versammlung zu
Paris gefordert.
Die Reichsstände sollten neue Geldmittel schaffen. Dem zer-
störten Staatskredit Frankreichs wieder eine feste Basis verleihen;
das waren die alleinigen Aufgaben, zu denen sie der Hof aus-
ersehen hatte. Um den dritten Stand, die breite Masse des Bürger-

tums, für die verlangte Schröpfung günstig zu stimmen, hatte man
ihm die doppelte Anzahl Vertreter wie dem Adel und der Geistlich-
keit zugestanden; man war auch geneigt, ihm nötigenfalls gewisse be-
scheidene Reformen, die Milderung allzu drückender Verwaltungs-
maßnahmen zu gewähren; doch an eine ernstliche Einschränkung der
Prerogative der Krone und der Standesvorrechte dachten weder der Hof
noch die bevorrechteten Stände. Die Thronrede, mit welcher der
König die Reichsstände eröffnete, bestand nur aus Klagen über
die Geldnot des Landes und die Gärung im Volke. Es fehlte jeder
Hinweis auf irgend welche Reformen; um so deutlicher verkündete
der Großherzog von Savoyen die Absicht des Hofes, indem er in
der Eröffnungsrede erklärte:

„Damit, daß Se. Majestät dem zahlreichsten unter den drei
Ständen, auf dem hauptsächlich die Last der Steuern und Abgaben
liegt, eine doppelte Vertretung gewährt, hat sie keineswegs die
Form der früheren Beratungen geändert. Wenn auch die Ab-
stimmung nach Köpfen, insofern als sie nur ein einziges Resultat
liefert, den Vorteil zu haben scheint, daß sie den allgemeinen
Wunsch besser erkennen läßt, so ist es doch der Wille des Königs,
daß diese neue Form nur mit freier Uebereinstimmung der Reichs-
stände und mit Genehmigung S. Majestät in Wirksamkeit treten
kann.“

Die Regierung war zwar, soweit Steuern und Geldfragen in
Betracht kamen, der Abstimmung nach Köpfen nicht abgeneigt, da sie
hoffte, hierdurch das Bestehen des Adels und der Geistlichkeit auf
ihre Steuerprivilegien zu brechen; dagegen wollte sie
bei der Beratung politischer Reformen die Abstimmung
nach Ständegruppen aufrecht erhalten, damit die „Neuerungssucht“
des dritten Standes durch Adel und Geistlichkeit
gelähmt werde. Die Reichsstände sollten nach den Absichten des
Hofes lediglich als bloße Steuerbewilligungsmaschine fungieren.

Die Haltung der Vertreter des dritten Standes durchkreuzte
diese überflügen Berechnungen. Sie bestanden auf der Abstimmung
nach Köpfen und konstituierten sich am 17. Juni 1789 auf Siches
Antrag selbstständig als Nationalversammlung, indem sie zugleich
den Beschluß faßten, daß nur die Nationalversammlung das Recht
habe, Steuern zu bewilligen, daß aber die eingeführten Steuern
bis zu dem Tage fortbestehen sollten, an dem die National-
versammlung aufgelöst werde. Die Regierung antwortete mit
einem Gewaltstreik; sie ließ am 20. Juni den Sitzungssaal
schließen und mit Militär besetzen. Die Nationalversammlung hielt
ihre Sitzungen im Ballsaale ab und schwor, bis zur Durchsetzung
einer Verfassung nicht auseinander zu gehen. Der König löste
darauf am 23. Juni die Reichsstände auf; die Nationalversammlung
ignorirte den Auflösungsbehehl und setzte auf Mirabeaus Antrag
ihre Sitzungen fort. Nun griff die Regierung zum
Staatsstreik. Sie zog Truppen um Paris und Versailles
zusammen, und als am 11. Juli 30 000 Mann Paris umschlossen
hielten und weitere 20 000 auf Paris marschierten, da entließ der
König das Ministerium Necker und berief ein noch reaktionärer.
Die Folge war der Aufstand des Pariser Volkes am 13. und 14. Juli,
der zur Ertümmung der Bastille führte und der Herrschaft der
Capets in Frankreich den ersten Schlag versetzte. Am Morgen
des 15. Juli erschien der König als Votender vor der National-
versammlung, deren Adressen er noch in den letzten Tagen höhnisch
ignorirt hatte. Ohne Bedingung und stehend stellte er:

„Das Haupt der Nation kommt vertrauensvoll in die Mitte
ihrer Repräsentanten, um ihnen seinen Kummer über die unruhige
Hauptstadt zu bekunden und Sie um Rat zu fragen. Man hat
einen ungerechten Argwohn in Ihren Gemüthern erregt, doch wer
meinen Charakter kennt, wird schändlichen Gerüchten nicht glauben.
Ich bin eins mit der Nation; ich vertraue mich Ihnen an.
Helfen Sie mir, das Wohl des Staates zu sichern; ich erwarte
das von der Nationalversammlung. Ich baue auf die Liebe und
Treu meiner Untertanen, und ich habe den Truppen befohlen,
sich von Paris und Versailles zurückzuziehen.“

Das Schicksal des Königtums aber war entschieden. Louis
Capet hatte mit seinem Staatsstreik den Weg zum
Schafott beschritten.

Der Bastillesturm drängte die Revolution in eine neue Rich-
tung. Den gemäßigten Bauern gab er das Signal zum Wieder-
brennen der adeligen Schlösser und Jwingburgen. Fast überall
griffen die Bauern zur Selbstwehr. Die stolzen Herrenhufe
des übermütigen Adels, die reichen Klöster und Höfe der
Geistlichkeit gingen in Flammen auf. Wochenlang glänzte
der Himmel über Frankreichs Provinzen vom roten Widerschein der
Feuersbrünste, in denen die verfaulte feudale Herrlichkeit verbrant.
Zugleich aber stärkte der 14. Juli die Kraft des revolutionären
Volkes von Paris und drängte die Parteien weiter nach links.
Drittens aber gab er der Autorität des Königs, seiner Beliebtheit
bei der Volksmasse den ersten entscheidenden Stoß. Bei seinem Re-
gierungsantritt hatte man Ludwig XVI. den „Heilsehnten“, den
„Vielgeliebten“ genannt und ihn bis zur Auflösung der Reichsstände
in allen Parteien verehrt. Selbst ein Marat nannte ihn: „Unseren
guten König“. Nun wich der Damm der kindlichen Verehrung, der
gläubigen Abgötterei: schon 2 1/2 Monate später erfolgte der
Zug des Pariser Volkes nach Versailles, um von dem „Ober-
bäcker“, wie man nun schon spöttlich den „Vielgeliebten“ nannte,
Brot zu holen, und ihn zwecks besserer Beaufsichtigung nach Paris
zu schleppen.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, wenigstens nicht in allen
Einzelheiten; aber sie bietet wertvolles Material zur Beurteilung
kritischer Situationen und ihrer Folgen. Wie einst Louis Capet hat
nun auch Nikolaus Romanow, dem eine nicht von bezahlten Loh-
hüdelern geschriebene Geschichte einst den Weinamen „der Blutige“
nicht vorenthalten wird, sein Wort und die Verfassung gebrochen
und in der Meinung, seine kleinen dynastischen Eigeninteressen
retten zu können, die Reichsduma aufgelöst. Wir wissen nicht,

was die Duma unternommen wird, ob sie dem zaristischen Staatsstreik folgen, ob sie sich anderswo versammeln, ob sie die Auflösung der Duma als Wort- und Verfassungsbruch brandmarken und das Volk zum Widerstand aufrufen wird; wir wissen auch nicht, ob die russischen Bauern, wie einst die französischen, zur Selbsthilfe greifen und die Gutshöfe in Massen niederbrennen werden. Das aber wissen wir, daß der neueste brutale Akt des Zarismus die Revolution nicht erschüttert, daß er ihren Fortschritt nicht hemmen wird. Der zugleich niederträchtige und einseitige Schritt des von allen guten Göttern verlassenem Jaren wird nur die revolutionären Kräfte des Volkes noch mehr entfeuern; er wird nur den radikalen Parteien ein noch härteres Liebergewicht verschaffen; er wird die Bauern vollends in die revolutionären Kampfreihen treiben. Nikolaus Romanow hat seinen Untergang besiegelt. Schon mit dem Blausonntag des 22. Januar 1905 hat er den Weg zum Schafott betreten; nun schreitet er weiter von Etappe zu Etappe, der Nachfolger Karl Stuarts und Louis Capets.

Nichts ist lächerlicher, als von dem Staatsstreik eine Vermeidung der russischen Revolution zu erhoffen. Sie wird fort-schreiten, denn sie ist zur inneren Notwendigkeit geworden. Die reaktionäre Presse, die dem zaristischen Staatsstreik jubelt, sie wird bald dieselbe Erfahrung machen wie nach dem Blausonntag, als sie die Niedermegung Wehrloser als glorreichen Sieg des Zarismus über das russische Volk feierte. Der Blausonntag war nicht das Ende, es war der Beginn der eigentlichen Revolution. Schon wenige Wochen später stand der größte Teil der industriellen Reviere Russlands im politischen Massenstreik, der gleich einem Feuerbrand um sich griff, so daß bereits Ende März an 150 Städte vom Streikfieber erfaßt waren. Dann erfolgte die Hinrichtung des Senators Johnson und des Großfürsten Sergius, der Ausbruch der Unruhen im Kaukasus, die Bauernrevolten in Südwestrussland und in den Ostprovinzen, der Wiederausbruch der Unruhen in Ost, der Abfall eines Teiles der Schwarzen Meer-Flotte, erneute Kämpfe im Industriegebiete Russisch-Polen, die Barrikadenkämpfe in Lodz und in Moskau.

Die neueste Leistung des Zarismus wird neue revolutionäre Energien auslösen. Seine Existenz lastet nicht nur auf Russland, sondern auf der ganzen Kulturwelt als qualender unerbittlicher Fluch, als Verhöhnung aller Menschlichkeit — er muß fallen!

Das Auflösungsmanifest des Jaren.

Petersburg, 22. Juli. Heute wurde folgendes kaiserliche Manifest veröffentlicht:

Wir haben durch unseren Willen die Vertreter der Nation zu einem Werke gesetzgeberischen Schaffens berufen. Indem wir fest auf die göttliche Gnade vertrauen und an eine glänzende und große Zukunft unseres Volkes glauben, erwarteten wir von ihren Arbeiten Gutes für das Land. Wir haben auf allen Gebieten des nationalen Lebens große Reformen in Vorschlag gebracht, und wir haben es immer unsere Hauptaufgabe sein lassen, die Unwissenheit des Volkes durch das Licht der Bildung und die Kosten des Volkes durch eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen und der Bedingungen für den Landbesitz zu befähigen. Eine grausame Prüfung hat unsere Erwartungen getrübt. Anstatt auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu schaffen, entfernten sich die Vertreter des Volkes aus dem Bereich ihrer Zuständigkeit und beschäftigten sich mit Untersuchungen über die Handlungen der auf unsere Anweisung eingesetzten Lokalbehörden und über die Unvollkommenheiten der Grundgesetze, die nur durch unseren kaiserlichen Willen abgeändert werden könnten. Endlich unternahmen die Vertreter des Volkes wahrhaft ungeschickte Handlungen wie den Aufruf an das Volk seitens der Duma. Die Bauern, die durch derartige Ungeheuerlichkeiten beunruhigt wurden und auf eine gesetzliche Besserung ihres Schicksals warteten, gingen in einer Reihe von Bezirken zur offenen Plünderung, zur Zerstörung fremden Eigentums und zum Ungehorsam gegen das Gesetz und gegen die rechtmäßigen Behörden über. Aber unsere Untertanen müssen sich erinnern, daß die Besserung des Loses des Volkes nur möglich ist unter der Bedingung voller Ordnung und Ruhe. Wir werden keine willkürlichen oder ungeschicklichen Handlungen zulassen und mit allen Nachmitteln des Staates werden wir unseren kaiserlichen Willen den Ungehorsamen aufzwingen. . . . Möge die Ruhe im russischen Lande wiederhergestellt werden und möge Gott und helfen, die wichtigste unserer Aufgaben, die Besserung des Loses der Bauern zu verwirklichen. Unser Wille in diesem Punkte ist unerschütterlich, und der russische Arbeiter wird, ohne fremdes Eigentum anzutasten, da, wo die ländlichen Besitzungen zu Akte sind, ein gesetzliches und rechtlichaffenes Mittel erhalten, um seinen Landbesitz zu erweitern. Die Vertreter der anderen Klassen werden auf unsere Aufforderung alle ihre Bemühungen aufwenden, um diese große Aufgabe, die von der zukünftigen Duma endgültig im Wege der Gesetzgebung gelöst werden muß, zu verwirklichen. Indem wir die Duma auflösen, be-schließen wir unsere unabänderliche Absicht, diese Institution zu bewahren. In Übereinstimmung mit dieser Absicht haben wir durch einen an den vollziehenden Senat gerichteten Ukas die Einberufung einer neuen Reichsduma auf den 5. März 1907 festgesetzt.

Erneue Söhne Russlands, Euer Kaiser ruft Euch, wie ein Vater seine Kinder, Euch mit ihm zu vereinen, um unser heiliges Vaterland wieder gefunden zu lassen. Wir glauben, daß diesen des Gedankens und der Tat erscheinen werden und daß dank ihrer emstigen Arbeiten der Ruhm Russlands erstahlen wird.

Nikolaus.

Was wird die Duma tun?

Petersburg, 23. Juli. Die Mehrzahl der Dumaabgeordneten ist am Laufe des heutigen Tages nach Finnland abgereist, um dort über die durch die Auflösung der Duma geschaffene Lücke zu beraten.

Petersburg, 23. Juli. (Von einem Privatkorrespondenten.) Aus Wiborg (Finnland) wird gemeldet, daß alle Hotels mit Abgeordneten überfüllt sind. Auch viele Privatpersonen sind in Wiborg eingetroffen. Gestern Abend fand in einem Hotel eine Beratung statt, die von 185 Abgeordneten besucht war. Nicht anwesend waren die Vertreter des rechten parlamentarischen Flügels und der rechtsstehenden Polen. Vertreter der Presse wurden nicht zugelassen. Den Vorsitz führte der bisherige Reichsdumapresident Morozow. Die Sitzung, so heißt es in dem Wiborger Telegramm, werde bis spät in die Nacht dauern. Auch einige Reichsratsmitglieder seien in Wiborg eingetroffen, doch seien sie, da die Sitzung nicht öffentlich war, ebenso wenig wie Strube, Heisen und andere zugelassen worden.

Wiborg, 23. Juli. (Melbung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die hier versammelten früheren Abgeordneten zur Reichsduma haben beschlossen, namens der Duma ein Manifest zu veröffentlichen.

In dem von den Kadetten ausgearbeiteten Manifest, dessen Wortlaut von der Arbeitsgruppe etwas verschärft worden ist, wird der Regierungskult vom 21. d. M. als ein Versuch bezeichnet, Russland auf lange Zeit der Volksvertretung zu berauben. In dem Manifest heißt es weiter, als logische

Folge der Verletzung der Verfassung durch die Regierung sei es eine Pflicht der Bürger, keine Steuern zu zahlen und nicht einen Soldaten zu stellen. Das Manifest ruft das Volk auf, jede Gewalt-tätigkeit energisch abzuwehren. — Anwesend sind hier zwei Drittel der Mitglieder und das Präsidium der Duma. Den Vorsitz bei den Verhandlungen führt Morozow. Heute früh sind die Vertreter der polnischen Rechte sowie Graf Heyden und Stachowicz eingetroffen.

Bei der zweiten Lesung des Manifestentwurfes wurden einzelne Tatsachen beraten. Da die Kadettenpartei der Ansicht ist, daß sie nicht mehr als Vertreterin des Volkes erscheinen werde, legt sie ihre Abgeordnetenmandate nieder. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe behaupten dagegen, das Recht zu haben, sich Volksvertreter nennen zu können, und wollen nicht vor der Wahl eines neuen Parlaments auseinandergehen. Der entgeltliche Wortlaut des Manifestes wird von einer Kommission von sechs Mitgliedern ausgearbeitet. Unter den Abgeordneten herrscht einiger Zwiespalt, und nicht alle können sich entschließen, das Manifest zu unterzeichnen. Fürst Dolgorudow wurde zum Gouverneur geladen, der ihm erklärte, die Beratungen seien möglichst schnell zu Ende zu führen, da es möglich sei, daß morgen der Kriegszustand über Wiborg verhängt werde. Infolgedessen beeiilen sich die Versammelten, und die Beratung wird wahrscheinlich heute beendet werden.

Sollten die Kadetten tatsächlich gewillt sein, ihre Mandate niederzulegen, so muß dieser Schritt nicht nur als politische Unfähigkeit, sondern als feiger Verrat der Revolution bezeichnet werden.

Peterhof belagert?

Paris, 22. Juli. Von einer Verschwörung gegen den Jaren, an welcher Soldaten und Matrosen in Kronstadt beteiligt sind, berichtet das „Journal“ aus Petersburg. Die Verschwörer beabsichtigen, Peterhof zu nehmen und den Jaren lebend oder tot in ihre Gewalt zu bringen.

London, 23. Juli. Das dem Dumamitglied, Rechtsanwalt Winaver, der zurzeit in Budapest weilt, dorthingefandene Telegramm über die Lage in Petersburg lautet folgendermaßen: „Rechnen Sie sofort nach Petersburg zurück. In Peterhof ist ein furchtbarer Aufstand ausgebrochen. Das Haus Romanow ist in großer Gefahr. Die Palastwachen und die Truppen weigern den Gehorsam. Der Palastkommandant Pesorow hat an Alexandrow, den Chef der Petersburger Garnison telegraphiert, er möge ihm Geschütze und zuverlässige Truppen auf dem Seewege senden.“

Am Sonntagmorgen erhielt Winaver ein zweites Telegramm folgenden Inhalts: „Peterhof steht in Flammen. Gegen 20 000 Arbeiter belagern den Palast. Die Truppen verweigern den Gehorsam.“

Winaver hält die ihm zugegangenen Nachrichten für durchaus zuverlässig und meint, die Auflösung der Duma würde der Beginn der Revolution sein, die von der Armee, die zum größten Teil auf Seiten des Volkes stehe, eingeleitet werden würde. Er ist der Ansicht, die Autokratie sei am Ende ihres Lebens angelangt.

Die Folgen des Staatsstreiks.

Petersburg, 23. Juli. Der Moskower Abgeordnete Chachtai erhielt interessante Mitteilungen über die Stimmung unter den Don-Kosaken, die sich kategorisch gegen die Dumaauflösung aussprechen und erklären, sie wüßten, worum es sich hierbei handle und würden nicht mehr gegen das Volk vorgehen.

Der Duma-Abgeordnete Anikin, der aus London gestern in Paris eingetroffen ist, sagte nach einem telegraphischen Bericht der „Vost. Zh.“ einem Ausfrager, die erbitterte Vorbevölkerung wird sofort die Staatsbehörden angreifen und eigene Obrigkeit einsetzen, die sie mit bewaffneten Mitteln verteidigen wird. Das Wirtschaftsleben wird stillstehen; man wird nicht ernten können und das Geld wird noch steigen. Der allgemeine Eisenbahner-Ausstand wird gleichfalls eintreten. Eine allgemeine Anarchie sei zu erwarten. Die Bauern werden in die Städte einfallen, um sich durch Plünderung Lebens-mittel zu verschaffen. Die Revolution ist nicht organisiert, aber sie wird von selbst ausbrechen, an Neuwahlen glaube er nicht. Die Duma wird sich trotz der Polizei versammeln und in einem Aufruf dem Volke die Ereignisse erklären.

Die Auslösung der revolutionären Energie.

Von einem russischen Genossen wird uns über die voraussichtlichen Wirkungen des Staatsstreiks geschrieben:

Jetzt haben wir in Russland den längst erwarteten Staatsstreik. In den Hauptstädten sind alle zur Verfügung stehenden Truppen aufgeboten, in der Provinz das Militär und die schwarzen Banden mobilisiert. Die Regierung ist entschlossen, jeden Aufsehensversuch mit bewaffneter Faust niederzukämpfen. Sie hofft bis zum März 1907 die Ruhe und Ordnung im Lande auch ohne Duma wieder herstellen zu können. Die nächsten Wochen werden sie eines Besseren belehren. Nichts konnte die offene Erhebung des Bauerntums so fördern, wie dieser wahnsinnige Schritt der Peterhofer Kamarilla. „Unsere Deputierten sind fortgejagt! Land und Freiheit werden uns vorenthalten! Jetzt nehmen wir beides mit eigener Hand! — So wird es im ganzen Lande wiederhallen, und keine Macht der Welt, keine fremdländische Invasion wird das alte Regime retten. Es ist dem Untergange verfallen.“

Wer wird sich nun an die Spitze des empörten Volkes stellen? Jedenfalls nicht die loyale Kadettenpartei, sondern die linksstehenden Elemente der Duma und die sie unterstützenden Parteien. Nicht die gefegmähige Opposition, Männer aus dem Volke, Bauern und Arbeiter werden die Führer sein im sicher ausbrechenden Kampf. Die Mehrzahl der Dumamitglieder tagt jetzt in Finnland, die übrigen weilen bei ihren Wählern in allen Enden des Landes. Die Duma wird sich voraussichtlich in Finnland als permanent erklären. Die gemäßigten Dumaelemente werden durch den Gang der Ereignisse zurückgedrängt werden. Die Leitung wird in die Hände der Arbeitsgruppe und der Sozialisten übergehen.

Wenn bisher auch manche kostbare Zeit durch bürgerliche Feigheit verdröbelt worden ist — jetzt wird es nicht mehr geschehen, denn die politische Rolle der bürgerlichen Wähler ist ausgespielt. Die Mächte der Reaktion sind an der Arbeit, und nicht schöne Worte und Resolutionen, sondern nur revolutionäre Taten können helfen. Die Waffe der Kritik hat bisher gesprochen, jetzt wird die Kritik der Waffen einsetzen.

Gegen ein autonomes Polen.

Seit einigen Tagen erhalten wir von russischen Genossen Zuschriften, in denen uns auf das bestimmteste versichert wird, daß die deutsche und österreichische Regierung mit der russischen einen Pakt geschlossen hätten, unter gewissen Bedingungen deutsche und österreichische Truppen in Russland einmarschieren zu lassen, um die Revolution niederzuschlagen. Wir haben bisher diese Zuschriften nicht zur Veröffentlichung gebracht, da sie uns nicht genügend begründet erschienen und wir trotz unserer geringen Meinung

von der deutschen Regierung nicht zu glauben vermochten, daß sich diese zu dem wahnsinnigen Unternehmen einer Intervention bereitfinden lassen könnte. Würde doch ein derartiges Eingreifen in russische Verhältnisse nicht nur Deutschland den Haß des russischen Volkes zuziehen, sondern auch Deutschland ungewissheit in einen schweren europäischen Konflikt verwickeln, denn es erscheint sicher, daß die Westmächte diese Gelegenheit, das imperialistische Deutschland zu schwächen, nicht ungenutzt lassen würden. Tatsächlich scheint es sich nach neueren Nachrichten aus uns als zuverlässiger belannter Quelle denn auch bei dem Pakt nicht um eine Unterstützung der russischen Regierung gegen die revolutionäre Bewegung im eigentlichen Russland, sondern um die Verhinderung eines selbständigen Polens zu handeln. Die Invasion soll erst dann erfolgen, wenn die revolutionären Kämpfe als Resultat die Einsetzung eines autonomen Polens ergeben sollten. Ein durchaus zuverlässiger Genosse schreibt uns über den auch in dieser Form noch immer wahnwitzigen, das deutsche und österreichische Proletariat zum schärfsten Protest herausfordernden Plan:

Die Geschichte wiederholt sich. Voll Zucht vor der siegreichen Revolution macht Nikolaus II. denselben Schritt, den seinerzeit Ludwig XVI. mit Erfolg unternommen hat. Es ist der Weg des offenen Verrats an seinem Volke und seinem Reich, der Appell an die Waffen der lieben ausländischen Vettern gegen den inneren Feind. Wir haben unbestreitbare Beweise, daß diese verräterische Tat schon vollzogen ist. Die Konferenz zu Schönbrunn fand mit Wissen und Einwilligung Nikolaus II. statt, was natürlich die Möglichkeit besonderer spezieller Vereinbarungen zwischen Deutschland und Oesterreich nicht ausschließt.

Zar Nikolaus weig natürlich, wozu der von ihm eingeschlagene Weg ihn führen wird. Sogar unverantwortlichen Personen göttlichen Ranges wird Landesverrat nicht vergeben. Wir können diesen Schritt Nikolaus II. auf den Weg des offenen Verrats nur mit Genugtuung begrüßen. Das, was in verborgenen Gemächern des Peterhofer Schlosses gesponnen wurde, tritt jetzt zutage; und wir dürfen erwarten, daß das russische Volk ebenso schnell wie einst das französische von seiner monarchischen Untertänigkeitstrunkenheit geholt werden und seine unverantwortlichen Personen wieder auf den Thron erheben wird, die es vermögen, das ganze Land zu ihrer Rettung der Vernichtung preiszugeben.

Doch wir fragen nun: was geschieht, wenn die russische Revolution noch einen weiteren Schritt unternimmt, Russisch-Polen sich autonom erklärt und die preussisch-österreichischen Armeen, den Abmachungen zu Schönbrunn gemäß, zur Unterdrückung des verhassten roten Gespenstes ausrücken werden? Was geschieht dann?

Es wird dann eine Okkupation in Aussicht genommen, die sich entweder auf alle polnischen Provinzen oder wenigstens auf die wichtigsten besetzten Punkte erstrecken soll. Die Okkupation setzt gleichzeitig voraus, daß die russischen Truppen die besetzten Provinzen völlig verlassen, oder aber, daß einige besetzte Punkte als Zeichen der russischen Souveränität in den Händen der minder-zähligen, schwachen russischen Truppen bleiben. So sieht die geplante „friedliche“ Okkupation aus. Doch haben wir das volle Recht zu behaupten, daß solch eine Okkupation nicht nur absolut undenkbar ist, sondern auch mit unausbleiblicher Notwendigkeit einen europäischen Krieg entzünden wird, dessen Folgen unabsehbar sind. Nicht genug damit, würden diese Folgen — unserer Ansicht nach — fast ausschließlich auf Deutschland und seine nichtbahnende Bevölkerung fallen.

In der Tat, obgleich Kaiser Franz Josef seinen Thron Nikolaus I. und der russischen Unterstützung während der Unterdrückung der ungarischen Revolution verdankt, wird er sich schwerlich zu ersten Schritten gegen Polen entschließen; da er selbst in Galizien eine einflussreiche „freie“ polnische Bevölkerung hat. Die österreichischen Polen würden solch eine Okkupation nur dann unterstützen, wenn sie hoffen könnten, die österreichische Autonomie der polnischen Provinzen auch auf Russisch-Polen zu erstrecken. Dann würde unter dem Schutze Oesterreichs ein „freies“ autonomes Polen — mit Ausnahme der preussisch-polnischen Provinzen — entstehen. In diesem Falle würde Russland eher die Bildung eines souveränen, selbständigen, als eines autonomen Polens fördern. Andererseits aber fordert die genannte Vereinbarung, daß Polen nicht nur von österreichischen, sondern auch von preussischen Truppen besetzt werden müsse. Darauf aber werden die österreichischen Polen niemals eingehen, denn das bedeutet, die Freiheit des zu Galizien hinzugefügten Russisch-Polens dadurch zu erkaufen, daß ein anderes Stück Polens der preussischen Germanisationspolitik geopfert würde. Aus diesem Grunde wird Oesterreich — im günstigsten Falle — seine Grenztruppen mobilisieren und — wenn es möglich sein sollte — einige Grenzstationen ohne Blutvergießen besetzen.

Was Preußen-Deutschland betrifft, unterliegt es keinem Zweifel, daß durchgreifende Maßregeln da möglich sind. Ja noch mehr: alte verwandtschaftliche Beziehungen, vollkommene Uebereinstimmung der beiderseitigen dynastischen und monarchischen Interessen, begründete Angst vor der revolutionären Anfechtungsgefahr und schließlich die Erkenntnis, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, die junkerlich-bürgerliche Politik der deutschen Selbstherrlichkeit fortzuführen; alles dieses drängt die deutsche Regierung zum aktiven Kampf mit der Revolution. In der ganzen Welt ist es allein das zurückgebliebene Deutschland, das die russischen Traditionen bewahrt. In Deutschland allein fand die russische Ordnung ihre einzigen Nachahmer und Verehrer. Von Deutschland allein wurde den russischen Heeren niemals moralische Unterstützung und politische Hilfe verweigert.

Dies aber können wir die wichtigsten Einwendungen erheben. An der russischen Grenze wird die preussische Armee auf den heftigsten Widerstand stoßen. Die „friedliche“ Okkupation wird bei den ersten Schritten zu einer blutigen werden. Die russische Armee, die schon zur Genüge bisher gezeigt hat, daß sie die Generale des Jaren nicht für ihre Befehlshaber hält, wird neue Führer finden. Und man soll auch nicht vergessen, daß ein revolutionäres Volk, das für seine Freiheit kämpft, ungeheure Kräfte in sich findet, wenn es gilt, fremdländische Verräter zurückzuschlagen. Wenn ein unseliger Schritt der deutschen Regierung die deutsche Armee gegen die russische Revolution führen sollte, wird dieser verbrecherische Ueberfall dieselben ungeheuren Opfer kosten, wird er ebenso enden, wie der berühmte Feldzug, der zur Rettung der Königskrone Ludwigs XVI. unternommen worden war. Wie zu jener Zeit die französische Revolution aus einem Nichts siegreiche revolutionäre Armeen der Sansculotten schuf, wird auch jetzt das revolutionäre Russland die nötige Kraft finden, um die fremde Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückzuschlagen zu können. Wir behaupten ein für allemal: Die Okkupation der polnischen Provinzen durch preussische Truppen bedeutet den Krieg des junkerhaften Deutschland mit dem revolutionären Russland.

Noch mehr: einen solchen deutsch-russischen Krieg würden England und Frankreich unverzüglich auszunutzen suchen, denn es liegt für sie bei dieser günstigen Situation genügend Grund hierzu vor. Die Revanche-Idee wird die bürgerlichen Kreise Frankreichs ohnehin anfeuern, während das französische Proletariat zweifellos begreifen wird, daß die russische Freiheit ihre eigene

Freiheit bedeute. Und schließlich werden die österreichischen Slawen auch nur einen Moment schwanken, ob sie gegen oder für Rußland vorgehen sollen! Gleichzeitig mit dem ersten Hintertusch, der an der russischen Grenze fällt, werden auf den Vogesen Kanonensalben erdröhnen und in der Nord- und Ostsee wird das englische Geschwader erscheinen. Die „Netter“ des russischen Absolutismus werden sich gleichzeitig vor der russischen Revolution und den englischen und französischen Kanonen zu verteidigen haben.

Es fragt sich nur, ob Zar Nikolaus mit samt seiner lieben Familie und seinen Hofkandidaten des Blutes nur eines einzigen pommeresischen Grenadiers wert ist? Und wenn die deutsche Regierung schon jetzt die zweifelhafte Verantwortung für die Verfolgung trägt, die die Nachricht von dem heiligen Bündnisse zu Schanden in ganz Europa erweckt hat, — wie groß wird die Verantwortung derer sein, die es auch engherziger dynastischer Interessen und politischen Erwägungen feurige Fackeln in das europäische Leben werfen und die Flammen eines Weltkrieges und furchtbarer innerer Stürme entfachen!

Die interparlamentarische sozialistische Konferenz.

London, 20. Juli. (Sig. Ver.)

Am 17., 18. und 19. Juli tagte hier die Konferenz der parlamentarischen Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands, Belgiens, Deutschlands und Oesterreichs. Soweit die Öffentlichkeit in Betracht kam, wurden drei Punkte diskutiert: erstens der Titel der Konferenz, zweitens die Lage in Rußland, drittens die Abfassung einer Resolution über die Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber der russischen Revolution.

Der Titel der Konferenz ist dahin geändert, daß er nicht nur die sozialistischen, sondern auch die parlamentarischen Arbeitervertreter in sich schließt, was ja auch dem Titel unserer internationalen Kongresse entspricht.

Zum zweiten Punkte erhielt der russische Dumaabgeordnete Anilin das Wort. Er sagte:

„Ich danke Ihnen für den herzlichen Empfang, der mir als dem Mitgliede der Arbeiterfraktion der Duma bereitet wurde. Als die Duma zusammentrat, waren die Mitglieder der Arbeitergruppe einander unbekannt; die Konstituierung der Gruppe war deshalb keine leichte Sache. Die bürgerlichen Gruppen haben sich leichter konstituiert. Die erste Ansicht, die sich unserer Gruppe aufdrängte, war, daß die Duma die Meinungen unseres Landes nicht in adäquater Weise vertritt. Sie spiegelt die öffentliche Meinung Rußlands noch lange nicht richtig wieder. Ferner, daß die Duma nur dann der richtige Ausdruck des Landes sein wird, wenn sie aus dem allgemeinen Wahlsrecht hervorgeht und wenn sie unbehindert durch den Staatsrat und in voller Freiheit zu handeln imstande sein wird. Die Arbeitergruppe ist sich über ihre unmittelbaren Aufgaben vollständig klar. Sie erwartet von der jetzigen Duma nur solche Reformen, die freie Bahn schaffen für die kommende konstitutive Arbeit unseres Volkes. Die jetzige Duma soll nur in dem Sinne „revolutionär“ sein, daß sie die Hindernisse fortbringt, die gegenwärtig einer positiven Arbeit im Wege liegen. In diesem Zwecke verlangen wir: eine allgemeine Amnestie, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Abschaffung der Todesstrafe und die Prozessierung der alten Regierung wegen der Verbrechen, die sie begangen hat. Dann soll die Agrarreform und die Arbeiterkassengesetzgebung eingeleitet werden; diese positive Arbeit soll unserer Ansicht nach das Werk einer aus dem allgemeinen Wahlsrecht hervorgehenden Volksvertretung sein; aber diese ganze Gesetzgebung muß von den Beschlüssen der lokalen Organisationen der Bauern und der Arbeiter abhängen. Die Arbeitergruppe tritt in der Duma in radikalster Weise auf und ist gegen Kompromisse. Sie gewinnt an Popularität im Lande in dem Maße, als sie ihre Tätigkeit entfaltet. Auf Vorschlag der Gruppe wurde in der Duma eine Kommission gebildet, um die Missetaten der alten Regierung aufzudecken und die Missetäter zur Verantwortung ziehen zu können. Die Tätigkeit der Kommission bestand vorläufig darin, die Minister über die von der Kommission aufgedeckten Verbrechen zu interpellieren. Die Regierung hat unter anderem auch Maßregeln ergriffen, um die Bemühungen derjenigen Leute zu vereiteln, die der hungernden Bevölkerung von 27 Gouvernements helfen wollten. Wir besitzen Dokumente, die klar beweisen, daß die Regierung die Güterbesitzer verhaften und verdammen ließ. Um das Volk dieser Verbrechen voll zu machen, erließ der Unterstaatssekretär des Innern den Befehl, denjenigen Bauern alle Hilfe zu versagen, die an den agrarischen Unruhen teilgenommen haben! — Die Arbeitergruppe besitzt ferner eine ganze Reihe von Dokumenten über die scharfen Verbrechen, die von der Regierung und den militärischen Expeditionen im Kaukasus, in Sibirien, in den baltischen Provinzen und gegen die russischen Bauern verübt wurden. Die Verbrechen der Regierung bestehen nicht nur im Erschießen ohne jedes richterliche Urteil, sondern in der Beschießung von ganzen Dörfern durch Artillerie, in der Entschärfung von Bauernhäusern und in der Niedermordung von Hunderten von Bauern, in der Verjagung von Bauern von Haus und Herd, in der Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, in der Verschimmelung ihrer Körper und in der Verübung der barbarischsten Verbrechen, um auf diese Weise das Volk in Schrecken zu halten und seinen Unabhängigkeitsstimm bollen zu brechen. Für die Verbannten wird nicht mehr gesorgt; sie werden dem Hungerstode preisgegeben. Der Kopf des ganzen administrativen Apparates ist der Zar, und seine Gehäfen sind die Großherzöge. Ihre Verfolgung richtet sich auch gegen die Organisationen, die sich um die Duma bilden; Verträge und Petitionen von Dumamitgliedern werden von den Regierungsagenten unterschlagen; lokale Vereine, die gebildet wurden, um die Verbindung zwischen Volk und Duma aufrecht zu erhalten, werden gehindert, ihre Aufgaben zu erfüllen; den Dumamitgliedern wird es oft unmöglich gemacht, Versammlungen in ihren Wahlkreisen abzuhalten. Zeitungen werden konfisziert und Zeitungsdruckerien geschlossen.

Dies, Genossen und Freunde, ist die Lage in Rußland. Wir appellieren deshalb an Europa und die ganze zivilisierte Welt. Helft uns!

Der österreichische Delegierte Doszmann unterstützte Anilins Appell und legte den Zuhörern besonders ans Herz, den in der kapitalistischen Presse erscheinenden russischen Nachrichten keinen Glauben zu schenken.

Als Resolution, die dem Wunsche Anilins Ausdruck gibt, wurde die im Hade-Park verlesene und von uns in der letzten Korrespondenz mitgeteilte auch von der Konferenz angenommen.

Am 19. Juli abends fand ein gemütliches Beisammensein in der Horticultural Hall statt, bei dem auch Neben gehalten wurden von Macdonald, Wolfenbühl, Troelsjö, Wandervelde und Anilin. Letzterer drückte die Hoffnungen aus, die deutsche Regierung könnte mit Waffengewalt in den Gang der russischen Revolution eingreifen.

Die „Vorussia“-Katastrophe vor Gericht.

Am 10. Juli 1906 geriet der Förderer auf der Höhe „Vorussia“ (bei Döpel im Landkreis Dortmund) in Brand, als die Belegschaft in voller Tätigkeit war. Trotz aller Rettungsversuche mußten 39 brave Vergleute ihr Leben lassen. 25 Leichen sind bis heute noch in der Grube. Der Brand entstand aus der fiesken Sohle, am Fallort, durch die Explosion einer Petroleumlampe. Morgens gegen 6 Uhr warfen Arbeiter einen großen Stapel Holz, der am Fallort lag, zurück, um für die Wagen Platz zu bekommen.

Als ein Korb herunter kam, sahen die Arbeiter, daß die Petroleumlampe heruntergefallen war und die Flammen bereits am Holzstoß emporzugeschlagen. Die Petroleumlampe war schon lange ohne Scheiben, stand in dem Lampengehäuse nicht fest. Sie hätte, auch wenn sie in gutem Zustande gewesen wäre, überhaupt nicht verwendet werden dürfen, da nach der Bergpolizeiordnung an Fallorten offene Lampen, Petroleumlampen nur dann verwendet werden dürfen, wenn die Fallörter völlig feuerlos sind, während die Verschaltung in der „Vorussia“ mit Holz statt mit Steinen ausgeführt war. Die immens schnelle Verbreitung des Brandes soll nur durch die Holzverschaltung und den Mangel ausreichender, ständiger Verriegelung des Fallortes möglich gewesen sein. Auch fehlten hinreichende Löscheinrichtungen. Dem Tode geweiht waren so viele Vergleute, weil es an den erforderlichen Rettungsapparaten fehlte; von der Nachbarschaft mußten Rettungsapparate herbeigeschafft werden.

Rechnet man zu diesen himmelschreienden Mißständen noch die durch die Profitsucht des Unternehmertums erklärliche schlechte Behandlung und das Antreiben der Arbeiter, so dürften die wirklichen Gründe für die entsetzliche Katastrophe gefunden sein. Die Bedinge in der „Vorussia“ waren willkürlich bestimmt, Arbeiter wurden mit Entlassung für den Fall bedroht, daß sie sie nicht anerkannten. Die Arbeiter erlitten einmal einen Steiger, Kost, um Erhöhung der Bedinge. Die Antwort war, wie in der Reichstagsitzung am 10. Februar 1906 vom Genossen Vömelburg dargelegt wurde: „Ihr müßt den Kohlenberg mit Menschenfett schmieren, dann wird der Kohlenberg weich.“ Der Betriebsführer Müller hat den Arbeitern, die die Förderwagen vom Förderkorb abnehmen und wieder herabbringen, gedroht: Wenn die Förderung auch nur um wenige Augenblicke unterbrochen würde, dann würden die Arbeiter entlassen. Infolge der miserablen Lage der Arbeiter sukzidierte die Belegschaft auf „Vorussia“ außerordentlich. Im Jahre 1903 gab es bei einer Durchschnittsbelegschaft von 788 Mann 781 Annahmen und 899 Abkehrungen. Seit 1902 hat die „Vorussia“ auch nicht weniger als vier Betriebsführer aufzuweisen.

Die „Vergarbeiterzeitung“ wies an der Hand der von ihr ermittelten Tatsachen nach, daß die Schuld an dem Unglück und insbesondere an der furchtbar schnellen Verbreitung des Brandes die Werkleitung und die staatlichen Bergbeamten trifft, und versuchte eventuell gegen sie (die „Vergarbeiterzeitung“) ein Verfahren einzuleiten. Nichts hörte man in der Öffentlichkeit von einer ausreichenden behördlichen Ermittlung der Ursachen des Unglücks und einer Verfolgung der Schuldigen. Die Bergbehörden übersendeten am 7. August die Akten der Staatsanwaltschaft. Diese richtete unter dem 21. August 34 Fragen an das Oberbergamt. Das Oberbergamt ordnete am 29. August Ermittlungen an und übersendete am 28. September die Akten der Staatsanwaltschaft. Am 6. Oktober leitete dann die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen den Betriebsführer Müller, der erst einige Wochen im Dienste war, an.

Am 10. Februar gelangte die sozialdemokratische Interpellation über die Ursachen des Schachbrandes auf der Kohlenzeche „Vorussia“ und darüber zur Besprechung, was der Reichstagskanzler zu tun gedankt, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt werde. Der Reichstagskanzler hatte sich vor einer Verantwortung der Interpellation in das Abgeordnetenhause geflüchtet und die Verantwortung im Reichstage abgelehnt.

Die Wästen der Gerechtigkeit mahnten in diesem Falle, in dem es sich um Aufdeckung der Ursachen des Unglücks handelt, bei dem 39 Vergleute ihr Leben lassen mußten, sehr, sehr langsam und, wie es scheint, auch höchst groblosig.

Gestern begann die Gerichtsverhandlung vor der Dortmunder Strafkammer. Allein Müller, kein Werksbesitzer, kein höherer Beamter der Werkleitung, kein staatlicher Bergbeamter steht unter der Anklage der fahrlässigen Tötung. Gegen 80 Zeugen sind geladen. Ueber den Verlauf des Prozesses, der voraussichtlich erst mit Ablauf der Woche beendet werden wird, werden wir berichten.

Aus Industrie und Handel.

Russenmarkt. Der Staatsreich des Jaren rief heute an der Börse eine mehrprozentige Entwertung der russischen Anleihen und Eisenbahnpapiere hervor. Die Aktien der russischen Bank für auswärtigen Handel, der 1902er russischen Anleihe, der 4½-prozentigen vorjährigen Anleihe schied durchschnittlich um 3 Prozent tiefer ein, und schlossen die Kurse mit 3—4prozentigen Abschlägen. Auch in Paris und London fielen die Kurse der russischen Werte um mehrere Prozent.

Saatenzustand in Preußen.

Um die Mitte des Monats Juli war der Stand der Saaten folgender: (2 bedeutet gut, 3 mittel) Winterweizen 2,3 (Vormonat 2,3), Sommerweizen 2,4 (2,4), Winterpelz 2,3 (2,5), Winterroggen 2,5 (2,6), Sommerroggen 2,6 (2,6), Sommergerste 2,3 (2,4), Hafer 2,2 (2,3), Kartoffeln 2,5 (2,7), Alee 2,3 (2,1), Luzerne 2,2 (2,1), Rieselwiesen 2,1 (2,0), andere Wiesen 2,4 (2,3). In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, daß die Witterung seit dem letzten Verichte in den meisten Gegenden sehr günstig gewesen sei. Zahlreiche Gewitter hätten Feuchtigkeit gebracht, welche bei der herrschenden Wärme treibend gewirkt habe. Der Natur derartiger Regengüsse entsprechend sei die Verteilung der Rasse allerdings nicht gleichmäßig gewesen, so daß aus denselben Regierungsbezirken, ja Kreisen Klagen über Mangel und Ueberfluß an Regen gemeldet seien. Von den Winterholmsfrüchten hat der Weizen seinen guten vormonatigen Stand beibehalten, Spelz und Roggen ihre Rote um 0,2 und 0,1 gebessert. Der Weizen hat in den Regierungsbezirken Stettin, Straßburg und Koblenz eine um 0,2 günstigere Beurteilung erfahren; beim Roggen beträgt die Abweichung vom Vormonate in keinem Regierungsbezirk mehr als 0,1. Die Roggenernnte hat begonnen, zum Teil 14 Tage früher als gewöhnlich. Die Frucht ist vielfach lüdig, was auf ungenügende Blütezeit zurückzuführen wird. Die Erntearbeiten werden erspäuert durch das Lagern, welches bei dieser, noch mehr aber wohl bei den anderen Getreidearten, auch eine Peinlichmachung des Ertrages zur Folge haben wird. Sommerweizen und Roggen notieren wie im Juni, Sommergerste und Hafer um je 0,1 besser. Sommerweizen hat im Regierungsbezirk Straßburg 0,3, in Adnigsberg, Gumbinnen, Pommern, Frankfurt, Arnberg und Koblenz 0,2 gewonnen. Die Kartoffeln, deren Rote um 0,2 gegen den Vormonat gewonnen hat, würden wohl noch besser beurteilt sein, wenn sie nicht so viele Räden zeigten, da viele Saatkartoffeln schon vor dem Reimen ausgefaul sind. Wieder wird über die geringe Widerstandsfähigkeit von Magnum bonum geklagt. Auch kommen aus den Rheinländern Verichte, wonach dort gezogene Saatkartoffeln versagten, von außerhalb, aus Sachsen, Ost- und Westpreußen, bezogene sich gut bewährten. Die Futterpflanzen haben einen sehr reichlichen ersten Schnitt gebracht, der wohl auch zum größten Teile gut geborgen ist.

Gewerkschaftliches.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Im Gewerbegerichtsbezirk Krefeld, zu welchem Krefeld Stadt und Land sowie ein Teil des Kreises Kempen gehört, fanden die Neuwahlen am Donnerstag ihren Abschluß. Es wurde zum erstenmal nach dem Proportionalwahlsystem gewählt und haben die Christen es diesem zu verdanken, daß ihnen auch in der Stadt Krefeld Sitze zuzusien. Das System, nach welchem gewählt wurde, ist ein merkwürdiges und vor allen Dingen darauf gerichtet, den Christlichen entgegenzukommen. Es war überhaupt in Krefeld so Sitte, daß fast bei jeder Wahl nach einem neuen System gewählt wurde. Gatten die Christlichen eine große Niederlage erlitten, so konnte man sicher sein, daß bei der nächsten Wahl ein neuer Wahlmodus gefunden war, nach welchem dieselben besser abkämten. Obwohl nur eine Spruchkammer und auch nur eine Vergleichskammer vorhanden ist, die beide ihren Sitz in Krefeld haben, wurde doch nach Bezirken und nach Gruppen gewählt. Jeder Bezirk und jede Gruppe wählten ihre eigenen Kandidaten. Auf diese Art und Weise kamen in den zurückgebliebenen Orten doch stets christliche Kandidaten durch. Doch auch dieses System genügt nicht, und so wurde das Proportionalwahlsystem eingeführt und zwar auch wieder mit Gruppen- und Bezirksinteilung.

Das Stimmenverhältnis ist nun folgendes: In der Stadt Krefeld wurden für die Kandidaten der freien Gewerkschaften insgesamt 229 Zettel abgegeben, die Christlichen vereinigten auf ihre Kandidaten 1588 Zettel und die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine 146. In den Landorten und im Kreise Kempen, wo die Geistlichkeit die Agitation für die Christlichen übernommen hatte, erhielten diese 2084 Stimmen, während für die freien Gewerkschaften 891 Stimmen abgegeben wurden. Am schlechtesten schnitten auch hier die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine ab, sie brachten es nur auf 122 Stimmen. Die Weißgerstellern werden nach diesen Zahlen also in der Weise verteilt werden, daß auf jede Partei 12 fallen, während die Hirsch-Dunderschen leer ausgehen. Der Zweck ist also jetzt erreicht.

Gegen dieses Wahlsystem wird nichts eingewendet werden, so lange die Christlichen die Anzahl Sitze behalten; wird dieses aber einmal nicht mehr der Fall sein, dann wird wieder ein „besseres“ ausgeklügelt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Klempner! Die Firma Grabert, Köpenickerstraße 70a, ist für Klempner gesperrt.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Der Kampf im Buchbindergewerbe.

Die Großbuchbinderei von S. Sperling in Berlin sandte dem „Vorwärts“ in der vorigen Woche ein vom 19. Juli datiertes und nicht weniger als acht Quartseiten umfassendes Schriftstück, das als Verächtigung auf die Angaben des „Vorwärts“ über die Tariflöhne der Buchbinder dienen soll. Die Firma ersucht uns auf Grund des Presgesetzes um Veröffentlichung ihres Schriftstückes, das mit den Worten schließt: „Ich kenne die Interessen Ihres Blattes, hoffe jedoch, mich nicht zu täuschen, daß Sie auch die Wahrheit anderer hören resp. veröffentlichen.“

Nun, wir sind gerne bereit, „die Wahrheit anderer“ zu veröffentlichen, wenn es sich wirklich um Wahrheit handelt, oder wenn es gilt, ein Unrecht gut zu machen, das einer Firma angetan wurde, wie das ja in der Hitze des Kampfes auch beim besten Willen, nur wahrheitsgetreu zu berichten, geschehen kann. Aber das ist hier durchaus nicht geschehen. In der Nummer vom 7. Juli, die in dem Schriftstück der Firma Sperling erwähnt wird, ist weder diese noch irgend eine andere Firma genannt. Sie enthält über den Kampf im Buchbindergewerbe nichts anderes als einen Aufruf des Vorstandes des Buchbinderverbandes „An die Berliner Arbeiterschaft“, eine allgemeine Darstellung der Entwicklung und Bedeutung des Kampfes, sowie Angaben über die im alten Tarif festgelegten Minimallohnätze. Es liegt also für uns kein zwingender Grund vor, das Schriftstück der Firma Sperling oder ihres Prokuristen, Herrn Alfred Jenner, abzudrucken. Wenn wir desjenigen gedacht haben, dessen Rats nehmen, so geschieht es, weil dieser Fall treffend zeigt, wie die Prinzipale und ihr Verband es fertig bringen, der Öffentlichkeit zu erzählen, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen hätten so außerordentlich hohe Einkommen, daß es töricht und unverantwortlich von ihnen wäre, noch mehr zu verlangen.

Was in Sperlings Schriftstück als tatsächliche Verächtigung gelten könnte — wenn es der Wahrheit voll entspräche — ist, daß die tariflichen Minimallohnätze für männliche Arbeiter auf 48 bis 51 Pf., für solche die 4 Jahr gelernt haben und sich im ersten Gehältsjahr befinden, wie für solche, die nur 3 Jahre lernten und sich im zweiten Gehältsjahr befinden, auf 43 Pf., und für die, die sich nach dreijähriger Lehrzeit im ersten Gehältsjahr befinden, auf 40 Pf., angegeben werden. Aber der Ausdruck „48 bis 51 Pf.“ gibt eine falsche Vorstellung von dem eigentlichen Tariflohn, der tatsächlich vom sechsten Jahre der Berufstätigkeit an nur 48 Pf. beträgt. Die 51 Pf. gelten eben nur für einige wenige Spezialarbeiter, ebenso wie der später angeführte Stundenlohn von 65 Pf. Für die große Masse der Gehältskommen die Lohnsätze überhaupt nicht in Frage.

Den Hauptirrtum glaubt die Firma auszuspielen, indem sie die Namen von 45 Arbeitern und 32 Arbeiterinnen samt ihrem im Jahre 1905 bei der Firma erzielten Einnahmen anführt, sowie die Zahl der Arbeitstage, um zu zeigen, welche hohen Löhne bei dem bisher geltenden Akkordtarif herausgearbeitet wurden. Diese 77 Personen waren 237 bis zu 300 Tagen im verlossenen Jahre tätig. Es handelt sich also um die dauernd beschäftigt gewesenen Leute, die natürlich nicht die am schlechtesten bezahlten Arbeiter zugewiesen erhielten und von Arbeitslosigkeit so ziemlich verschont blieben, ja, statt dessen teilweise übermäßig viel Ueberzeitarbeit leisteten, deren Lohnbeitrag in den Einkommen wohl mitgerechnet ist, die aber in dem Schriftstück schlauerweise nicht erwähnt wird. Ueberstunden werden bei Sperling das ganze Jahr über gemacht, und in der Saison ist es, wie uns versichert wird, vorgekommen, daß einige Arbeiter in einer Woche statt 54 Stunden bis zu 90 Stunden lang arbeiteten. In den Jahresberechnungen sollen sogar die Löhne und üblichen Lohnzuschläge für Ueberzeitarbeit von 200 bis 350 Stunden mit berechnet sein.

Die Firma behauptet, daß sie in ihrer Lohnabelle 1000 fächer nicht mit aufgeführt habe, gleichwohl prangt darin der Name Paul Vetter mit einem in 204 Tagen erzielten Jahresverdienst von 2177 M., und der Name von Karl Förster mit in 300 Tagen verdienten 2231 M. Diese beiden haben abwechselnd Arbeit ausgegeben, Muster gemacht u. dergl. mehr, so daß sie wohl auch als eine Art Werksführer gelten können. Daß sie bei der Aussperrung stehen geblieben sind, spricht auch dafür, daß sie sich nicht als Arbeiter fühlen. Außerdem haben sie ihren „horrenden“ Verdienst auch durch offenbar allzu reichliche Ueberzeitarbeit erworben. Der Umstand, daß auf ihren Arbeitsplätzen am Abend die Beleuchtung nie ausgehen schien, hat ihnen in der Arbeiterschaft der Werkstätte den Spitznamen „das ewige Licht“ eingetragen. Auch Sonntags sollen es diese beiden Ueberzeitarbeiter nicht über sich gewinnen, von der geliebten Werkstätte fern zu bleiben und fast regelmäßig danach trachten, sich selbst und der Firma das Einkommen zu erhöhen. Aber, wie uns weiter berichtet wird, sind sie es nicht allein, die Sonntagsarbeit geleistet haben. An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten hat das ganze Personal gearbeitet, und zwar teilweise bis 6 Uhr nachmittags. Man traf dabei alle möglichen Vorkehrungen, um die Verletzung der Sonntagsruhe vor den Augen der Polizei zu verbergen, was denn auch gelang. Traurig ist es ja, daß auch die Arbeiter selbst, in deren Interesse doch vor allem auch die äußere Sellighaltung des Sonntags“ liegt, sich zu dieser Geschehensbegehung hergaben. Gleichwohl müssen wir auch diese Tatsache erwähnen, um zu zeigen, durch wie viel Arbeit und Ueberarbeit die 77 ausermählten festen Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Löhnen gekommen sind, die der Firma so bewundernswert hoch erscheinen. Als höchsten Jahresverdienst der männlichen Arbeiter weist die Tabelle die Summe von 2329,94 M., erreicht in 300 Tagen, auf, als niedrigsten 1067,87 M. in 214 Tagen; der Durchschnitt wird

auf 1881,72 oder 6,38 M. pro Tag berechnet. Für die Arbeiterinnen wird als höchster Jahresverdienst 1828,08 M. als niedrigster 538,88 M., beides erreicht in 300 Tagen, angegeben, und der Durchschnitt auf 968,53 M. oder 3,34 M. pro Tag berechnet. Das also scheint der Firma übergenug für Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich teilweise Nacht und Tag und auch noch an Sonntagen in Afford abgemüht haben.

Zunehmend sind diese Durchschnittsverdienste so hoch, daß die Firma keinen Grund hätte, die geringen Erhöhungen der Stundenlöhne die gefordert wurden, abzulehnen.

Es fehlt in dem Schriftstück Sperlings auch nicht an dem alten Märchen, daß die Arbeiter Erhöhung der Affordpreise um 20 bis 30 Proz. verlangten. Im „Vorwärts“ ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es sich nur um Erhöhungen einzelner Positionen des Affordtarifs handelt und auch keineswegs um Forderungen, die unbedingt durchgesetzt werden sollen, sondern um Vorschläge, über die bei der notwendigen Revision des Affordtarifs mit den Prinzipalen verhandelt werden soll.

Im übrigen bildet die Lohnabelle der Firma Sperling selbst eine unbestreitbare Widerlegung dessen, was der Verband der Buchbindermeister in der vorigen Woche der Presse über die Löhne im Gewerbe mitgeteilt hat. Statt daß, wie der Prinzipalverband behauptet, ein „normal ausgebildeter Buchbindergehülfe auf einen Durchschnittslohn von 40 bis 55 M. die Woche kommt“, verdient Sperlings fester Stamm von Arbeitern, die doch gewiß mindestens „normal ausgebildet“ sind, trotz aller Ueberstunden und Sonntagarbeit nur durchschnittlich 38,28 M. die Woche, und die Arbeiterinnen bringen es bei ihm unter denselben Bedingungen glücklich auf 20,04 M. die Woche, statt, wie der Prinzipalverband der Welt weit zu machen versucht, es auf 25 M. und weit darüber hinaus zu bringen.

Zur Aussperrung selbst ist zu bemerken, daß der Beschluß der Berliner Buchbinderinnung, alle Verbandmitglieder vom 21. Juli ab auszusperrn, keineswegs durchgeführt ist. Bis gestern hatten nur die Firmen Trautmann, Lüchowstraße; Schudar, Gollmannstraße; Schreiber u. Co., Ludowicstraße; Schauer, Schöneberg, Bahnstraße und Mehle, Bülowstraße, ausgesperrt, und zwar im ganzen 70 Mann. Mit der Firma Schudar hat es eine eigene Demantinis. Dies ist eine Kontobuchfabrik, die an den für diese Branche geltenden Tarif gebunden ist. Sie hat mit ihrer Aussperrung Tarifbruch begangen. Deswegen ist gegen diese Firma beim Schiedsgericht der Kontobuchbranche bereits eine Klage eingereicht worden.

Forderungen der städtischen Arbeiter. In den Armin-Hallen lagte gestern nachmittags eine stark besuchte Versammlung von Straßenarbeitern, die über verschiedene Mängel in ihrem Berufsstande führten und eine Reihe Forderungen stellten. So klagen sie darüber, daß die ihnen vor einigen Monaten von der Stadt geschenkten Pelserinnen von einer so tadelhaften Beschaffenheit gewesen seien, daß man sie schleunigst wieder eingezogen habe. Neue wären indes nicht ausgegeben und so seien die Arbeiter seit 5 Wochen ohne Pelserine und somit allen Anzeichen der Witterung ausgesetzt. Weitere Beschwerden bezogen sich auf die erhöhten Strafgelder, über deren Verbleib man nicht erfährt. Zu rügen sei auch, daß bei Neueinstellungen einheimische Arbeiter weniger berücksichtigt, aber solche aus Ost- und Westpreußen bevorzugt würden. Diese Erscheinung sei vielleicht damit zu erklären, daß sich jene Arbeiter von den Ausschereitern weit mehr gefallen ließen. Das Nachschiff als Erkennungszeichen wurde für nicht mehr zeitgemäß erachtet und vorge schlagen, an seine Stelle Nummern zu setzen, wie sie von Straßenbahnfahrern getragen werden. Bezüglich des Lohnes sprach man sich allgemein dahin aus, daß ein Mindestlohn von 4 M. täglich verlangt werden müsse. Zu diesem Zweck soll im September eine Lohnbewegung eingeleitet werden.

Die Kupferschmiede Berlins und der Umgegend, soweit sie nicht bei Unternehmern für Kupfertrieb- und Kollegearbeiten beschäftigt sind, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der noch geltende Tarifvertrag ist gekündigt worden und ein neuer Lohnsatz in mehreren Versammlungen durchberaten und angenommen worden. Im neuen Tarif wird hauptsächlich eine Regelung bezw. Verkürzung der Arbeitszeit gefordert; diese bewegt sich in den verschiedenen Betrieben zwischen 48 und 60 Stunden wöchentlich. Der Anfangslohn für Ausgelernte soll im ersten Jahre 50 Pf. die Stunde betragen, im zweiten Jahre 55 Pf. und nach diesem der Minimalstundenlohn 65 Pf. (Gegenwärtig bewegen sich die Stundenlöhne zwischen 50 und 80 Pf. und im Afford, dem sogenannten Lohr-Afford, werden Stundenlöhne von 70 Pf. bis 1 M. erzielt). Der Lohn steigt bis zum Jahre 1900 bei allen drei Gruppen von Jahr zu Jahr um 2½ Pf. die Stunde. In den Betrieben, wo günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits eingeführt sind, bleiben solche bestehen, bezw. wird der Lohn den neuen Forderungen entsprechend erhöht. Der neue Lohnsatz ist bereits den einzelnen Innungsmeistern, den Kupferschmiedereien im Großbetriebe, welche nicht der Innung angeschlossen sind, sowie den Maschinenfabriken — u. a. Vorking in Tegel, wo 50 Kupferschmiedegesellen in Arbeit stehen — der Automobilfabriken usw., zusammen 120 Werkstätten, in denen gegen 800 Gesellen beschäftigt werden — zur Annahme unterbreitet worden, mit dem Ersuchen, bis spätestens den 30. d. M. Antwort zu erteilen. Eine Versammlung der Berliner Kupferschmied-Innung nimmt noch heute zu den Forderungen der Gesellen Stellung, während eine Versammlung der Arbeitnehmer am 2. August zu der Antwort der Unternehmer weitere Beschlüsse fassen wird.

Achtung, Fensterputzer! Der Streik bei der Firma Patenge u. Müller dauert unverändert fort. Zugut ist streng fernzuhalten. Die Nachweisung von Geschäften, welche die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt haben, geschieht nach wie vor Rosinenstraße 21, Telefonamt Charlottenburg 4457.

Handels-, Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Charlottenburg.

Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter bei der Firma Bernh. Meyer u. Jacoby in Potsdam hat dem „humanen“ Inhaber Gelegenheit gegeben, sich als recht gelehrigen Schüler des Scharf- wachermeyers Telle zu zeigen. Als die Müller und die sonstigen Mühlenarbeiter der Firma ihre Wünsche und recht bescheidenen Forderungen durch eine Kommission vorlegen ließen, erklärte der „Herr im Hause“, daß er mit „Pferdeknechten“, womit zwei jüngere Kommissionsmitglieder gemeint waren, nicht verhandele. Trotz dieser „Pöflichkeit“ des Herrn Jacoby wählten die Arbeiter eine neue Kommission. Prolog wurde aber auch diese, aus den drei ältesten Arbeitern bestehende Lohnkommission, von dem genannten Firmeninhaber mit den Worten entlassen, daß er überhaupt mit keiner Kommission verhandele; wer was von ihm wolle, der solle allein zu ihm kommen. Im Interesse des Heben Friedens gingen die allzu langmütigen Mühlenarbeiter auch auf diesen brüderlichen Verhandlungsweg ein und legten ihre Forderungen der Firma einzeln vor. Da aber der Firmenchef nur darauf ausging, die Kollegen untereinander auszuspielen und sie zu gegenseitigen Verdächtigungen zu machen, so erfolgte eine allgemeine Ablehnung der vom Geschäft angebotenen Bedingungen. Nun holte Herr Jacoby zum Hauptschlage aus, indem er die beiden am längsten im Betriebe beschäftigten Müller plötzlich entließ. Mit diesem Gewaltstreich gegen zwei ihrer besten Arbeiter, die der Firma seit 19 resp. 26 Jahren ununterbrochen ihre Kräfte um geringen Lohn zur Verfügung gestellt hatten, erreichte Herr Jacoby aber nur das Gegenteil seiner Kapitalistenpolitik: sämtliche Kollegen (13) der beiden Gewahrgestellten erklärten sich mit diesen solidarisch und legten ein-

mütig die Arbeit nieder. Durch die Zurückweisung jeder Vermittlung durch die Organisation hat der Unternehmer bewiesen, daß er keine Einigung mit seinem langjährigen Personal wollte, sondern den Kampf. Wäre es nicht der blindwütige Haß gegen die Organisation, so wäre es unbegreiflich, wie Herr Jacoby es wegen der geringfügigen Forderungen (37½, 42½ und 47½ Pf. pro Stunde) zum Ausstand kommen lassen konnte. Jedenfalls werden die aufs Pflaster Gezwungenen beweisen, daß auch bei den hiesigen Mühlenarbeitern der Geist der modernen Arbeiterbewegung eingezogen ist und daß sie nicht mehr gewillt sind, sich lebenslang willkürlich auszunutzen zu lassen. Seit mehr als zehn Jahren haben die Arbeiter keine nennenswerten Erhöhungen ihres Lohnes, der bis zu 3,15 M. bei 12stündiger Arbeitszeit heruntergefallen, erhalten. Bei den östlichen Feuerungsverhältnissen und der anstrengenden und ungesunden Arbeit der Mühlenarbeiter ist eine endliche Erhöhung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine dringende Notwendigkeit. Und die Ausständigen werden diese Tarifbewegung auch zum Siege führen, wenn sie ihre musterhafte Einigkeit weiter bewahren.

Deutsches Reich.

Der Streik der Dresdener Dachbedergergehülfe wurde nach einem einwöchentlichen Kampfe zugunsten der Gehülfe beendet. Die hauptsächlichsten Forderungen bestanden im Abschluß eines Tarifs auf zwei Jahre, Lohnerhöhung wurde gefordert für dieses Jahr von 55 Pf. auf 60 Pf., für 1907 vom 1. März ab 65 Pf. pro Stunde. Es wurden bewilligt sofort 58 Pf., vom 1. März 1907 auf 62 Pf., somit wurden von den 10 geforderten Pfennigen 7 Pf. bewilligt. Die Arbeitszeit beträgt bis zum 1. März 1907 10 Stunden, von dann ab 9½ Stunden. — Alle anderen Forderungen des neuen Tarifs wurden anerkannt. Im weiteren wurde festgelegt, daß alle Gehülfe und Hilfsarbeiter wieder einzustellen sind. Diese gemachten Zugeständnisse bedeuten gewiß einen Fortschritt für die Dresdener Dachbeder. Es liegen sich über 40 Gehülfe und Hilfsarbeiter in die Organisation aufnehmen.

Achtung, Metallarbeiter! Am 13. Juli haben sämtliche männlichen Arbeiter der Stahlfedernfabrik E. W. Leo Nachf., Leipzig-Plagwitz, wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Firma hat hierauf das ganze weibliche Personal ausgesperrt. Da es der Firma schwer fällt, Arbeitswillige zu bekommen, ist sie auf den Streik verfallen, den eintretenden Arbeitswilligen den Meisterstempel aufzudrücken. Wir möchten vor dieser Radikation warnen, da die Gesuchten keine wirklichen Meister werden sollen, sondern Streikarbeit verrichten müssen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Leipzig.

Ausland.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zählte nach der soeben veröffentlichten Gewerkschaftsstatistik Ende 1905 40 796 Mitglieder gegen 30 279 Ende 1904 in 32 Verbänden; neun weitere Verbände, die dem Gewerkschaftsbund nicht angehören, zählten 23 509 bzw. 9547 Mitglieder. Die große Differenz rührt daher, daß in der Gewerkschaftsstatistik die 10 783 organisierten Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten nur für 1905 mitgezählt wurden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 3219 auf 3844. Insgesamt waren Ende 1905 64 305 Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich organisiert. Heute dürften es deren über 70 000 sein.

Die Arbeiter der fünf größten Budapestener Dampfmöhlen traten heute in Ausstand.

Der Felbarbeiterstreik in Ostgalizien ist beendet. Die russischen Bauern haben überall die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein neuer amerikanischer Riesenstreik.

Wie „Daily Telegraph“ aus New York meldet, haben die Arbeiter der vereinigten Bauwerke den Beschluß gefaßt, in den Ausstand einzutreten, um eine Lohnbewegung der Kleinarbeiter zu unterstützen. Sie haben gestern mit der Zurückziehung ihrer Leute begonnen. Sollten die Arbeitgeber nicht gewillt sein, Zugeständnisse zu machen, so werden am Sonnabend 100 000 Mann in den Ausstand treten.

Soziales.

Proflosmachung von Arbeitern durch die Polizei.

Kürzlich hatten wir mitgeteilt, daß die Polizei der Gepädfabrikationsstelle auf dem Hauptbahnhof in Düsseldorf über einen Arbeiter berichtet hatte, dieser sei Sozialdemokrat und dadurch dessen Entlassung bewirkt habe. Im Anschluß daran ist Ähnliches von der Güter-Umladestelle in Bannow berichtet. Dort wurde ein Arbeiter lediglich deshalb entlassen, weil sein Führungssattelfest dahin polizeilich ausgestellt war: „nicht bestraft, ist Mitglied des Wahlvereins, aber agitatorisch noch nicht hervorgetreten.“ Zur Aufstellung solcher Atteste, Auskünfte und Verurteilungen ist die Polizei nicht berechtigt. Wir können nur wiederholt darauf hinweisen, daß ein Beamter, der in dieser Weise den Bürger durch Mitteilung seiner politischen Gesinnung an der Geltendmachung seiner Arbeitskraft hindert, zwar leider noch nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, aber zivilrechtlich für seine Auslandsverteilung auch dann haftbar ist, wenn er dadurch etwa einen von höherer Stelle ihm erteilten Befehl befolgt hat. Eine dahin gerichtete Anweisung einer höheren Stelle kann schwerlich erteilt sein, denn solche Anweisung offenbarte eine Hinterhältigkeit und Niedrigkeit der Gesinnung, wie sie bei Gesinnungslumpen, nicht bei Beamten vorkommen darf. Die politische Gesinnung des einzelnen Bürgers geht die Polizei absolut nichts an. Eine Drangsalierung wegen politischer Gesinnung aber ist eine mit dem Geist der preussischen und deutschen Verfassung unvereinbare infame Handlung.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß im letzten Halbjahre 4 Versammlungen stattfanden, von welchen 3 mit Referaten besetzt waren. Ebenso fanden 6 Vorstandssitzungen statt. Im Anschluß hieran berichtete der Vorsitzende, daß der Genosse Obst sein Mandat für den Kreis niedergelegt hätte, an Stelle dessen hätte man den Genossen Eugen Brückner als Kandidaten gewonnen. Sodann gab der Kassierer seinen Bericht, welchem zu entnehmen war, daß ein Kassenbestand von 60,01 M. vorhanden ist. Dann fand eine ausgedehnte Diskussion über die Zentralisation der Brandenburgerischen Wahlvereine statt, an welcher sich außer verschiedenen Genossen des Agitationsvereins auch das Mitglied der Agitationskommission, Genosse Scholz, beteiligte und wurde zum Schluß ein Antrag des Genossen Borch angenommen, welcher besagt: „Aus Zweckmäßigkeitsgründen schiebt sich unser Verein der Zentralisation nicht an, sondern bleibt in der bisherigen Form bestehen.“ Man schiebt dann zur Wahl der Delegierten, zu welchen die Genossen P. Liebrandt und Leichert gewählt wurden. Nachdem werden die Genossen Leichert, Wilhelm und Heinrich als Revisoren gewählt. Im Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß die Einladung zur Versammlung nicht mehr per Karte, sondern nur im Vereinskalender des „Vorwärts“ erfolgt.

Der Verband der Eisenarbeiter hielt am Sonntag im „Königshaus-Kaffeehaus“ seine Monatsversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassierers war am Schluß des 1. Quartals ein Kassenbestand von 691,41 M. vorhanden. Die Einnahme im 2. Quartal betrug 1372,30 M., die Ausgabe 1500,07 M.; bleibt ein Kassenbestand von

663,64 M. Unter Verbandsangelegenheiten stellte der Vorstand den Antrag, die Generalversammlung im August wegen der Feier des Stiftungsfestes am 18. August mittels Flugblattes zum 12. August einzuberufen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Aufruf an das russische Volk!

Petersburg, 23. Juli. (B. T. B.) Der Aufruf, den die in Wiborg versammelt gewesenen Dumaabgeordneten gegen zwei Stimmen zu erlassen beschlossen haben, lautet wie folgt:

An das Volk von den Volksvertretern! Bürger des gesamten Russlands! Durch Was vom 8. Juli ist die Reichsduma aufgelöst worden. Ihr habt uns zu Euren Vertretern gewählt und uns beauftragt, Land und Freiheit zu erlangen. In Erfüllung Eures Auftrages und unserer Pflicht, verfahren wir Gesehe, um dem Volke die Freiheit zu sichern. Wir forderten die Entfernung der Verantwortlichkeit baren Minister, die, indem sie ungestraft die Gesehe verletzten, die Freiheit unterdrückten. Zu allererst jedoch wollten wir ein Geseh erlassen, betreffend die Verteilung von Land an die arbeitenden Bauern, nach welchem zu diesem Zwecke Ländereien, die der Krone, der Apanagenverwaltung, den Klöstern und den Kirchen gehören, angewiesen werden, und die Zwangsenteignung von im Privatbesitz befindlichen Ländereien vorgenommen werden sollte. Die Regierung fand, daß ein solches Geseh unzulässig sei, und als die Duma nochmals dringend ihren Beschluß betreffend die Zwangsenteignung betonte, erfolgte die Dumaauflösung. Die Regierung verspricht, eine neue Duma nach sieben Monaten einzuberufen.

Ganze 7 Monate muß Rußland ohne Volksvertretung bleiben, um eine Zeit, wo das Volk am Rande seines Ruins steht, wo Industrie und Handel untergraben sind, wo das gesamte Land von Unruhen erfasst ist, wo das Ministerium endgültig seine Unfähigkeit bewiesen hat, den Bedürfnissen des Volkes gerecht zu werden. Sieben Monate wird die Regierung voll Willkür handeln und gegen die Volksbewegung ankämpfen, um eine sügamen und dienstbestimmte Duma zu bekommen. Wenn es der Regierung jedoch gelingen sollte, die Volksbewegung vollständig zu unterdrücken, wird sie gar keine Duma einberufen. Bürger! steht für die mit Füßen getretenen Rechte der Volksvertretung und für die Reichsduma ein! Nicht einen Tag darf Rußland ohne eine Volksvertretung bleiben. Ihr besitzt die Mittel, um dies zu erlangen. Die Regierung ist nicht berechtigt, ohne Einverständnis mit der Volksvertretung vom Volke Steuern zu erheben und das Volk zum Militärdienst einzuberufen. Daher seid ihr jetzt, wo die Regierung die Duma aufgelöst hat, berechtigt, weder Geld noch Soldaten zu geben. Wenn die Regierung jedoch, um sich Geld zu verschaffen, Anleihen machen sollte, so sind derartige ohne Zustimmung der Volksvertretung gemachte Anleihen unzulässig. Das russische Volk wird sie niemals anerkennen und braucht sie nicht zu bezahlen. Gebt also bis zur Verurteilung der Volksvertretung keine Kopie der Krone und keinen Soldaten der Armee. Seid standhaft in Eurer Weigerung; Eurem einigen unbedingten Willen kann keine Macht widerstehen. Bürger! In diesem erzwungenen, doch unumgänglichen Kampfe werden Eure Vertreter mit Euch sein!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prozeß Zander.

Breslau, 23. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Gegen das Urteil im Prozeß Zander hat auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Fester Zusammenhalt.

Dimrich (Siebenbürgen), 23. Juli. (B. T. B.) Der Ausstand der Goldgrubenarbeiter der Partoschen Bergwerke in Brad dauert fort. Heute ist die Frist abgelaufen, die die Direktion für Aufnahme der Arbeit gestellt hatte, aber kein einziger Arbeiter hat sich gemeldet. Die Direktion hat erklärt, den Betrieb bis zum Eintreffen neuer Arbeiter einstellen zu wollen.

Auflösung des Reichsrats?

Petersburg, 23. Juli. (Medung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Es steht die Veröfentlichung eines kaiserlichen Ukas bevor, der auf Grund des Artikels 89 der Reichsgrundgesetze die zeitweilige Einstellung der Tätigkeit des Reichsrats verfügt. Die übliche Tätigkeit der Departements des Reichsrats soll fortbauern. Die Unterbrechung der Tätigkeit des Reichsrats wird voraussichtlich möglichst verkürzt werden. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß, wenn der Reichsrat seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird, keine Neuwahlen seiner aus Wahlen hervorgegangenen Mitglieder stattzufinden haben.

Die Situation in Rußland.

Obessa, 23. Juli. (B. T. B.) Die Nachricht von der Auflösung der Reichsduma hat hier einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Die Situation ist kritisch.

Des Zaren Kosaken!

Obessa, 23. Juli. (Von einem Privatkorrespondenten.) Unter der jüdischen Bevölkerung herrscht große Panik, weil Kosaken nachmittags eine Anzahl von Läden und Häusern in drei Vorstadtstraßen geplündert und gedroht haben, daß sie in der Nacht alle Juden in der Prochorowelajstraße umbringen würden, in welcher am Freitag ein Kosak getötet wurde.

Riga, 23. Juli. (B. T. B.) Die längst befürchtete Auflösung der Reichsduma wird hier mit dumpfer Resignation aufgenommen. Man sieht mit Besorgnis der nächsten Zukunft entgegen; bisher ist aber noch alles ruhig. Es herrscht allenthalben drückende Gewitterschwüle.

Eisenbahnerstreik.

Lemberg, 23. Juli. Der Streik auf den russischen Bahnen ist nunmehr ausgebrochen. Die Reisenden erhalten Fahrkarten nach Rußland nunmehr ohne Garantie für deren Benutzbarkeit.

Die Dumaauflösung in englischer Beleuchtung.

London, 23. Juli. (B. T. B.) Die gesamte englische Presse kommentiert in sehr pessimistischen Worten die Auflösung der Duma. Viele Blätter, darunter die „Daily Mail“ drücken die Hoffnung aus, die englische Regierung werde nicht verfehlen, den Einfluß, den sie besitzt, geltend zu machen, um auf die russische Regierung einen Druck auszuüben. Andere Blätter erklären, der Zar habe die europäischen Nationen, die Rußland ihr Geld geliehen haben, betrogen. Er habe sein Wort nicht gehalten, denn Rußland habe die Anleihen nur bekommen, gegen das Versprechen, in Rußland eine konstitutionelle Regierung einzuführen.

Von der interparlamentarischen Konferenz.

London, 23. Juli. (B. T. B.) Nach der Rede Vannermans bei Eröffnung der Konferenz erbat einer der russischen Delegierten das Wort. Er kommentierte die Ereignisse in Rußland und sagte: Angefichts der Auflösung der Duma trauten sich die russischen Delegierten nicht länger an der Konferenz teilzunehmen. Trotz Juredens der übrigen Delegierten verließen die Russen den Saal, indem sie erklärten, sofort nach Rußland abzureisen zu wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli.

Die Flottentreiber demaskieren sich!

Von amtlicher Seite ist unzählige Male im Reichstage die Erklärung abgegeben worden, daß Deutschland gar nicht daran denke, sich eine Flotte zu schaffen, die der englischen ebenbürtig sei. Man wolle die Flotte nur derart verstärken, daß keine fremde Nation es wagen könne, ohne selbst schwerste Verluste zu riskieren, Deutschland zur See anzugreifen. Wir haben demgegenüber immer wieder betont, daß die Herren vom Flottenverein, dieser offiziell begonnerten und verhängelten Organisation, sich keineswegs mit diesen Zielen begnügen, sondern zielbewußt und strupellos für eine Flotte agitieren, die der jeder anderen Nation, auch der Englands, ebenbürtig sei. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung lieferten die Reden und Beschlüsse der Generalversammlung, die von den geschäftsführenden Ausschüssen des Flottenvereins für die Rheinprovinz letzter Tage in Bonn abgehalten wurde. Nach einem Bericht der „Aöln. Zeitung“ machte in dieser Versammlung der Oberpräsident der Rheinprovinz, Hr. v. Schorlemer, folgende Ausführungen:

„Die Leitung des Deutschen Flottenvereins hat in teilweise recht schwierigen und unangenehmen Verhältnissen sich bestrebt, unentwegt ihrem Ziele zu dienen. Sie kam mit Befriedigung auch heute die Tatsache feststellen, daß dem Verein aus allen Gauen des Vaterlandes und ebenso aus allen politischen Parteien Mitglieder angehören, alle geeinigt in dem Gedanken, daß Deutschlands Stellung im Weltkriege, daß seinem überseeischen Handel in seiner Weiterentwicklung gebietet wird durch eine mächtige, dem Angriff und der Verteidigung gewachsenen Flotte. Ich freue mich, als Oberpräsident der Rheinprovinz feststellen zu können, daß diese Anschauung auch in der Rheinprovinz großen Anhang und lebhafteste Unterstützung gefunden hat. Man kann über das Mehr und das Tempo der Verstärkung der Flotte verschiedener Ansicht sein, wie es Vergangenes und Gegenwärtiges noch dazwischen. Ich glaube aber trotzdem die Hoffnung und Ueberzeugung ausdrücken zu können, daß die gewaltige Bewegung, die der Deutsche Flottenverein angeht und wach gehalten hat, nicht eher erlahmen wird, bis der Tag angebrochen ist, wo unsere Flotte ebenbürtig denen anderer Länder sich zur Seite stellen kann.“

Höchst charakteristisch war alsdann die Resolution, die der Generalversammlung vorgelegt wurde:

„Die zur 8. Hauptversammlung in Bonn versammelten Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen des Deutschen Flottenvereins für die Rheinprovinz stimmen der in der letzten Hauptversammlung in Hamburg gefassten Resolution rückhaltlos zu und geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Erkenntnis, wie wichtig die Aufklärungsarbeit des Deutschen Flottenvereins war und noch immer ist, immer weiter im deutschen Volke Verbreitung und Aufnahme findet; sie erkennen an, daß trotz der erfolgten Annahme der Flottenvorlage durch den Reichstag das Vaterland noch nicht im Besitze einer Flotte ist, die den sicheren Schutz unserer deutschen Brüder im Auslande, unserer Missionen, Kultur- und Handelsinteressen verbürgt. Die Versammlung erklärt sich daher einstimmig bereit, mit allen Kräften für die weitere Ausbreitung der Erkenntnis unserer hohen nationalen Ziele unentwegt einzutreten.“

Gegen den Wortlaut dieser Resolution erhob selbst einer der Anwesenden, Geheimrat Hamm, Einspruch. Derselbe warnte, in die Resolution den Satz anzunehmen, der vom Schutze der deutschen Brüder im Auslande (also nicht der deutschen Kolonien!) handelte. Nachdem Hamm jedoch ein Hauptmacher des Flottenvereins, der General Keim, mit dem Argument entgegengetreten war, „man habe dem Auslande nichts zu verbergen“, wurde die Resolution in der vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen!

Das Ausland weiß jetzt also, daß einflussreichste Kreise, ja selbst höchste Staatsbeamte, wie Oberpräsidenten, der Ansicht sind, daß die deutsche Kriegsflotte der englischen ebenbürtig gemacht werden muß, um auch erfolgreich dem Angriff dienen zu können. Es weiß ferner, daß diese Kreise von einem „Schutze der Deutschen im Auslande“ träumen, unter dem je nachdem auch die Begünstigung der verwegenen nationalistischen Sonderbündelei in einem überseeischen Staate verstanden werden kann!

Daß nach solchen Erklärungen das internationale Wettrennen in immer rapiderem Tempo weitergehen muß, versteht sich ganz von selbst!

Wie „geschichtliche Ereignisse“ aussehen.

Wolffs Bureau meldet:

Zur interparlamentarischen Friedenskonferenz, die am Montag eröffnet wurde, haben sich etwa 500 Abgeordnete eingestellt. Der Vorsitzende, Lord Bearde, begrüßte die Erschienenen und besonders unter großem Beifall die russischen Abgeordneten. Er sagte, er hoffe zuversichtlich, daß der Tag erscheinen werde, wo es keinen Krieg mehr gebe, vor dessen Beginn nicht ein Schiedsgericht angerufen worden sei. Der englische Premierminister Campbell-Bannerman hieß als Chef des Ministeriums die Delegierten willkommen; er erklärte, die englische Regierung schließe sich der Konferenz rückhaltlos an. Das Friedenswerk sei erst in Angriff genommen, und schon hätte das allgemeine Verlangen nach Frieden Gestalt gewonnen; viel zu lange schon sei die Welt nichts als ein Kriegslager gewesen. Besonders willkommen er die Abgeordneten der russischen Duma. Er nehme auch die Gelegenheit wahr, des russischen Kaisers zu gedenken, der so viel zur Beilegung des Friedensgedankens beigetragen habe; er könne wohl sagen, daß, wenn auch die Duma gerade aufgelöst worden sei, sie doch von neuem ins Leben treten werde. Bannerman schloß mit dem Ausrufe: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!“

Nach Campbell-Bannerman sprach Graf Apponyi. Er sagte, Campbell-Bannermans Rede sei ein geschichtliches Ereignis, weil sie eine direkte Aufforderung König Edwards enthalten habe, der nicht wartete, bis die Konferenz ihm ihre Ehrfurcht ausdrückte, sondern aus eigener Initiative dem Vorhaben der Konferenz seine vollste Sympathie und den Wunsch zu erkennen gegeben habe, sich an ihrem, die ganze Welt berührenden Werke zu beteiligen. Weiter hob Graf Apponyi rühmend hervor, daß der englische Premierminister eine Herabminderung der militärischen Lasten in Anregung gebracht habe. Sein Appell könne nicht fruchtlos bleiben, die Parlamente würden nicht umhin können, ihm zu folgen. Zum Schluß schlug Graf Apponyi vor, an König Edward ein Telegramm zu senden, in dem ihm der tiefste Dank der Kon-

ferenz ausgesprochen wird, und dem englischen Parlament für seine Gastfreundschaft zu danken.

Die schönen Worte Bannermans können nicht über die Galtigkeit hinwegtäuschen, an der dieser ganze bürgerliche Friedensrummel krankt. Ist doch dieselbe englische Regierung, die eben in London so friedliche Reden verzapft und anhört, gerade im Begriff, Kegypten zu einem waffenstarrten Kriegslager zu machen!

Und dann diese pharisäische Art, das Räntelchen auf beiden Schultern zu tragen: Hochachtung vor den von Nikolaus zum Tempel hinausgeworfenen Duma-Abgeordneten und Hochachtung vor dem „Friedensfürsten“, der von Frieden in seinem eigenen Reiche nichts wissen mag.

Auch Apponyis Byzantinismen werden nicht gerade dazu beitragen, daß urteilsfähige Menschen sich den Blödsinn ausbilden lassen. Bannermans Rede oder der ganze Firtelanz der sogenannten „Friedenskonferenz“ sei einem „geschichtlichen Ereignis“ zu vergleichen.

Deutsches Reich.

Amthliches Wahlergebnis in Hagen-Schwelm.

Das offiziöse Depechenbureau meldet: Bei der Reichstagswahl, die am 19. d. M. im Wahlkreise Hagen-Schwelm stattfand, wurden insgesamt 39 425 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Arbeitersekretär König (Soz.) 16 208, Bürgermeister Guno (fri. Sp.) 11 189, Arbeitersekretär Beder (Z.) 5086, Professor Kolbenhauer (natl.) 4545 und Zentralist Rumm (christlich-sozial) 2158 Stimmen. Es ist somit Stimmwahl zwischen König und Guno erforderlich.

Danach hat also die Sozialdemokratie noch einige 50 Stimmen mehr erhalten, als ihr daselbst Depechenbureau anfänglich zugeschrieben hatte.

Die Zentrumsleitung ist weiter bemüht, ihren Wählern in Hagen-Schwelm klarzumachen, daß sie trotz Altona-Herlocken für den Freisinn eintreten müßten. So schreibt eine von der Zentrumspresse in der Provinz viel benutzte Zentrumskorrespondenz:

„Der Sozialdemokrat hat einen Vorsprung von 5071 Stimmen. Dieses Defizit des freisinnigen Kandidaten können die Nationalliberalen und Christlichsozialen schon allein ausgleichen, wenn sie ihre ganzen 6700 Stimmen in die Waagschale werfen. Aber erfahrungsgemäß bleibt bei Stimmwahlen ein Teil von den ausgesprochenen Stimmen zu Hause, und dann ist auch noch mit einem Zuwachs der roten Stimmen zu rechnen. Daraus folgt: Wenn die Zentrumspartei Wahlsiege erringt, ist der Ausgang sehr unsicher. Daraus folgt weiter: Sollte die Sozialdemokratie in Hagen-Schwelm siegen, so wird man die Zentrumspartei dafür verantwortlich machen. Wir haben schon wiederholt hervorgehoben, daß die Dinge in Hagen-Schwelm eine Bedeutung haben, die über die örtlichen Grenzen und die nächste Zukunft weit hinausgeht, und daß also die Wahlparole für die dortigen Zentrumswähler die wichtigste Prüfung und das Einberufen mit der Zentralkollektion der Partei erfordert. Nicht minder ernste Anforderungen werden an das politische Verständnis, die Selbstbeherrschung und die Disziplin der Zentrumswähler gestellt. Sie müssen jetzt zeigen, daß sie nicht bloß in der Moral, sondern auch in der politischen Intelligenz ihre Feinde übertreffen. Das ist die beste „Rache“!

Die großen Zentrumsblätter geben auch einen Artikel von Riemker wieder, der in der „Allgem. Rundschau“ erschienen ist:

„Nun gerade muß die Zentrumspartei zeigen, daß sie besser ist als die anderen. Nun gerade müssen wir glühende Kohlen auf die Häupter unserer konfessionellen und politischen Gegner sammeln. Sie haben sich vom blinden Haß zur Disziplinlosigkeit und zu einer ebenso törichten als gewissenlosen Handlung hinreichend lassen. Wir wollen uns nicht einmal durch den berechtigten Hohn aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Wir bleiben in starrer Parteilichkeit auf unserem alten Standpunkt stehen und treten bei der Stimmwahl für den Gegner der Sozialdemokratie ein. Die Gegenseitigkeit, die wir zurzeit noch vermessen, wird uns auf die Dauer nicht versagt werden können, wenn wir trotz aller Reizungen uns treu und tüchtig erweisen. Die Zentrumsleute in Hagen-Schwelm müssen jetzt etwas von jener höheren Tapferkeit haben, die sich selbst bezwingt. Es wird ihnen Schweres zugemutet, aber, wenn sie es leisten, haben sie eine wahre und wirksame Rache genommen, indem sie so die geistige und sittliche Ueberlegenheit über den Gegner vor aller Welt hergestellt und der katholischen Sache große Vorteile für die Zukunft gesichert haben. Dem Evangelischen Bund und seinen Anhängern kann keine größere Niederlage beigebracht werden, als wenn in Hagen-Schwelm der Sozialdemokrat mit Hilfe der Katholiken geschlagen wird, nachdem in Altona-Herlocken der Sozialdemokrat mit Hilfe der verheereten Protestanten siegt hat.“

Die Nationalliberalen und die Christlichsozialen in Hagen haben gestern beschlossen, in der Stimmwahl für den Oberbürgermeister Guno einzutreten. Unsere Parteigenossen in Hagen-Schwelm werden der geübten Reaktion gegenüber ihre Haltung für die Stimmwahl mit doppeltem Eifer forschern!

Wieder eine Reichstags-Wahl.

Kopenhagen, 22. Juli. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Jessen, Vertreter des Wahlkreises Schleswig-Holstein (Hadersleben-Sonderburg) ist in der vergangenen Nacht in einer heftigen Krankheit infolge einer Gallenstein-Operation gestorben.

Bei der letzten Wahl im Jahre 1903 erhielt Jessen 10 274 Stimmen, während die Reichspartei 4862 und die Sozialdemokratie 712 Stimmen erhielt.

Jessen, der begabteste und tüchtigste unter den dänischen Agitatoren, hat als Redakteur nicht weniger als 4 Jahre Gefängnis verbüßen müssen. Er wurde ein Opfer jener kaiserlichen dänischen Verfolgungspolitik, der es trotz eines geradezu lächerlichen Aufwandes von Geldmitteln und menschlichen Kräften nicht gelang, die Stimmzahl der Dänen innerhalb mehrerer Jahrzehnte zu vermindern. Ein viel klüglicheres Visko erlebte diese einer großen Nation unwürdige Politik freilich noch den Polen gegenüber, deren Stimmen seit 1881 von 200 000 auf 347 000 im Jahre 1903 anwachsen!

Wahlgeschneiderei.

Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen im Reichstagsamt ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Wechselprotokolls. Der Entwurf ist keine verbindliche Vorlage, sondern dazu bestimmt, den beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Prüfung der darin enthaltenen Vorschläge und zur Geltendmachung ihrer Auffassung zu geben. Der Entwurf steht in Anlehnung an die Verhandlungen im Reichstag (im Januar 1905, am 23. 24. Februar, 1. und 8. März, 28. Mai 1906) und an Wünsche von Handelskammern eine Erleichterung des Protokolls insbesondere durch Verminderung der Formalitäten bei der Protokollerhebung und durch die Vorschritt vor, daß künftig auch die Postbeamten zur Protokollerhebung unter Haftung der Postverwaltung für Verluste ihrer Beamten zuständig sein sollen. Entsprechen die vorgeschlagenen Änderungen im allgemeinen den von den beteiligten Kreisen geltend gemachten Forderungen, so dürfte die Aenderung, welche den Postbeamten die Verpflichtung auferlegen will, die Bestätigung der bei ihnen vorzunehmenden Wechsel von Amts wegen zu prüfen, eine unbillige Belastung der Postbeamten enthalten, die unter Umständen für die schon jetzt recht geplagten Beamten auch zivilrechtliche Nach-

teile mit sich bringen kann. Daß eine Aenderung der beteiligten Kreise über den Vorentwurf amtlich provoziert wird, ist anzuerkennen. Um so unverständlicher ist es, weshalb Gesetzentwürfe, die auf Arbeiterverhältnisse Bezug haben, in der Regel weder im ersten Vorstadium, noch in der dem Bundesrat unterbreiteten Fassung öffentlich bekannt gemacht werden. Wir erinnern an die Novelle zur Erdrosselung der freien Hilfsklassen und an den angeblich im Bundesrat bereits fertiggestellten Entwurf über Berufsvereine.

Eine Schweineburginde.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: In seinen „Berliner Politischen Nachrichten“ läßt sich Herr Schweineburg folgendermaßen aus:

Herr Keir Hardie, der Führer der englischen Arbeiterpartei im Unterhause, hat offenbar Unglück. Eine donnernde Philippika gegen die ägyptische Kolonialverwaltung ließ ihn sozusagen im Galle stecken, als der Minister des Auswärtigen Edward Grey im Unterhause über diesen Gegenstand Erklärungen abgab, die nicht nur die allgemeine Lage am Nil recht bedrohlich, sondern auch die Vorbeugungs- und Säugmaßregeln der englischen Regierung voll berechtigt erscheinen ließen. . . . Im deutschen Reichstage soll der Fall noch erst eintreten, daß ein Sozialdemokrat von der ungenierten Erhebung der einmal formulierten Anklagen, wenn sie zur Propaganda für den revolutionären Gedanken sich brauchen lassen, durch Rücksicht auf vaterländische und nationale Interessen sich abhalten läßt!

Demgegenüber ist zu erklären, daß Keir Hardie weder aus sogenannten nationalen noch vaterländischen Interessen gehandelt hat, sondern aus Rücksicht auf die einfache Anstandsregel, erst dann anzuklagen und zu verurteilen, wenn man beide Teile gehört hat. Am 5. Juli, als jene Debatte stattfand, lagen nur private Nachrichten über die Vorgänge in Demshau vor. Sir Edward Grey hat auch nicht von den Abgeordneten verlangt, aus vaterländischen Gründen über jene Vorgänge zu schweigen; er ersuchte sie nur, mit ihrem Urteile abzuwarten, bis offizielle Dokumente vorlägen. Hardie hat diesem Ersuchen entsprochen. Ich würde auch nicht anders gehandelt haben, besonders einer Regierung gegenüber, die über keine Mittel verfügt, Redner und Redakteure ins Gefängnis zu werfen. Die britische Regierung hat keine Staatsanwälte und keine Richter, die wegen eines in der Eile geschriebenen Wortes einen Redakteur verhaften und in Ketten legen.

Wie wenig Herr Schweineburg qualifiziert ist, über englische Zustände zu schreiben, zeigt die Fortsetzung jener Notiz. Schweineburg belehrt dann seine Leser:

„. . . Wenige Tage darauf unternahm Keir Hardie einen neuen Versuch, einer sozialistischen Idee, diesmal der des Frauenstimmrechts, Geltung zu verschaffen. Und zwar schenkte sich der tapfere Mann nicht, den Löwen in seiner Höhle aufzusuchen. Er wollte in der Stadt Manchester sprechen, die bekanntlich durch den älteren Chamberlain im Unterhause vertreten wird und in den Januarwahlen ihren langjährigen Abgeordneten mit einer in hohem Grade ehrenden Stimmenzahl ausgezeichnet hat. Keir Hardie hatte, als er es trotzdem unternahm, in Manchester öffentlich aufzutreten, die sieghafte Kraft der sozialistischen „Wahrheit“ und des sozialistischen Terrors offenbar zu hoch eingeschätzt. Denn schon, als er zu reden begann, lönten ihm „Pro Jule“-Rufe entgegen. Bald nahm die Strömung so überhand, daß Keir Hardie sich genötigt sah, die Vertagung des Meetings zu „proponieren“. . . . Allem Anschein nach gehört also die Arbeiterbevölkerung von Manchester zu derjenigen, die mit der „völkerbefreienden Roten Internationale“ nichts gemein haben will.“

Die groteske Unwissenheit Schweineburgs dürfte jedem klar werden, wenn wir hier folgende trodene Tatsachen wiedergeben. Chamberlain hat nie in Manchester kandidiert und keinen einzigen der sechs Wahlkreise Manchesters je im Parlamente vertreten. Er hat während seiner ganzen dreißigjährigen parlamentarischen Tätigkeit Birmingham vertreten.

Von den sechs Wahlkreisen Manchesters sind vier von Liberalen und zwei von sozialistischen Arbeiterabgeordneten vertreten. Die Liberalen sind: Horridge, Schwann, Winton, Churchill (Unterschatzsekretär der Kolonien) und Haworth. Die sozialistischen Arbeitervertreter sind: Clynnes, ein Weber, Kelly, ein Lithograph.

Man vergleiche nun mit diesen trockenen Angaben die häßliche Verurteilung Schweineburgs: „Allem Anschein nach gehört also die Arbeiterbevölkerung von Manchester zu derjenigen, die mit der „völkerbefreienden Roten Internationale“ nichts gemein haben will.“

Ein nationalliberal-antifemistisches Techtelmechtel.

Im September dürfte die Ersatzwahl für das durch den Tod des Genossen Gräberer freigewordene Mandat im 10. sächsischen Wahlkreise Döbeln-Rohrweim stattfinden. Wie wir aus einem Artikel der „Nat.-Ztg.“ ersehen, hofft man den Wahlkreis der Sozialdemokratie dadurch zu entreißen, daß die Nationalliberalen diesmal gemeinsam mit den Antifemiten eine Kompromißkandidatur aufstellen, mit der der Antifemiten und alldemokratische Konfessionar Prof. Gasse in Leipzig beehrt werden soll. Ueber den bereits — unter Aufsicht des ja so gern hinter den Kulissen „arbeitenden Reichsverbandes“? — abgeschlossenen Kuhhandel berichtet die „Nat.-Ztg.“:

Am letzten Freitag fand eine Besprechung von Vertretern männern der bürgerlichen Parteien in Döbeln statt, welche die allseitige Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit geschlossenen Zusammengehens ergab und mit dem einstimmigen Beschluß endete, den Parteien die Auffstellung des früheren nationalliberalen Abgeordneten von Leipzig-Stadt Professor Dr. Gasse zu empfehlen.

Die Kandidatur Gasse war von nationalliberaler Seite vorgeschlagen worden. Man ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß der Kandidat einer Mittelpartei am ehesten Aussicht habe, die Stimmen der bürgerlichen Wähler auf sich zu vereinen. Gasse ist kein Parteipolitiker gewöhnlichen Schlages. Er hat keine besondere Aufgabe darin erkannt, den nationalen Bestrebungen des deutschen Volkes ein bestimmtes Gepräge zu geben. Der alldemokratische Gedanke leitet ihn. Es mag sein, daß das Auftreten des „Alldemokratischen Verbandes“, dessen Führer Gasse ist, nicht immer den Beifall derer fand, die im allgemeinen für seine Bestrebungen eingenommen sind; aber daß diese Bestrebungen im ganzen und großen auf der Linie liegen, die eine nationale Partei verfolgen muß, wenn sie ein Ideal vor Augen haben will, ist wohl außer Zweifel. Wenn die Bedeutung der nationalliberalen Partei darin lag, daß sie zunächst einen machtvollen Einheitsstaat erstrebte, so kann die Fortsetzung, dank der großen Entwicklung, die wir vor Augen sehen, nur im Sinne einer Weltpolitik liegen, die uns als mächtig wachsendem Volke Raum, Luft und Licht verschafft.

Wir hegen die Überzeugung, daß die Sozialdemokratie die Hoffnungen dieses Kartells der „Klassen“ zu schanden machen wird. Siegte doch Genosse Gräberer im Jahre 1903 mit 13 162 Stimmen über seine beiden Gegner, von denen der Nationalliberal 6484, der Antifemist 6509 Stimmen auf sich vereinte.

Bekanntlich herrscht in freisinnigen Kreisen viel Neigung für eine Einigung des Liberalismus im Sinne eines Zusammengehens mit den Nationalliberalen. Nun fand selbst das „Verl. Tagebl.“ in einer solchen Einigung des Liberalismus mit den Nationalliberalen eine national-liberal-antifreie Handlung durch den Nationalliberalen nicht abgemildert. Dieser unmöglichen Verbrüderung folgt nun das nationalliberal-antifreie Kompromiß in Döbeln auf dem Fuße! —

Lehrmittelfreiheit in Stuttgart.

Die Lehrmittelfreiheit in sämtlichen Stuttgarter Volksschulen einzuführen, haben die Stuttgarter bürgerlichen Kollegien, wie wir schon gestern telegraphisch meldeten, in gemeinsamer Sitzung mit 22 gegen 15 Stimmen beschlossen. Die Kosten, zuerst auf 70 000 bis 80 000 M. jährlich für rund 14 000 Volksschulkinder angegeben, stellen sich neueren Berechnungen zufolge auf etwa 57 000 M. jährlich, von denen rund 9000 M. in Abzug zu bringen sind, welche die Stadt schon jetzt für die Lehrmittel bedürftiger Kinder verausgabt.

Der von den Anhängern wie den Gegnern der Lehrmittelfreiheit mit großer Entschlossenheit geführte Kampf um dieses Stückchen Volksschulverbesserung hat mit dem vollstündigen Siege der Volksschulfreunde geendet. Die Verschleppungs- und Verzögerungskünste der Gegner haben dazu geführt, daß schließlich mehr erreicht wurde, als zuerst von den Anhängern der Lehrmittelfreiheit gefordert war. Der Gemeindevorstand ging dahin, daß die von der Oberstudienbehörde vorgeschriebenen Lehrmittel ohne weiteres geliefert werden sollten, während über die an einzelnen Schulen fakultativ eingeführten Lehrmittel der Gemeinderat von Fall zu Fall Beschluß fassen sollte. Der endgültig gefasste Beschluß beider Kollegien bestimmt aber, daß ohne weiteres sämtliche Lehrmittel, obligatorische wie fakultative, ferner Schreibhefte, Federn usw., dann auch das Material für den Handarbeitsunterricht von der Stadt geliefert werden.

Ein Beitrag zum Klassencharakter der Justiz.

Man schreibt uns aus Baden: In dem schwarzwäldischen Städtchen Kappelrodeck genos der Bürgermeister Herr Haas auch als Kassierer des dortigen Forstschutzbereichs e. G. ein solches Vertrauen, daß er, vom Vorstand und Aufsichtsrat unkontrolliert, viele Jahre hindurch zu seinen Lotterietreibern das viele Geld aus der Kasse der Genossenschaft fehlten konnte. Er trieb die Unterschlagungen, Untereinfälschungen und Betrügereien etwa ein Vierteljahrhundert lang, bis er sich im vorigen Herbst bei der Staatsanwaltschaft stellte. Da Haas ein reicher Mann war, konnte ein Teil des Defizits gedeckt werden; immerhin betrug die Unterbilanz dieses Vorjahrsberichts im Oktober vorigen Jahres rund 825 000 M., wofür meist kleine Leute haften. Die badischen Genossenschaftsverbände griffen zur Verhütung des totalen Zusammenbruchs ein. Der Staatsanwalt beantragte, daß der 50 Jahre alte Erbbürgermeister auf 10 Jahre ins Zuchthaus wandere; die Strafkammer des Landgerichts Offenburg auf 8 Jahre 7 Monate Zuchthaus herab. Der Verbrecher empfand dieses Urteil als ein zu strenges und trat, auf den Rat der Bekannten, seine Reise nach Bruchsal ins Zuchthaus an. Es geschah am Donnerstag früh in demselben Schnellzuge, den etwa ein halbes Dutzend badische Landtagsabgeordnete zur Reise in die Kammer benützten. Dem Zuchthändler Haas wurde eine ständesgemäße Beförderung zu seinem künftigen Beruf zu teil. Er war nicht mit Gefangenenleitung angetan, nicht am Schnürchen geführt und hiegt in keinen Arrestantenwagen, sondern in ein Coupé 2. Klasse des Schnellzuges. Sein freundlicher Begleiter im zivilen Sonntagsgewand war der Gendarmerie-Oberwachmeister, der ebenfalls Haas heißt; mit dem Verbrecher aber weder verhandelt, noch verschärft ist. So transportiert man, wenn's bezahlt wird, im Lande Baden die Verbrecher in Handgemäßen und schonender Art. Die norddeutschen Redakteure sozialdemokratischer Blätter, die schon mit Ketten auf den Transporten Bekanntheit machen mußten, werden die Verbrecher in unserem badischen „Klassen“-Staat um die ihnen gewährte Toleranz beneiden. —

Ersatzwahlen zum Gemeinderat in Mülhausen i. Elz. Siehen, wie uns unser dortiger Korrespondent schreibt, nahe bevor, obgleich schon in zwei Jahren, im Jahre der Hauptwahlen zum Reichstag, auch die Vertretungskörper der elsass-lothringischen Gemeinden allgemein zu erneuern sind. Es ist dies seit den allgemeinen Gemeinderatswahlen von 1902 die zweite Ersatzwahl, die in der oberelsassischen Industriestadt erfolgt, jedoch dann trotz der sechsjährigen Mandatsdauer der elsass-lothringischen Gemeinderäte doch alle zwei Jahre hier eine Befragung der Wähler stattgefunden hat, was für die sozialdemokratische Mehrheit des Stadtparlaments nur erwünscht ist. Der äußere Anlaß zu den diesjährigen Ergänzungswahlen liegt in zum Teil bereits erfolgten, zum Teil als unmittelbar bevorstehend öffentlich angekündigten Mandatsniederlegungen von Mitgliedern der „demokratischen“ Fraktion, die durch die Aufdeckung des vom Gericht im Verleumdungsprozeß gegen die „Mülhauser Volkszeitung“ im Urteil erster Instanz als „undelhaft“ und „unfair“ bezeichneten Wodenspekulationsgeschäfts ihres Vorstehenden, des Geometers Simonet, schwer kompromittiert ist. Der unbehaglichen Situation, in welche sie damit geraten sind, machen einzelne Fraktionskollegen Simonets jetzt nach und nach durch Demissionen unter allerlei Vorwänden ein Ende. — Vorwände, von welchen der wichtigste, eine Wahlparole darstellende derjenige ist, die sozialdemokratische Mehrheit sei zu leichtfertig in der Bewilligung von Millionen verschlingenden Reformprojekten, sie zerriete die Finanzen der Stadt usw. Tatsache ist, daß die Gemeindegutschläge auf die direkten Staatssteuern unter dem neuen Gemeinderat von rund 70 auf nicht ganz 100 Proz. gewachsen sind, aber dieses Ergebnis ist die Folge der vieljährigen empörenden Vernachlässigung aller kommunalen Interessen durch die früheren ordnungsparteilichen Mehrheiten, und die Notwendigkeit der bewilligten größeren Ausgaben (für Kanalisation, für Straßenpflasterung, für neue Straßenbauten, für Verbesserung der Lehrergehälter und der Bezüge der städtischen Arbeiter und Beamten, für neue Schulen usw.) ist von der bürgerlichen Demokratie im Gemeinderat ebenso wie von den drei Vertretern der Zentrumsparthei nach teilweise wohl bestanden. Die Erörterungen immer schließlich anerkannt worden. Fast ausnahmslos gaben die bürgerlichen Mehrheiten auch dafür die Stimmen ab. Sie werden im Wahlkampf in der größten Verlegenheit sein, wenn sie im einzelnen nachweisen sollen, welche unnötigen oder noch auffichbaren Ausgaben von der sozialdemokratischen Mehrheit gegen ihre Stimmen bewilligt worden sind. Die Genossen Mülhausens begrüßen die von den merkwürdigen Demokraten um den Spekulant Simonet herbeigeführten Gemeinderatsersatzwahlen freudig schon deshalb, weil dadurch die Wähler Gelegenheit erhalten, über die auch von unseren Genossen im Frankfurter Stadtparlament bekämpfte Veräußerung von privaten Wodenspekulationsgeschäften mit der Mandatsbefreiung als Stadtvorordner an der Hand dieses Falles Simonet ein Urteil zu fällen. —

Wilde Richter!

Vor der Strafkammer in Köln stand der Schuhmann Mathias Widen, angeklagt der Körperverletzung und schweren Mißhandlung. Eines Abends traf der Schuhmann mit einem Stultateur und dessen Frau, mit denen er nicht auf gutem Fuße stand, in einer Wirtschaft zusammen. Der Stultateur suchte eine Veröhnung anzubahnen, was aber der Schuhmann zurückwies. Der letztere behauptete dann, der Stultateur sei ihm absichtlich mit den Fingern im Gesicht zu nahe gekommen, wogegen sich dieser entschieden verwahrte. Auf der Straße machte sich der Schuhmann dann an den Gegner heran, packte ihn nach einem provozierten Wortwechsel und würgte ihn am Hals, ohne daß der Angegriffene den geringsten Anlaß dazu gegeben hätte. Als die Frau ihren Mann durch Schläge mit dem Sonnenschirm befreien wollte, verfolgte der Schuhmann die Frau mit dem blanken Säbel und versetzte ihr von hinten mehrere Schläge mit der Waffe

auf den Kopf; er ließ ihr so lange nach, bis sie hinfiel, wodurch auch er zu Fall kam. Nun griff aber das durch das Schreien der Frau herbeigerufene Publikum ein, und man verabreichte dem Polizisten eine Tracht Prügel. Dieser stürzte sich dann wieder auf den Stultateur und schlug ihm mit einem stumpfen Gegenstand den Kopf blutig. Das Empörende ist nun, daß zunächst nicht gegen den brutalen Schuymann, sondern gegen den ohne jede Schuld schwer mißhandelten Arbeiter das Strafverfahren eingeleitet und bis zur zweiten Instanz durchgeführt wurde. Beide Male erkannte das Gericht freisprechend, und dann erst ging man gegen den Schuymann vor. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn vier Monate Gefängnis, ein Strafmaß, das unter Umständen höher ausgefallen wäre, wenn etwa der Angeklagte ein Streikführer und das Opfer ein Arbeitswilliger gewesen wäre. Das Gericht aber erkannte unglaublicherweise auf 200 M. Geldstrafe.

Ausland.

Frankreich.

Die Radikalkonservativen am Ruder.

Paris, 19. Juli. (Fig. Ver.)

Die ersten Wochen des neuen Parlaments haben die von allen einsichtigen Politikern vorausgesehene Krise der Blokmajorität offenbar gemacht. Bei allen wichtigen Abstimmungen, die die politischen und die sozialen Tendenzen der Regierung ins Spiel brachten, haben sich nicht nur die Sozialisten, sondern auch die am weitesten fortgeschrittenen Gruppen der bürgerlichen Demokratie im Gegensatz zur Regierung befunden. 150 Mitglieder der äußersten Linken bilden heute unverkennbar eine republikanische Opposition, und die Regierung wird sich, wenn sie in ihrer bisherigen Politik fortfährt, nur halten können, wenn sie für die verlorenen Anhänger auf der Linken Ersatz nach rechts hin sucht.

Diese Frage beschäftigt jetzt die ganze Presse. Es ist bezeichnend für die Entwicklung des Clemenceauschen Radikalismus, daß der Eintritt der Progressisten in die Regierungsmehrheit ernstlich erwogen wird. Das „Journal des Debats“ wittert schon Morgenluft. „Wenn es wahr ist“, schreibt es, „daß die Regierungsradikalen die Notwendigkeit einsehen, das Land aufatmen zu lassen und es vor den finanzpolitischen und sozialen Abenteuern zu schützen, die das Programm des einschläfernden Bloks darstellen, so werden die Gemäßigten sie unterstützen.“

Vor allem handelt es sich den Gemäßigten darum, die Altersversicherung zu hintertreiben und auch die armelige Einkommensteuer in der Poinecaré'schen Formulierung im Mutterleib zu erlösen. — Die Linksradikalen pflanzen noch am Grabe die Hoffnung auf. Die „Lanterne“, das Organ des Pelletanschen Flügels, schreut heute, die Vereinigung der Regierungsradikalen mit ihren alten progressistischen Gegnern würde den Selbstwider der radikalen Partei bedeuten. Sie vertraut auf die Verührung der Gemäßigten mit der Wählerschaft, die jetzt während der Ferien eintritt. Dieser Optimismus steht oben von der Beschaffenheit der radikalen Wähler selbst ab, die zum großen Teil radikale Bourgeois sind. Der wachsende Einfluß des Sozialismus, der das Ergebnis der Einigung der Partei und des auflösenden gewerkschaftlichen Lebens ist, hat mitgewirkt, die alten demokratischen Illusionen zu zerstören. Die große „Zukunftsaussicht“ war mehr als eine parlamentarische Paradedarstellung. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß in der kapitalistischen Gesellschaft auch die Demokratie der großen Massen nicht Herr zu werden vermag. Die Auflösung des bürgerlichen Radikalismus mag den Kampf des Proletariats sicher nicht erleichtern, aber sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit, mit der man sich abfinden muß für die sozialistische Erkenntnis der arbeitenden Massen wird die Danktotenerklärung des bürgerlichen Radikalismus nur von Vorteil sein. Sie bedeutet das Bekenntnis, daß in der heutigen Gesellschaft eine weitgehende soziale Reform unmöglich ist.

Paris, 23. Juli. Das Justizpolizeigericht hat Alexander Sokoloff wegen der Vandalenangelegenheit im Gehölz von Vincennes zu fünf Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe verurteilt. Viktor Sokoloff und Sophie Speranski, denen man die Teilnahme an der Herstellung der Bombe nicht nachweisen konnte, sind freigesprochen. Alexander Sokoloff, der am Freitag operiert worden ist, war in der Gerichtsverhandlung nicht anwesend. —

Japan.

Kodama, der Chef des Generalstabs der japanischen Armee, ist plötzlich gestorben. Er war der Waise des russisch-japanischen Krieges. —

Celebes.

Aus Hollands ostindischen Kolonien.

Amsterdam, 23. Juli. Die gegen die Eingeborenen auf Celebes operierenden Truppen haben mit einem Verlust von einem Toten und 21 Verwundeten die Bergfestungen bei Montodju genommen.

Australien.

Neuseelands neuer Ministerchef.

Josef G. Ward, der neue Leiter der politischen Geschäfte Neuseelands, hat durch eine Rede in New York, wo er sich während der Reise von England nach Australien aufhielt, Aufmerksamkeit erregt. In New York wurde ihm von einem Juristenklub ein Festessen gegeben, und man sprach über die Truist, ein bei den Amerikanern sehr beliebtes Thema. Ward stimmte ein Loblied auf Neuseeland an: „Dort gibt es keine Rot, keine Wählgänger, keine Armen und keine Truist“, so behauptete er. „Ich habe in den letzten 30 Jahren in unserer Kolonie keinen Weiler gesehen. Unsere Bevölkerung ist noch nicht eine Million stark, und sie ist sehr wohlhabend. Wir haben Bureaus für Arbeitslose mit Zweigämtern über ganz Neuseeland, die sich der Arbeitslosen überall annehmen. Die Eisenbahnen gehören der Regierung, mit Ausnahme einer Bahn, die von einer Privatgesellschaft betrieben wird. Diese Bahn darf aber nicht mehr als 7 Proz. Dividende bringen, der Ueberschuß fließt in die öffentlichen Kassen. Die Ueberschüsse der Staatsbahnen werden dazu verwendet, Passagier- und Frachttarife zu ermäßigen. Man zahlt jetzt 12 Pf. für eine (englische) Meile erster Klasse. Es gibt auch Millionäre in Neuseeland, und Bestrebungen zur Bildung von Truist herrschen zeitweilig. Wir begegnen diesen Bestrebungen durch Ermäßigung oder Abschaffung der Zölle. So bekämpften wir erfolgreich den Weinsteuertrost; den letzteren dadurch, daß die Regierung selbst Kosten trug. Alle öffentlichen Ausgaben sollten dem Staate oder der Gemeinde gehören. Bei den Wahlen in Neuseeland hätte keine Partei Aussicht auf Erfolg, die sich gegen die bestehende Form einer sozialistisch gearteten Regierung wendete. — Unser Grundsatz in der Politik ist der, daß wir zuerst ausfindig machen, was man im Volke wünscht, und daß wir uns bei unseren Regierungshandlungen danach richten.“ —

Parteizersplitterung.

Die Anklagen, die Genosse Liepmann gegen die Mitglieder der Generalkommission in Nr. 163 des „Vorwärts“ erhob, sind arg zusammengekrummt. Es bleibt nur noch: „Es war nicht parteigewissen gehandelt, das Protokoll vor der Drucklegung dem Parteivorstand nicht vorzulegen.“ Vielleicht erkundigt sich Genosse L. bei der Zentrale der Partei, den Leitungen der Berliner und auswärtigen Parteiorganisationen, wie diese Körperschaften bei der Drucklegung von Protokollen verfahren, ob sie das Manuskript Genossen zur Nachprüfung vorlegen, die nicht an den betreffenden Verhandlungen teilgenommen haben, von denen aber gesprochen ist. Wenn L. dann festgesetzt haben wird, daß diese Körperschaften nicht anders als die Generalkommission verfahren, dann ist er wohl so liebenswürdig, den Vorwurf „nichtpartei-

genössischen Handelns“ auch auf diese Körperschaften auszuweihen und befindet sich die Generalkommission dann in guter Gesellschaft. Da der Zweck meiner gegen den Genossen L. gerichteten Ausführungen erreicht ist und ich die Genossen und Leser des „Vorwärts“ nicht unsonst belästigt habe, so kann ich mich mit den letzten Ausführungen Liepmanns mit einigen kurzen Bemerkungen abfinden.

L. beklagt sich, daß ich die Auseinandersetzung „ganz und gar auf das persönliche Gebiet verpflanzt“ habe. Meines Wissens hat der Genosse L. den Artikel in Nr. 163 des „Vorwärts“ geschrieben, wenigstens hat er ihn mit seinem Namen gezeichnet. Ich konnte mir somit nicht erlauben, „Popanz“ zu schaffen, um gegen diesen zu polemisieren, sondern mußte mich mit dem Namen Liepmann begnügen.

Genosse L. zieht sich einen Rock an, der für Dr. Tille zugeschnitten ist. Er muß somit sich mit seinen Schlussfolgerungen, die einem solchen Vergreifen zu danken sind, selbst abfinden, mich kann er jedenfalls nicht dafür verantwortlich machen. Es gibt zahlreiche Genossen, die auf 10jährige ununterbrochene Tätigkeit in der Partei zurückblicken können. Diese Genossen nehmen aber nicht das Recht für sich in Anspruch, andere Genossen, ohne eine Spur von Beweismitteln zu besitzen, niedriger Handlungen zu bezichtigen. Das war dem Genossen L. vorbehalten, der die geeigneten Charakterzüge dafür besitzt. Ein tragisches Geschick, nach 33jähriger Parteizugehörigkeit und 10jähriger ununterbrochener Parteitätigkeit nicht zu wissen, was ein Sozialdemokrat würdig ist. Die Partei hat es wahrlich nicht verdient, so gekraft zu werden.

Da, wie gesagt, mein Zweck erreicht ist, so kann ich die Auseinandersetzungen mit dem Genossen L. abbrechen, ohne mich dabei des billigen Mittels eines Appells an das Urteil der Genossen und Leser des „Vorwärts“ zu bedienen. Für das, was ich dem Genossen L. zu sagen genötigt war, reibe ich jedermann und an allen Orten ein.

Ob ich bei den gegnerischen Blättern Weisfall gefunden habe, weiß ich nicht. Ich habe weder diese noch die Parteiblätter daraufhin nachgesehen, ob ich irgendwo Weisfall finde oder Mißfallen erzeuge. Beides wäre mir gleichgültig und würde mich nicht abhalten, die Wahrheit zu sagen. Jedenfalls überwiegen die bürgerlichen Blätter das Objekt, um das es sich handelt.

C. Legien.

Der Erpressungsparagraf gegen Gewerkschaftler.

Wieder einmal hat die Staatsanwaltschaft den Versuch gemacht, einen Akt gewerkschaftlicher Tätigkeit als Erpressung zur Verurteilung zu bringen. Die Dachdecker Görnig, Stolzenhain, Pahl, Holz, Thunert, Gregor, Windowski, Gustav Schulz und August Schulz hatten sich am Montag vor der ersten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten. Sie sollen sich der verurteilten Erpressung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung dadurch schuldig gemacht haben, daß sie, wie die Anklage behauptet, an den Dachdeckermeister Halbsguth, bei dem sie beschäftigt waren, die Forderung stellten, den christlichsozial organisierten Dachdecker Heinemann, falls er nicht dem Zentralverband der Dachdecker beitrete, zu entlassen, anderenfalls würden sie selber die Arbeit niederlegen. — Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf die Angaben des christlichsozialen Dachdeckers Heinemann, der als Zeuge antrat, er sei von den Angeklagten aufgefordert worden, dem Zentralverband beizutreten, und als er gesagt habe, er gehöre der christlichsozialen Organisation an und bleibe auch in derselben, da hätten ihm die Angeklagten erklärt, sie würden nicht mit ihm zusammenarbeiten. — Die Angeklagten bestreiten dagegen, daß sie eine derartige Aufforderung an Heinemann gerichtet haben. Dieser habe vielmehr selbst erklärt, er wolle mit den Angeklagten nicht zusammenarbeiten, er habe auch einem der Angeklagten in provozierender Weise sein Mitgliedsbuch des christlichsozialen Verbandes unter die Nase gehalten und höhnisch gesagt: „Ich bin organisiert, nur nehme doch mal Stellung gegen mich, geht doch mal gegen mich vor.“ Diese und andere Angehörigen des Heinemann hätten schließlich die Angeklagten dazu veranlaßt, ihre Entlassung zu fordern. Weder die Entlassung Heinemanns, noch sein Eintritt in den Zentralverband sei verlangt worden. Ebensovienig komme von einem gemeinsam verabredeten Vorgehen die Rede sein, schon deshalb nicht, weil unter den Angeklagten selbst zur fraglichen Zeit Zwistigkeiten herrschten und auch andere bei Halbsguth beschäftigte Mitglieder des Zentralverbandes ihre Entlassung nicht gefordert haben. — Der als Zeuge vernommene Dachdeckermeister Halbsguth will dagegen aus der Art des Auftretens der Angeklagten entnehmen haben, daß sie nur deswegen auffören wollten, weil der Meister den Heinemann nicht entlassen wollte. Herr Halbsguth war ohne weiteres bereit, den Angeklagten die geforderte Entlassung zu geben. Da legte aber Heinemann freiwillig die Arbeit nieder und die Angeklagten arbeiteten weiter.

Die Anklage stand auf so schwachen Füßen, daß sie selbst der Staatsanwaltschaft nicht in vollem Umfang aufrechterhalten konnte. Er beschränkte sich darauf, die Verurteilung der Angeklagten Görnig und Stolzenhain zu beantragen, bezüglich der übrigen sieben Angeklagten, gegen welche die Verhandlung keinen Beweis erbracht hatte, beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung. Görnig und Stolzenhain waren nämlich die einzigen, die wegen der Arbeitsniederlegung mit dem Meister gesprochen hatten. Wegen diese beiden beantragte der Staatsanwalt je eine Woche Gefängnis wegen verurteilter Erpressung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Den Erpressungsversuch konstruiert der Staatsanwalt in der bekannnten, allem gefunden Rechtsinn widersprechenden Annahme: Wenn ein Mitglied einer Gewerkschaft einen anderen auffordert, der Organisation beizutreten, so ist es dem Auffordernden nur darum zu tun, daß die Organisation die Beiträge des neuen Mitgliedes erhält. Wer aber auf solche Weise für die Organisation wirkt, der will ihr einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen, und wenn dabei gesagt wird, wir legen die Arbeit nieder, wenn der und der dem Verband nicht beitrete, so ist das eine Drohung mit einem Uebel, also kennzeichnet sich die betreffende Handlung als Erpressungsversuch. Das ist die bekannnte, jeder verständigen Rechtsempfindung ins Gesicht schlagende Wortspielerei, mit deren Hilfe schon mancher organisierte Arbeiter wegen ganz harmloser Äußerungen ins Gefängnis gebracht worden ist, und zwar auf Grund eines Paragraphen, der seiner Entstehung, seinem Zweck und seinem Wortlaut nach nur auf solche Leute angewandt werden kann, die aus ganz gemeinem Eigennutz handeln.

Der Verteidiger trat dem Standpunkte des Staatsanwalts entgegen und führte aus, daß hier weder ein Erpressungsversuch, noch eine Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung vorliege und daher alle Angeklagten freigesprochen werden müßten.

Das Urteil des Gerichts ging dahin: Ein Erpressungsversuch liege nicht vor. Wenn jemand für einen Verein Mitglieder zu werben suche, so können dabei eine ganze Reihe von Gründen in Frage und der materielle Grund siehe dabei nicht im Vordergrund. Dagegen erhielt das Gericht für erwiesen, daß Görnig und Stolzenhain gegen § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben. Sie wurden deshalb zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden, weil ihnen keinerlei Beteiligung nachgewiesen werden konnte, freigesprochen.

Ist auch das Gericht nicht dem staatsanwaltlichen Versuch der Konstruierung eines Erpressungsversuchs gefolgt, so ist doch die auf Grund des § 153 G.-O. ausgesprochene Verurteilung ein bitteres Unrecht, das den Angeklagten zugefügt ist. Und daß es ihnen zugefügt werden konnte, bedingt mit Schmach und Schande nicht die Richter, die so geurteilt haben, sondern die sogenannten gelehrte Rechtsprechung, die in der Unrechtsprechung des Reichsgerichts verkörpert ist und der folgen zu müssen leider die Strafkammern in ihrer Mehrzahl geglaubt haben. § 153 der Gewerbeordnung bedroht mit Gefängnis den, der „durch Anwendung überlicher Zwanges, durch Drohungen, durch Erwerbung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152)“ — nicht Vereinen — teilzunehmen oder

ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten." Das Reichsgericht hat entgegen dem klaren Wortlaut dieses Paragraphen, entgegen der Entstehungsgeschichte des § 153 der Gewerbeordnung, entgegen der Notwendigkeit und der reichsgesetzlichen Fixierung eines Koalitionsrechtes, aber durchaus in Uebereinstimmung mit den gemeingefährlichen Wünschen eines Klängels innerhalb des Unternehmertums, das selbst die Freiheit des Arbeiters zu vernichten bestrebt ist, über seine Arbeitskraft befähigt zu verfügen, in einem Urteil vom 25. April 1902 angenommen: wenn auch in § 153 nur von Verabredungen, im § 152 von Verabredungen und von Vereinigungen geredet ist, so seien im § 153 unter Verabredungen auch Vereinigungen, mithin auch Gewerkschaftsvereine gemeint. Dieses Urteil des Reichsgerichts legt klipp und klar die Feindseligkeit seiner Verfasser gegen das Vereins- und insbesondere gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter dar. Der Hof gegen die Arbeiter und gegen das Streben der Arbeiterklasse nach besseren Lebensbedingungen, die vollkommene Unfähigkeit, den Zusammenhang zwischen den ökonomischen, politischen und rechtlichen Verhältnissen zu begreifen, die enge Geistesgemeinschaft des nicht wegen juristischer oder wissenschaftlicher Tüchtigkeit, sondern wegen ihrer "Zuverlässigkeit" zu Reichsgerichtsräten vorgeschlagenen Herren stellt sich ebenso sinnfällig in jenem Erkenntnis des Reichsgerichts wie in einem anderen dar, in dem das Reichsgericht die Straflosigkeit der Ausübung des Koalitionsrechtes ein "strafrechtliches Privilegium" zu nennen sich erlaubt hat. Offensichtlich hat die Berliner Strafkammer geglaubt, den Galimatias-Gründen folgen zu müssen, der in dieser Sorte von Erkenntnissen des Reichsgerichts sich breit macht. Im vorliegenden Falle tritt hinzu, daß von Anwendung "körperlichen Zwanges", von "Drohungen", von "Ehrverletzung", von "Verurteilung" in dem Urteil nicht die Rede sein darf, wenn anders ein Urteil den wahren Tatbestand und nicht ein durch die Klasseninteressen des Unternehmertums geschaffenes Verbild der Wirklichkeit wiedergeben soll.

Dem Arbeiter steht das Vereinsrecht, insbesondere das Koalitionsrecht frei. Arbeiter, die wie die Beurteilten gehandelt haben, zu beurteilen, heißt nichts anderes, als den Gebrauch des Koalitions- und Vereinigungsrechts Arbeitern gegenüber zu strafen. Darin liegt eine Herabsetzung einer der anerkannten Grundlagen des bestehenden Rechts, nämlich des Koalitionsrechtes, eine Verächtlichmachung bestehender Gesetze, wie sie als solche nur von denen nicht empfunden werden kann, die meinen, der Strafgesetze oberster Zweck sei der, Arbeiter wegen ihres Strebens nach Gleichberechtigung, insbesondere auch dann zu bestrafen, wenn sie von den bestehenden Gesetzen Gebrauch machen.

Sollte die Beurteilung der Genossen Gornig und Stolzenhain auch in der Revisioninstanz gebilligt werden, so werden sie als Märtyrer der Arbeiterklasse wegen der Anwendung der ihnen zustehenden Rechte beurteilt. Mag der Prozeß mit Freispruch oder Beurteilung enden — er zeigt, wie dringend notwendig der Ersatz "gelehrter Richter" durch von und aus dem Volk gewählte Richter, sowie der Schutz des Koalitionsrechtes durch Bestimmungen ist, wie sie die sozialdemokratische Fraktion wiederholt begehrt hat.

Aus der Partei.

Aus Leipzig.

Das Depeschens Bureau Herold teilt in einem Telegramm vom 23. mit, eine von den Leipziger Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern stark besuchte Versammlung habe beschlossen: der Parteivorstand solle das Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsverbände schleunigst öffentlich vorlegen! Die Idee des Generalstreiks sei im Sinne der Amsterdamer und der Jenaer Beschlüsse ganz energisch zu propagieren.

Wir werden nach Eintreffen der parteioffiziellen Darstellung morgen auf die interessante Leipziger Versammlung zurückkommen.

Das also war des Pudels Kern!

Die "Sächsische Arbeiter-Zeitung" hatte vor einigen Tagen die mysteriöse Anspielung gemacht, daß gewisse Personen die Lokalorganisationen "verhättselt" hätten. Wir ersuchten daraufhin die "Sächsische Arbeiter-Zeitung", doch nicht so zurückhaltend zu sein, sondern gerade heraus zu sagen, wen sie meine. Dieser Aufforderung kommt das Blatt dem auch in dankenswerter Weise durch folgende Entgegnung nach:

"Der Vorwärts", der sich in seiner Sonnabendnummer als Großinquisitor der Parteipresse aufspielt, möchte gern im einzelnen die Namen der Parteigenossen wissen, die den anarcho-sozialistischen Elementen die Stange vielten, um dieser gewissen Seite den Standpunkt klar zu machen". Nun wahrhaftig, wir nehmen nicht an, daß der "Vorwärts" mit Blindheit geschlagen ist und nicht weiß, was in Berlin vorgeht. In dem "Vorwärts" vielleicht unbekannt geblieben in seiner "welkenfernen Einsamkeit" in Berlin, was in "der Provinz" kein Geheimnis ist?

Wir glauben nicht! Und deshalb sehen wir uns auch nicht veranlaßt, einzelne "dem schredlichen Jorne" des "Vorwärts" zu überliefern. Daß der "Vorwärts" übrigens selbst seit der neuen Regierung die Lokalisten auffällig bevorzugt, zeigt z. B. die Art der Veröffentlichung ihrer gewerkschaftszersplitternden Tätigkeit. Mit großer und behaglicher Breite wird jeder Versammlungs- und Kongreßbericht der Lokalisten und ihre Angriffe auf die Zentralorganisationen gebracht. Niemals hat der "Vorwärts" diese Angriffe auf die Zentralorganisationen zurückgewiesen, wozu er unseres Erachtens so gut wie jedes Parteiblatt verpflichtet war. Was Wunder, wenn da die Generalkommission als die Vertreterin der alleinberechtigten Organisationsform von Mistrauen gegen gewisse Leute, die das dulden, erfüllt ist. Wir nehmen im übrigen an, daß in Mannheim reichliches Material nach dieser Richtung hin beigebracht werden wird, und der "Vorwärts" wird bis dahin wohl seine Ungeduld abgeben können und müssen. Das Herannahen des Parteitagcs macht offenbar den "Vorwärts" nervös!

Es ist sehr hübsch von der "Sächs. Arb.-Ztg.", daß sie jetzt so freudig ihre Karten aufdeckt. Also der "Vorwärts" ist es, der seit der neuen Regierung die Lokalisten "verhättselt". Und wodurch? Dadurch, daß er nicht pflichtwidrig Versammlungs- und Kongreßberichte unterschlägt!

Es scheint danach, als ob innerhalb der Redaktion der "Sächs. Arb.-Ztg." die innige Fehlsung, die das Blatt bei anderen Parteinstanzen doch so schmerzhaft vermisst, auch nicht in dem wünschenswertesten Maße vorhanden sei. Denn gerade in der Redaktion unseres sächsischen Parteiorgans sitzt ja ein Mitglied der "alten Regierung" des "Vorwärts", das ganz genau weiß, daß die Redaktion des Zentralorgans verpflichtet ist, die beiderseitigen Gewerkschaftsorganisationen nach den Grundfragen strengster Parität zu behandeln. Das Mitglied der "alten Regierung" weiß nur zu gut, wie oft sich trotz des besten Willens des betreffenden Redaktionsreferats, diesen Grundfragen strengster Unparteilichkeit zu respektieren, die berufenen Aufsichtsinstanzen mit Beschwerden von beiden Seiten zu beschäftigen hatten. Besagtes Mitglied wäre deshalb in allererster Linie dazu berufen gewesen, den minder unterrichteten Kollegen klarzumachen, daß auch die "neue Regierung" des "Vorwärts" gar nicht in der Lage ist, bei der Aufnahme von Versammlungs- und Kongreßberichten anders zu verfahren, als sie verfahren ist.

Wenn jetzt verschiedene Parteiorgane — wir haben ja, worüber sich die "Einigkeit" bitter beklagte, mehrere derartige Prekäre-

rungen abgedruckt — fordern, daß die Partei künftig die Lokalorganisationen nicht mehr anerkenne und ihnen die Parteipresse sperre, so ist das ja fraglos ihr gutes Recht. Nur ist es ebenso zweifellos, daß über eine solche Frage nur die oberste Parteinstanz, der Parteitag, zu entscheiden hat. So lange das nicht geschehen, hat der "Vorwärts" kein Recht, den Lokalorganisationen einfach aus eigener Machtvollkommenheit seine Spalten zu sperren.

Als denunziatorische Unwahrheit müssen wir aber die Behauptung zurückweisen, der "Vorwärts" habe mit unverkennbarem Behagen die Verichte wiedergegeben. Ebenso unklar ist es, daß es der "Vorwärts" an der gebotenen Kritik der Gewerkschaftszersplitterung habe fehlen lassen.

Mit dem angemessenen Humor dagegen nehmen wir die Drohung mit dem Parteitag und einer dort erfolgenden Abrechnung auf. Wir zweifeln zwar nicht im mindesten daran, daß die "S. A. Z." auch auf dem Mannheimer Parteitag ihre bis jetzt so erfolgreiche Kampagne gegen den Parteivorstand, die Berliner und die "neue Regierung" des "Vorwärts" fortsetzen möchte, allein nach den bisherigen Proben der Autokratischen Zerschmetterungsstrategie unserer guten Freunde haben wir nicht die mindeste Ursache, für unsere Kerben irgend welche Besorgnisse zu hegen. Nachdem die famose Attade gegen den Parteivorstand so glorreich bei unsen geendet hat, hegen wir nur die eine Befürchtung, daß unsere ungeschuldeten Angreifer sich am Ende wieder aus der jetzt so stürmisch angeregten Öffentlichkeit des Parteitagcs in eine Begräbnis-Kommission flüchten möchten! —

Gemeindevahltag. Unsere Parteigenossen in Ballstadt bei Mannheim gingen diesmal bei der Bürgerauswahlwahl in der dritten Klasse selbständig vor. Das Zentrum, insbesondere der katholische Arbeiterverein, suchte vergebens den sozialdemokratischen Sieg, der mit großer Mehrheit erfolgte, zu vereiteln.

Soziales.

Hast gegen jugendliche Personen.

Dem Minister des Innern scheint selbst vor der eigenartigen fittlichen Tüchtigkeit, zu der sein Ressort erzieht, angst und bange zu werden. Die "Berliner Korrespondenz" schreibt:

Nach § 1 des Gesetzes vom 23. April 1883 sind polizeiliche Strafverfügungen wegen Uebertretungen auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig. Bei Festsetzung der Geldstrafe hat die Polizeibehörde zugleich die für den Fall des Unvermögens an ihre Stelle tretende Haft zu bestimmen. Infolge dessen ereignet es sich, daß jugendliche, noch dem Kindesalter angehörige Personen bei Unbereitschaft der Geldstrafe, selbst wegen geringfügiger Uebertretungen, mit Haft bestraft und dadurch einer schweren moralischen Gefährdung ausgesetzt werden.

Um diesem Uebelstande vorzubeugen, werden die Polizeibehörden in einem Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten zu Berlin darauf hingewiesen, gegen jugendliche Uebertreter bei dem Fehlen erschwerender Umstände das Strafmaß so zu wählen, daß die Geldstrafe bezahlt und die Umwandlung in Haft vermieden werden kann. Zu dem gleichen Zweck werde, auch bei der Festsetzung höherer Geldstrafen, begründeten Anträgen jugendlicher Personen auf Gestattung ratenweiser Zahlung möglichst entgegenzukommen. In ihnen nahezu gleich sein, solche Ratenzahlung zu wählen.

Kann die Umwandlung der Geldstrafe und die Vollstreckung der Haftstrafe an sich nicht vermieden werden, so haben die Polizeibehörden zu erwägen, ob die besonderen Umstände es ausnahmsweise gestatten, an allerhöchster Stelle den Erlaß der Strafe im Gnadenwege vorzuschlagen. Vorausgesetzt wird hierbei allerdings immer sein müssen, daß es sich nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Polizeibehörde nicht etwa um mangelnden guten Willen der Verpflichteten, sondern um tatsächliches Unvermögen handelt.

Der Minister möcht den Polizeibehörden zur besonderen Pflicht, in jedem einzelnen Falle auf das gewissenhafteste zu prüfen, ob Kinder, denen eine Uebertretung zur Last gelegt wird, bei Begehung der strafbaren Handlung die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht (§ 56 des Reichsstrafgesetzbuchs) besessen haben. Wo die Polizeibehörde über diese Frage nach pflichtmäßiger Prüfung im Zweifel bleibt, ist von dem Erlaß polizeilicher Strafverfügungen Abstand zu nehmen, und bei der Uebertretung der Verhandlungen an die königliche Staatsanwaltschaft ausdrücklich hinzuweisen, inwieweit und aus welchen Gründen die Polizeibehörde die Voraussetzung des § 56 a. a. O. für vorliegend erachtet.

Der Minister spricht das Vertrauen aus, daß es auf dem angegebenen Wege zu erreichen sein werde, diejenigen Fälle, in welchen jugendliche Personen und insbesondere Schulkinder auf Grund polizeilicher Strafverfügungen den Gefängnissen zugeführt werden, für die Zukunft möglichst ganz auszuschließen.

Die ministerielle Verfügung trifft nur einen ganz un erheblichen, verhältnismäßig unbedeutenden Teil des Unrechts, das vom Staate unter der Marke Strafvollstreckung gegen Kinder ausgeübt wird. Das Strafmündigkeitsalter ist ein viel zu niedriges, Freiheitsstrafen — Haft- oder Gefängnisstrafen — sind überdies in jedem Fall gegen Unmündige ein Mittel, das lediglich dazu dienen kann, Menschen den Kampf ums Dasein zu erschweren und sie für das Böse zu lassen, was die Gesellschaft an ihnen gesündigt hat.

Zum Beschwerderecht der Stewards auf dem Norddeutschen Lloyd.

Auf dem Dampfer "Seydlitz" des Bremer Norddeutschen Lloyd ließ sich, wie uns vom Bord des "Seydlitz" geschrieben wird, der Obersteward den Stewards gegenüber in Ausdrücken wie "dreier Armut, Lausung, langes Kaster, Lämml, Schweinehund" und ähnlichen Beschimpfungen aus, drohte auch einem der Stewards, "er werde ihn einen Hals länger machen" und mit Tätlichkeiten. Ein Steward, dem diese Behandlung zu hant war, führte darauf Klage beim kaiserl. Konsulat in Singapore. Dies erteilte dem Obersteward einen milden Verweis und wies ihn an, sich in Zukunft eines ordentlichen und anständigen Benehmens zu befleißigen. Der Steward teilte dann der Direktion den Vorfall mit. Durch Zufall erhielt der Obersteward hiervon Kenntnis und meldete dem Kapitän, daß der einfache Steward gewagt habe, an die Direktion zu schreiben. Der Kapitän stellte den Steward zur Rede, erklärte, er wolle es ihm schon anreichen, solche Leute könne die Direktion überhaupt nicht gebrauchen, entließ den Steward seines Postens und beschäftigte ihn mit Messingputzen und dergl. — Es steht demnach auf manchen Lloyd-Dampfern mit dem Beschwerderecht der Mannschaft ähnlich wie beim Militär. Hoffentlich verfolgen die Leute des "Seydlitz" ihr Recht weiter nach ihrer Ankunft in Bremen.

Zum Konkurrenzkampf zwischen Apotheker und Drogisten.

Gegen den Drogisten Karl Langer aus Adlershof und den Drogisten Dr. Herbrand aus Alt-Ottensee wurde dieser Tage vor dem königlichen Schöffengericht eine Verhandlung geführt, die ein eigentümliches Schlaglicht auf die Denunziationswut gewisser Apotheker warf. Langer soll drei Uebertretungen begangen haben: er soll Akbarberwein verkauft und in je einem Falle Armetisches Plaster und Pain Expeller und Brusttee verkauft haben. Das sind Dinge, die dem freien Verkehr entzogen sind und nur von Apothekern zu Heilzwecken verkauft werden dürfen. Langer gab zu, daß er Akbarberwein, jedoch in groß, verkauft habe. In den beiden anderen Fällen habe er die Waren nicht zu Heilzwecken, sondern zu Denunziationszwecken abgegeben. Ihm sei bekannt gewesen, daß der Apothekenbesitzer Dr. Franke in Adlershof Personen ausfandte, die in Drogieren nicht erlaubte Heilmittel verlangen sollten, um die Drogieren zu Gefescheber-

treitungen zu veranlassen. Soldaten Abgefandten habe er die Waren, also nicht als Heilmittel, verkauft. Das Gericht beurteilte in dem den Akbarberwein betreffenden Fall den Angeklagten zu 10 M. Geldstrafe, sprach ihn aber in den beiden anderen frei, weil in diesen Fällen die Waren zu Denunziationszwecken im Auftrage des Dr. Franke gekauft waren, von dem es dem Gericht bekannt sei, daß er die Drogenhändler mit Denunziationen verfolgte.

Auch Dr. Herbrand, dem vorgeworfen war, Zubereitungen, die teils überhaupt nicht, teils nicht zu Heilzwecken von Drogisten feilgehalten werden dürfen, in zwei Fällen feilgehalten zu haben, machte den Einwand, daß die Anklage auf Betreiben des Dr. Franke zu stande gekommen sei. Er wurde zu insgesamt 15 M. Strafe verurteilt.

Die Verbote des Verkaufes bestimmter Stoffe durch andere Personen als durch Apotheker, beruhen zum Teil auf dem berechtigten Gedanken, das Publikum vor Abgabe von Giften zu schützen. Sie wirken aber viel mehr nach der Richtung, daß sie die Waren zum Schaden des Publikums erheblich verteuern und zu gewiß ungeschönen Konkurrenzdenunziationen veranlassen. Breche man endlich mit dem heutigen Apothekenprivilegium und den privilegierten Apothekerpreisen.

Lohnverhältnisse in Staatsbetrieben.

Wie geringe Löhne in Staatsbetrieben gezahlt werden, zeigt nachfolgendes hektographiertes Schreiben, das einem Zimmermann, der in einer bayerischen Zeitung eine Stellung suchte, zugeht: Königliche Vergünstigung.

Weicherode, den 11. Juli 1900.

J. Nr. 241.

Auf das Schreiben vom 10. d. Mts.

Unter der Voraussetzung, daß Sie gute Führungszeugnisse besitzen und der hiesige Knappschaftsarzt Sie zur Verarbeit für tauglich befunden, können Sie — event. noch mit mehreren anderen Arbeitern, bei denen dasselbe zutrifft — hier selbst sofort eintreten. Es werden nur Leute im Alter von 23—38 Jahren angenommen. Bei der persönlichen Anmeldung sind vorzulegen: dieses Schreiben, das letzte Arbeitszeugnis, Quittungskarte, polizeiliches Führungszeugnis und, wenn Sie gedient haben, auch das militärische Führungsattest. Bei zufriedensstellenden Leistungen und guter Führung werden Sie auf dauernde Arbeit hier selbst rechnen können. Weicherode liegt bei Nordhausen, in gesunder Gegend; Station der Halle-Kassel Eisenbahn. Wohnungsgelegenheit in der Stadt und auf den naheliegenden Dörfern. Das Lohn in unseren Betrieben beträgt für Tagesarbeiter (Fabrik- usw. Betrieb, 12stündige Arbeitszeit inkl. 2 Stunden Pause) 2,50—3 M., bei Akkordarbeit entsprechend höher; im Grubenbetriebe (Arbeitszeit 8 Stunden) betragen die Löhne für Förderleute 2,50—3,50 M., für Lehrbauer und Hauer steigen dieselben bis 4 M. und bei Akkordarbeit gleichfalls entsprechend höher.

Bei dauernder Niederlassung — d. h. nach mindestens dreimonatlicher Beschäftigung auf unserem Werke — kann Ihnen nach dem Ermessen der Verwaltung eine Beihilfe zu den Reise- bzw. Umzugskosten gewährt werden. (Stempel.)

Prächtiges Anerbieten: um dreimonatlicher guter Führung viel leicht einen Teil der Umzugs- und Reisekosten zu erlangen! Selbstverständlich hat der durch das Schreiben Bekannte die famose Stellung nicht angenommen; er überläßt es der Vergünstigung, in Weicherode und Umgegend Umschau zu halten, ob sie bei Besserung ihres Angebotes Arbeitskräfte findet.

Aus der Frauenbewegung.

Brix. Am Donnerstag fand eine Versammlung des Frauen- und Mädchenerzins statt, in der Frau Störmer einen Vortrag über "Sänglingspflege" hielt. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Aufgenommen wurden 7 Mitglieder.

Die Hochkonjunktur als Schutrin vor der Prostitution.

Die New Yorker Theater leiden unter einer allgemeinen Choristinnennot. Als die große Theaterfirma Schuberts kürzlich durch Inhaber 200 Choristinnen suchte, meldeten sich nur zwei Bewerberinnen. Die Theater haben ihre Ansprüche auf das niedrigste Maß herabgesetzt und stellen alle Bewerberinnen ein, die nur den geringsten Ansprüchen genügen. Die Ursache für diesen seltsamen Stand der Dinge sind, wie Kenner der Verhältnisse meinen, die Enthaltungen, die im Shaw-Prozesse über die fittlichen Gefahren gemacht wurden, welche die weiblichen Bühnenmitglieder in New York bedrohen. Diese Enthaltungen veranlassen viele Familien, ihre Töchter der Bühne fern zu halten. Außerdem ist auch die allgemeine wirtschaftliche Lage im Lande sehr günstig, so daß viele junge Mädchen, die in der äußersten Not Choristinnen werden, andere Beschäftigung finden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wittelsdrufe. Donnerstag, 26. Juli, im Vereinslokal: Vortrag. Zeitw. 26. Juli bei Pödenagen. 18. August Stiftungsfest. Berlin. Der Ausflug nach Treptow, Viktoriagarten, findet unständehalber am Montag, den 30. Juli, statt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—74 pr. 100 Pfd., Ia 64—69, IIIa 58—62, IVa 52—56, englische Bullen 0,00, bairische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelender 100—110, Ia 81—90, IIa 74—82, IIIa 62—72, Hammelfleisch Ia 80—85, IIa 70—78, Schweinefleisch 65—71, Restfleisch Ia pr. Pfd. 0,60—0,60, IIa 0,30—0,50, Rohschmal Ia m. Abschmalte pr. Pfd. 0,65—0,68, IIa 0,42, Danwaid 0,00, Schmalz pr. Pfd. 0,30—0,40, Fischlinge p. Pfd. 0,00, Raminchen p. Stck 0,40—0,70, Käseenten Ia pr. Stck 0,80—1,15, IIa 0,60—0,70, Schichten p. Stck 0,40—0,60, Rindern, alte, pr. Stck 0,00—0,00, junge, p. Stck 0,55 bis 1,15, Tauben, junge, pr. Stck 0,35—0,40, alte 0,25, Enten, junge Ia pr. Stck 1,20—2,00, junge IIa 0,00—0,00, alte, p. Stck 0,00, Damburger, junge, p. Stck 1,35—1,50, Wänle, Ia, pr. Pfd. 0,00—0,05, pr. Stck 3,40—3,75, Dreite pr. 100 Pfd. 102—118, Jamber 121, Schiffe 95—98, Weizen 00, Weizen, grob 110 bis 114, mittel 110, fein 0,00, un. 71—80, Biegen 0,00, Karpfen 95, Klamben, poann. I, pr. Schod 0,00, Steier, Etiege Ia 4—6, da, mittel pr. Stck 2—3, da, klein pr. Stck 0,00, Badinger, pr. Ball 4—6, Kleier 2—4,50, Straußener 5—6, Weizen, grob pr. Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, fein 0,50—0,60, Deringe pr. Schod 4—8, Schellfische Rüte 2—4, Carbelln, 1902er, pr. Kasser 85,00, 1901er 85,00, 1900er 80,00, Schottische Vollerlinge 1905 40,00, large 40—44, full 30—38, mod. 35—42, deutsche 37—41, Deringe, neue Rätze, pr. 7, 70, 60—120, Dammern, IIa, 100 Pfd. 0,00, Kralier, pr. Schod, große 20, mittel 15,00, kleine 0,00, unsortiert 8,00, Kralier, mittel 0,00, Eier, Rand, pr. Schod 2,80—3,30, Butter pr. 100 Pfd., Ia 112—114, IIa 109—111, IIIa 102—105, abfallende 95 bis 100, Saure Butten, neue, Schod 4—6, Pfeffergurken 4,50—5,00, Karoffeln pr. 100 Pfd., neue runde 2,75—3,00, neue blaue 3,00—3,50, Rosen 2,00—2,50, neue Zerster 2,50—3, Schmal, pr. 100 Pfd. 12—15, Karotten pr. Schod 2,50 bis 3,00, Kohlrabi, pr. Schod 0,75—1,00, Rettig, bayr., pr. Schod 2,40—4,80, Radieschen, pr. Schod 0,00—0,70, Salat, pr. Schod 1,25—2,00, Bohnen (grüne), pr. 100 Pfd. 3—6, Bohnenbohnen 8—10, Bohnenbohnen 3—5, Schoten (grüne), pr. 100 Pfd. 8—15, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 20—25, Rohrbraten pr. Schod 2,50—3,00, Bismantlohl pr. Randel 1,00—2,00, Bismantlohl pr. Randel 1,00—1,50, Kaffeebohnen pr. Randel 2—3, Weisflohl pr. Randel 2—3, Steinpilze pr. Pfd. 0,00, Gurken, Zerster, Schod 1,75—2,50, da, Uniege Schod 2,00—2,50, Kohlraben, Randel 1,00—1,25, Johannisbeeren, blasse, weiße, pr. 100 Pfd. 6—8, da, rote 8—10, Bären, italienische pr. 100 Pfd. 14—27, tschechische 10—20, Kroler 21—23, Apfel, ungar. pr. 100 Pfd. 14—18, italienische 12—15, Schagerbeeren pr. 100 Pfd. 5—12, Brechelpfeffer 10—18, Kirchen, 100 Pfd. 20—30, Ratten, Berderfche 15—25, Berderfche Glas 15—17, Ratten 20—30, da, saure 12—17, Schellfische 8—30, Knupper 18—30, Nimbereen, Berderfche pr. 100 Pfd. 20—30, Bänderen pr. 100 Pfd. 10—14, Erdbeeren, pr. 100 Pfd. Hamburger 25—35, blasse 15—20, Wald, 100 Pfd. 45—60, Pflammen, ital. runde bunfle pr. 100 Pfd. 22—25, ital., lange gelbe pr. 100 Pfd. 15—22, ital., runde pr. 100 Pfd. 15—22, Birnen, Reifna 300 Stck 11,00—16,00, 360 Stck 14,00—16,00, 200 Stck 7,00—12,00, 400 Stck, kein 7,00.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei E. Obst, Weiningerstr. 8, statt. Tagesordnung: A. D. I. u. und J. e. n. a. Referent: Genosse H. Müller. Diskussion. Bericht des Vorstandes. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Als Legitimation genügt das Mitgliedsbuch. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Lokale von B. Haberland, Wilhelmstr. 38: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Vorstand.

Weißensee. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Vereinshaus“, Charlottenburgerstr. 150, die Generalversammlung des Wahlvereins, Bezirk Weißensee, statt. Die Genossen werden ersucht, zahlreich an derselben teilzunehmen.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokale von Karl Schulze (Ede Fenn- und Haffelwerberstraße) seine Generalversammlung ab. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden, in dieser Generalversammlung zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Von der Arbeitsvermittlung für entlassene Strafgefangene.

Der Berliner „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ läßt heute seine Fürsorge besonders den entlassenen Strafgefangenen zuteil werden. Der Vorstand, den er ihnen leistet, soll — wie seine Satzungen sagen — hauptsächlich darin bestehen, daß er ihnen „die Quellen ehrlichen Erwerbes zu eröffnen und sie in Verhältnisse zu bringen sucht, die ihrer äußeren und inneren Individualität angemessen sind“.

Im „Vorwärts“ ist oft gezeigt worden, daß der genannte Verein diese Aufgabe gar nicht zu lösen vermag. Obwohl unter den Berliner Straftatklaffen die Landarbeiter naturgemäß nur spärlich vertreten sind, werden die Schützlinge zu vier Fünfteln auf das Land deportiert und dort in meist recht schlecht bezahlte Stellungen gebracht. Doch die Leitung des Vereins findet das ganz in der Ordnung, wenigstens für diejenigen ihrer Schützlinge, die bisher Handwerksgehülften, Fabrikarbeiter und so weiter waren. Sie behauptet, für diese seien das tatsächliche Verhältnisse, die ihrer äußeren und inneren Individualität angemessen sind. Und die Landwirte, die stets notleidenden, die von der Willkür solcher Arbeitskräfte ihren Vorteil haben, stimmen schmunzelnd bei.

Bedenklicher aber erscheint es dem Verein, auch ehemalige Kaufleute, Schreiber und Beamte als Landarbeiter zu verbinden, zumal da diesen oft die erforderliche Körperkraft fehlt. Für solche Straftatklaffen besteht bei dem Verein eine eigene Schreibstube, in der sie schon eher eine „ihrer äußeren und inneren Individualität angemessene“ Beschäftigung finden können. Ueber die Verhältnisse, die in dieser Schreibstube herrschen, ist näheres bisher wenig bekannt geworden. Die „Individualität“ der dort beschäftigten Straftatklaffen bringt es eben mit sich, daß diese sich meist scheuen, mit Klagen an die Öffentlichkeit zu treten.

Einer, der in dieser Hinsicht mal eine Ausnahme bildet, hat uns mitgeteilt, wie die Schreibstube ihm „die Quellen ehrlichen Erwerbes zu eröffnen“ versucht hat. Dieser Straftatklasse war kein großer Verbrecher, er hatte nur eine kleine Geldstrafe abzusitzen gehabt. Auf den Vorschlag, zur Beschaffung einer neuen Stelle die Hilfe des Vereins in Anspruch zu nehmen, war er gern eingegangen. Da er Handlungsgehülfe war, so überwies man ihn an die Schreibstube, und diese borgte ihm als Adressenschreiber an eine Verlagssfirma aus. Sein Tageslohn betrug 2,50 M., aber gezahlt wurde nicht an den Straftatklaffen, sondern an den Verein. Das hatte seinen guten Grund. Der Verein zog nämlich 10 Proz. ab und zahlte dem Straftatklaffen nur 2,25 M. Tageslohn. Der Mann, der hierüber bei uns Klage führt, hat eine Woche und vier Tage die „Wohlthaten“ der Schreibstube in Anspruch genommen. Für die erste Woche sollte er sechsmal 2,50 M. gleich 15,00 M. bekommen, aber man zahlte ihm nur 13,50 M. aus. Die vier Tage der zweiten Woche hätten ihm viermal 2,50 M. gleich 10 M. bringen müssen, aber gezahlt wurden ihm nur 9 M.

Wofür diese Abzüge gemacht wurden, ist dem Adressenschreiber nicht klar geworden. Zu Ruh und Frommen anderer, die etwa gleichfalls durch die Schreibstube des „Vereins zur Besserung der Strafgefangenen“ Arbeit zu erhalten hoffen, wollen wir hier mitteilen, daß die Schreibstube gewöhnlich sogar 15—25 Proz. abzieht. Sie deckt hieraus die „Auslagen“ für Miete, für Instandsetzung der Räume, für Vorkaufsmarken, die den dort beschäftigten Straftatklaffen etwa geliefert werden, für Schlafstellen, in denen sie untergebracht werden, und schließlich für Versicherungsmarken. Der Mann, der uns über seine Erfahrungen berichtet hat, brauchte nur 10 Proz. herzugeben. Er hatte nämlich Wohnung bei seinen Eltern und dankte auch für die ihm angebotenen Vorkaufsmarken.

Der Verein versichert in seinem Rechenschaftsbericht für 1905, „die Schreibstube bringe lange nicht die Unterhaltungskosten ihrer gesamten Einrichtung ein“. Aus demselben Bericht erfahren wir, daß in 1905 von Arbeitgebern 5691,61 M. für gelieferte Schreibarbeiten an die Schreibstube ausgezahlt wurden. Ueber die Höhe der Unterhaltungskosten der Schreibstube haben wir in dem Bericht keine Zahlenangabe gefunden. Aber so hoch auch diese Kosten sein mögen — die Straftatklaffen werden es nicht begreifen, wie ein Verein es fertig bringen kann, ihnen Tag für Tag 10 Proz. oder mehr von ihrem Arbeitslohn abzuziehen. Offen gefunden: auch wir begreifen das nicht. Gibt es in Berlin außer dem „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ noch andere Stellenvermittler, die Stellen mit einem Höchsteinkommen von 15 M. vermitteln und dann Woche für Woche 1,50 M. als Beitrag zu ihren eigenen Kosten einbehalten?

Uebrigens soll nicht verschwiegen werden, daß die Verlagssfirma, die sich von dem Verein billige Arbeitskräfte besorgen läßt, dem erwähnten Adressenschreiber Gelegenheit gab, noch

nebenbei etwas zu verdienen. Privatim gab sie ihm Arbeit mit nach Hause, die sie nach einem besonderen Tarif bezahlte. Der Adressenschreiber mußte die Nacht zum Tage machen, um in einer Woche noch 9,86 Mark herauszuschinden, aber er bekam den Betrag wenigstens direkt und unverkürzt herausgezahlt. Die Verlagssfirma wird von dieser Ueberstundenarbeit gleichfalls ihren Extraprofit gehabt haben. Ob der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ auch von diesen 9,86 Mark noch seine 10 Prozent beanspruchen zu dürfen glaubt?

Protest gegen Erhöhung des Bierpreises.

Sämtliche Gastwirtsverbände und Vereine Berlins haben sich befehlighaft zusammengesetzt, um gemeinsam gegen die Erhöhung des Bierpreises vorzugehen, welche die Brauereien unter Berufung auf die neue Brauereiergesetzgebung. Das aus den Gastwirtsverbänden gebildete Aktionskomitee hatte am Montagmorgen die Gast- und Schankwirte Berlins zu einer Protestversammlung gegen die Bierpreiserhöhung nach dem Lokal „Neue Welt“ einberufen. Der Besuch der Versammlung war ungewöhnlich stark. Wohl 5000 bis 6000 Personen füllten dicht gedrängt den großen Saal nebst Galerien und Vorräumen.

Den Bericht über die Tätigkeit des Aktionskomitees erstattete Ringel. Er teilte mit, welche Schritte das Komitee unternommen hat, um seinerzeit die Brauereierhöhung und dann die Preiserhöhung durch die Brauereien abzuwehren. In ersterer Beziehung habe der Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam den Gastwirten in einer Sitzung versprochen, daß er gegen die neue Brauereierhöhung stimmen werde, er habe aber trotzdem für die Steuer gestimmt. (Pfeif) Ferner machte der Redner Mitteilung über die Verhandlungen des Komitees mit den Brauereien, welche zu den durch die Presse bereits bekannt gegebenen Preisfestsetzungen der Brauereien führten. Mit diesen Festsetzungen könnten sich die Gastwirte nicht zufrieden geben, sie könnten die Brauereierhöhung nicht tragen und auf das Publikum könnten sie dieselbe auch nicht abwälzen. Es sei nun Aufgabe der Versammlung, festzusetzen, auf welcher Grundlage die Gastwirte sich mit den Brauereien verständigen könnten, oder welche Schritte die Gastwirte sonst zu tun gedenken.

Der zweite Referent, Strauß, sprach über die Forderungen des Weibier-Ringes. Er sagte unter anderem: So lange die Steuererhöhung drohe, seien die Brauereien die Bundesgenossen der Gastwirte gewesen, um die Steuererhöhung abzuwehren. Sobald aber die Steuer angenommen war, habe sich das Blatt gewendet. Die Brauer seien den Gastwirten untreu geworden, aus den Freunden seien Feinde geworden und so müssen sich die Gastwirte jetzt gegen die Brauereien wenden, um die beabsichtigte Erhöhung des Bierpreises abzuwehren. Die Verkaufsbedingungen, welche die Weibierbrauer stellen, würden eine Preiserhöhung von 8 M. pro Hektoliter betragen. Das sei eine unerschämte Forderung. Die Lagerbierbrauereien verlangen ja nur eine Preiserhöhung von 2,50 M. Wenn je eine Gesellschaft raffiniert vorgegangen sei, so seien es die Weibierbrauer, von denen manche Millionen durch das Weibier erworben haben. Der Redner ging auf die bekannten Einzelheiten der Erhöhung des Weibierpreises ein. Aufsehen erregte die Mitteilung der Redner: Die Brauerei Gebhard, welche an die Kantine der Kossischen Druckerei liefert, teile der Kantinenkommission mit, daß eine Preiserhöhung eintreten müsse. Nachdem die Kommission dagegen Einspruch erhoben hatte, schloß die Brauerei mit ihr einen Geheimvertrag, wonach der Kantine das Bier zum bisherigen Preise geliefert wird. — Weiter führte der Redner aus, daß mit einer Anzahl kleinerer Brauereien ein Abkommen getroffen sei, wodurch der Ring der Weibierbrauer ganz ausgeschlossen werden könne. Die kleinen Brauereien haben einen Verein übergärtiger Brauereien gebildet. Der Verein liefere den Liter zu 9 Pf. und er sei in der Lage, schon jetzt 400 000 Hektoliter Weibier guter Qualität zu liefern, während die Gastwirte etwa 500 000 Hektoliter gebrauchen. Der Redner empfahl folgende Resolution:

Die versammelten 6000 Gastwirte Berlins und der Umgegend beurteilen auf das schärfste den vom Verein der Weibierbrauereien gemachten Versuch, aus der Notlage der Gastwirte durch einen absolut nicht gerechtfertigten Preisaufschlag Kapital zu schlagen. — Die Versammlung willigt in diesen Preisaufschlag nicht ein und beschließt, nimmere ihren Bedarf an Weibier nur von denjenigen Brauereien zu entnehmen, welche sich auf Grund der Verhandlungen mit dem Verein der übergärtigen Brauereien verpflichtet haben, den Liter für 9 Pf. zu liefern.

Nach kurzer Besprechung wurde die Resolution gegen zwei Stimmen — wahrscheinlich Brauerei-Interessenten — angenommen.

Ueber die Verhandlungen mit dem Ring der Bayerisch-Bierbrauereien berichtete Litfin. Es handle sich hier um sehr kapitalkräftige Brauereien, die sich ihrer wirtschaftlichen Macht sehr wohl bewußt seien, deshalb sei auch der Kampf mit den Bayerisch-Bierbrauereien schwerer als der mit den Weibierbrauereien. Die Verhandlungen mit dem Ring der Bayerisch-Bierbrauereien seien denn auch so gut wie gescheitert. Besonders habe sich das Aktionskomitee bemüht, die Interessen der vielen kleinen Gastwirte wahrzunehmen. Diese leiden schwer unter dem Flaschenbierhandel der Brauereien. Das Komitee habe eine Regelung des Flaschenbierhandels durchzuführen gesucht, es sei aber nicht gelungen. Es sei Brauch geworden, daß sich selbst in kleinen Fabriken und Werkstätten Kantinen gebildet haben, die das von den Arbeitern konsumierte Bier direkt von der Brauerei beziehen, so daß der Gastwirt im Vorderhause vergebens auf die Kundenschaft der Arbeiter im Hinterhause rechnet. Uebrigens liefern die Brauereien den Kantinen das Bier zu niedrigeren Preisen, als die Gastwirte zahlen müssen. So erhalte die Kantine von Siemens u. Halske den Hektoliter Bier für 15 M., während die Gastwirte 16,80 M. zahlen müssen. Das sei ein Zustand, unter dem die kleinen Gastwirte schwer leiden. In seinen weiteren Ausführungen über die Einzelheiten der Verhandlungen führte der Redner aus, daß die Brauereien durch die beabsichtigte Preiserhöhung nicht nur die Erhöhung der Biersteuer auf andere Schultern werfen, sondern auch noch ein glänzendes Geschäft dabei machen. Er berechnet, daß eine Brauerei vom Umfange des Böhmischen Brauhauses durch die Erhöhung des Preises von 1,20 M. pro Hektoliter und Fortfall aller Gratifikationen usw. einen Extrageinn von 300 000 M. machen würde. — Wie die Verhältnisse liegen, würden die Gastwirte wohl vor dem Ring der Brauereien kapitulieren müssen. Das Vorgehen des Großkapitals im Braugewerbe werde hoffentlich die Folge haben, daß sich die Berliner Gastwirte zu einer festen Organisation zusammenschließen, damit sie in Zukunft wirksamer wie jetzt den Uebergriffen der Brauereien entgegenzutreten können. Zu empfehlen sei die Selbsthilfe durch Gründung von Genossenschafts-Brauereien, wodurch die Gastwirte ihren Bedarf selbst decken könnten. — Der Redner empfahl folgende Resolution:

Die Versammelten lehnen nach Anhören der Antwort der Brauereien deren Angebot ab. — Die Versammelten können in den bestehenden, jederzeit widerprüflichen Zugeständnissen keinerlei Kompensation für die verlangte enorme Preiserhöhung von 1,20 M. pro Hektoliter erblicken. — Die Versammelten haben die Ueberzeugung, daß die Brauereien nur eine Verknüpfung der Verhandlungen beabsichtigen und leider auch erreicht haben. — Die Versammelten nehmen mit Bedauern Kenntnis, daß der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend seine Mitglieder bereits durch verbindliche Beschlüsse festgelegt hat, ehe ihm die Wünsche und Forderungen des Gastwirtsstandes durch das Aktionskomitee unterbreitet waren. — Die Versammelten erblicken in Sonderheit in dem durch den Verein der Brauereien geschaffenen Kundenschutz-Vertrag, sowie der Konvention die klare Absicht der Leiter der Brauereien, ohne Rücksicht auf das

Gastwirtsstandes ihre Interessen durchzusetzen. Die Nichtberücksichtigung der Wünsche zur Regelung des Flaschenbierhandels ist eine volle Bestätigung dieser Annahme. — Die Versammelten fordern alle Kollegen auf, ihren Bedarf an Bier da zu entnehmen, wo ihnen die vorteilhaftesten Angebote gemacht werden und verpflichten sich, mit allen Kräften für die Errichtung eigener Brauereien und die Unterstützung der bestehenden Genossenschaften einzutreten.

Nach kurzer Aussprache wurde auch diese Resolution einstimmig angenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

Zu dem Säbelstich gegen den Agenten Liebig teilt das Polizeipräsidium mit:

Der in den letzten Tagen in der Presse mehrfach besprochene Fall, in dem gegenüber dem Generalagenten Liebig seitens eines Schuhmanns die Waffe angewendet worden ist, hat sich nach den angeführten Ermittlungen derart zugetragen, daß Liebig, der mit noch einem anderen Begleiter durch lautes Singen nächtliche Ruhestörung verursachte und sich im Gegenatz zu seinem Begleiter heftig sträubte, behufs Feststellung seiner Person dem Schuhmann Ludwig zur Revierwache zu folgen, welche zur Herbeiführung seiner Verhaftung notwendig war, zur Ueberwindung seines tätlichen Widerstandes ein Anebel um die rechte Hand gelegt wurde. Als der Schuhmann Ludwig sich auf dem Wege zur Wache gerade anschickte, auf Witten Liebig, der andauernd an dem Anebel zerrte, diesen etwas zu lockern, riß sich der sehr kräftige Liebig plötzlich los, packte den Schuhmann Ludwig mit der linken Hand am Hals, schlug ihm mit einem Faustschlag den Helm vom Kopfe und verietete ihm abdamn sofort einen wuchtigen Faustschlag in das linke Auge. Erst jetzt zog Ludwig den Säbel und machte Liebig mit einem energisch geführten Stiche unsfähig, ihn noch weiter anzugreifen. Ludwig sorgte sofort dafür, daß der Verletzte auf der nächsten Unfallstation verbunden wurde, obwohl er selbst durch den Schlag eine Verletzung der Hornhaut des Auges erlitten hatte, die ihn zurzeit noch an der Ausübung seines Dienstes verhindert und ärztliche Behandlung erforderlich macht. Gegen Liebig wird ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden.

Es wäre zu wünschen, daß die Sache vor Gericht völlig klar gestellt wird. Das wäre aber kaum anders möglich, als wenn dem Agenten Liebig Gelegenheit gegeben wird, als Zeuge sich zu äußern.

Die Stellungnahme des Magistrats, die Erhöhung des Drofschekentaris betreffend, hat in den Kreisen des Drofschekengewerbes große Entrüstung hervorgerufen. Die beteiligten Kreise geben den in allernächster Zeit gegen den Beschluß des Berliner Magistrats Stellung zu nehmen. Namentlich sträuben sich die Besitzer und Führer der Pferdewagen gegen die Erhöhung der Grundtaxe von 50 auf 70 Pf., während für Benzindrofschken, die man eigentlich treffen will, eine Grundtaxe von 50 Pf. bestehen bleiben soll. Es würde dadurch gerade das Gegenteil dessen erreicht werden, was der Magistrat beabsichtigt.

Unfälle im Straßenverkehr.

Durch die Unfälle der Kinder, die an Pubertäts anhängen, wurde in der Kaiser-Allee ein schwerer Unfall herbeigeführt. Zwei Schulknaben, darunter der jüngste Sohn des Kaisers Friedrich aus der Rheinstr. 21, hielten sich in der Kaiser-Allee an eine fahrende Drofschke angeklammert, sprangen an der Straßenkreuzung der Rheinstraße plötzlich ab und wurden von einem nachfolgenden Automobil überfahren. J. mußte schwer verletzt in das Krankenhaus Groß-Richterfelde gebracht werden, wo er fast hoffnungslos darniederliegt.

Ein zweiter schwerer Automobilunfall trug sich in der Berlinerstraße in Charlottenburg zu. Vor dem Grundstück Berlinerstr. 83 wollte ein Radfahrer dem Drofschkenautomobil Nr. 964 ausweichen; er nahm jedoch die Kurve zu kurz, wurde umgerissen und auf die Straße geschleudert. In bewußtlosen Zustande wurde der Verunglückte davongetragen.

Vom eigenen Wagen totgefahren wurde am Sonnabend abend der 38jährige Kaufmann August Gerlach aus der Marstr. 8. Er war mit einem Kohlenfuhrwerk durch die Wiesenstraße gefahren, als sich plötzlich bei einem der Pferde die Lanterne löste. Er stieg vom Bod herunter, um die Kette wieder zu befestigen. Währenddessen jagte die Pferde jedoch wieder an und gingen durch. G. fiel direkt vor die Räder, die ihn über die Brust hinwegjagten. Auf einem vorbeikommenden Schlächterfuhrwerk wurde der Schwerverletzte nach der Unfallstation in der Radstr. gebracht, wo er unter den Händen des Arztes starb. — Der alte Leichnam, während der Fahrt Straßenbahnwagen zu bestiegen, hat gestern in der Invalidenstr. einen schweren Unfall erlitten, heraufbeschrieben. Der Bahnschaffner Bergert wollte an der Ecke der Garten- und Invalidenstr. auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen hinaufspringen und stürzte vom Treittrepp ab. An beiden Unterschenkeln schwer verletzt wurde der Unvorsichtige nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht. — Ein Opfer ihrer Schwermüdigkeit wurde gestern morgen die 67jährige Witwe Johanna Apulosa aus der Invalidenstr. 31. Die Greisin war im Begriff, in der Invalidenstr. den Fahrweg zu überschreiten und gewahrte infolge ihrer Schwermüdigkeit nicht das Herannahen einer Drofschke. Sie wurde überfahren und schwerverletzt nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht.

Ein Bootunglück ereignete sich am Sonntag auf dem Damerisee, auf welchem vier Berliner Ausflügler in einem Ruderboot kreuzten. Sie hatten das Fahrzeug in Eimer gemietet und steuerten nach dem gegenüberliegenden Ufer zu, als etwa hundert Meter vom Lande entfernt das Fahrzeug kenterte. Die vier jungen Leute stürzten ins Wasser und gerieten, da sie alle nicht schwimmen konnten, in ernste Lebensgefahr. Es war jedoch sofort Hilfe zur Stelle und es gelang, drei der Verunglückten sofort zu bergen, während der vierte bereits in den Wellen verschwunden war. Erst nach längerer Mühe konnte der schon bewußtlos Gewordene gefunden werden. Einem Arzt aus Wilhelmshagen, der zufällig hinzugekommen war, gelang es nach nahezu halbstündigen Bemühungen, den Bewußtlosen in das Leben zurückzurufen. Der Verunglückte mußte nach einem Berliner Krankenhaus überführt werden.

Um 1000 M. befohlen wurde am Sonntag die 31jährige Posamentierwarenhandlerin B., die einen Ausflug nach Tegel unternommen hatte. Fräulein B. hatte ihr gefamtes Barvermögen in Höhe von 1000 M. in einem kleinen Täschchen mitgenommen und hielt, als sie abends um 8 Uhr die Rückfahrt nach Berlin antreten wollte, die Tasche in der Hand. An der Straßenbahnhaltestelle warteten Hunderte von Personen auf Beförderung und beim jähesmaligen Einlaufen eines Leerzuges entstand ein heftiges Gedränge, in welches auch die Posamentierwarenhandlerin geriet. Plötzlich verspürte sie einen heftigen Ruck an der Hand und im nächsten Augenblick war die Tasche mit den 1000 M. verschwunden. Obwohl die Besoffene sofort Alarm schlug und auch die an der Straßenbahnhaltestelle postierten Gendarmen und Polizeidiener zur Stelle waren, konnte der dreiste Dieb doch nicht ermittelt werden.

Zu Pantels-Abgabe ist am Sonntag einem Mitgliede der Arbeiter-Samariterkolonne die Taschenposthülle verloren gegangen. Dieselbe ist abzugeben bei Karl Greulich, Falkensteinstr. 27 II.

Tropen-Sternwarte. Mittwochs abend 8 1/2 Uhr findet der 167. Beobachtungsabend des Vereins von Freunden der Tropen-Sternwarte statt. Herr V. von Czudnochowsky hält einen Vortrag mit Versuchen über die Entfaltung des Planetensystems und Bewegungen in demselben. Die Watsonschen Versuche über die Rotation der abgeplatteten Kugeln, die Paganischen Versuche, die Versuche mit Kreisel, welche die Erhaltung der freien Achse im Raum er-

Mulern, werden vorgeführt. Auch kommen die Versuche von Köppl über absolute Bewegung im Weltraum zur Darstellung und gemeinverständlich Erklärung.

Nach dem Vortrag wird mit dem großen Fernrohr der „Ringnebel in der Leyer“ beobachtet. Gäste haben Zutritt.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter veranstaltet die sozialwissenschaftliche Abteilung der Bilderschaft der Königl. Techn. Hochschule Berlin. Am Sonntag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Stubenlohnheim, Charlottenburg, Schillerstr. 5, ein Vortrag statt. Das Thema lautet: „Besprechung des Heimbrandrisikos der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Wehr nach der Holzmarktstraße 38 gerufen, wo um Mitternacht in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. In der Pringlen-Allee 70 brannten Kleider, Wäsche, Türen, der Fußboden u. a. und in der Neuen Königsstraße 10 Stufen, Treppe u. a. Ferner hatte die Feuerwehr in der Wörthstraße 48 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Während der Gerichtsferien (15. Juli bis 15. September) sollen auf dem Amtsgericht Kirchen-Austrittsverfahren nur an Donnerstagen von 10 bis 12 Uhr angenommen werden.

Tätliche Verletzungen erlitt der in Rixdorf, Selkowitzstr. 4 wohnende Handlungsgehilfe Kufkowsky. N. war in Grünau gewesen und begabte sich auf der Rückfahrt nach seiner Wohnung besessen, vom Kottbuser Tor aus einen Straßenbahnwagen der Linie 9, den er in der Herthastraße an der Kaiser-Friedrichstraße verlassen wollte. Der Handlungsgehilfe sprang von dem in voller Fahrt befindlichen Motorwagen ab, glitt aus und fiel so unglücklich zu Boden, daß er benimmungslos auf dem Straßendamm liegen blieb. Der Schwerverletzte wurde wieder auf den Straßenbahnwagen gehoben und nach dem städtischen Krankenhaus in der Tannestraße gebracht, woselbst der diensthabende Arzt bei N. Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterung konstatierte. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten.

Eine grausige Entdeckung wurde gestern in Rixdorf gemacht. Der in der Jägerstr. 71 wohnhafte Gustaf Eisdler hatte seine eigenen Kinder, zwei Knaben im Alter von neun und sechs Jahren, fortgesetzt in der brutalsten Weise mißhandelt. Schließlich konnten die Hausbesitzer das Vorzimmer der bedauernswerten Kinder nicht mehr mit ansehen. Gestern entrißten sie die Kleinen der Gewalt des Vaters und brachten sie nach der Polizei. Es wurde ein Arzt hinzugezogen, dessen Untersuchung ein entsetzliches Bild ergab. Die unglücklichen Kinder waren halb verhungert und machten schon auf den ersten Blick den Eindruck elender, krankhafter Geschöpfe. Ihre Körper sind über und über mit Wunden und Blutunterlaufenden Striemen bedeckt. Auf den Köpfen der beiden Knaben wurden mehrere offene noch blutende Wunden festgestellt. Die Knaben sind einstweilen in dem städtischen Krankenhaus untergebracht worden.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

Eine tiefe Erregung hat sich hier des größten Teiles der Bevölkerung, namentlich aber der Arbeiterschaft bemächtigt. Und warum? Weil die noch nicht 5000 Einwohner zählende, meist aus kleinen Steuerzahlern bestehende und deshalb arme Gemeinde laut Beschluß der Gemeindevertretung ein Rathaus für 1/2 Million Mark erhalten soll, obwohl nicht das geringste Bedürfnis dafür vorhanden ist. Dieser Fall ist in den Berliner Vororten beispiellos, wenn man bedenkt, daß das 8500 Einwohner zählende Wilhelmsruh noch kein Schulhaus besitzt und die Kinder von hier nach dem alten Dorfe Rosenthal geschickt werden müssen. Im Januar beschloß zwar die Hausväterversammlung, ein neues Schulhaus in Wilhelmsruh zu erbauen; der Schulvorstand hat diesen Beschluß jedoch nicht zur Ausführung gebracht. Vielmehr arbeitet der Vorsitzende des Schulvorstandes, Gemeindevorsteher Schmidt, darauf hin, einen sogenannten Zweckverband zwischen der Schulsozialität und der Gemeinde zustande zu bringen, um durch die Uebernahme der Schulverwaltung durch die Gemeinde die demokratische Einrichtung der Hausväterversammlungen zu Fall zu bringen. Diese haben sich bisher für die hiesigen Verhältnisse als sehr nutzbringend erwiesen, sind aber einzelnen Leuten in der Gemeinde ein Dorn im Auge. Wahrscheinlich will der Vorsitzende jenen Beschluß so lange hinhaltend, bis er eine Regierungsvorlesung zugunsten des Zweckverbandes erreicht hat. Denn auf eine Anfrage eines unserer Genossen in der vorletzten Hausväterversammlung, was aus jenem Beschluß geworden sei, verweigerte Herr Schmidt jede Auskunft. Noch ist ferner keine Wasserleitung, keine Kanalisation vorhanden, die sanitären Einrichtungen und vieles andere sind noch immer miserabel und trotzdem mit jenem kostspieligen Rathausprojekt.

Natürlich sieht man denn auch, wie allemal in solchen Fällen die Boden Spekulation durch das Projekt hindurchleuchtet. Bezeichnend dafür ist, daß nur 600 Meter von dem dazu bestimmten Bauplatz die Gemeinde ein 2 Morgen großes Grundstück besitzt. Nun will man aber das beschlossene Rathaus mitten auf freie Feld legen, welches gar nicht parzelliert ist und es trifft sich eigentlich, daß gleich daneben die Terrains der hier einflussreichsten Spekulantengruppe Schlenker-Nieder liegen! Herr Schlenker ist zugleich Gemeindevorsteher! Ohne jede zureichenden rechnerischen Unterlagen, denn eingehende Kostenschätzungen sind noch nicht gemacht worden, hat man den Bau beschlossen, obwohl nach Ansicht von Fachleuten die Rentabilitätsberechnungen in keiner Weise zureichend sind. Daß ein Bedürfnis heute noch nicht vorliegt, gibt selbst die Weisheit der Gemeindevorsteher zu. Nur der Postetwärtung zuliebe, der man im Rathaus Räume zur Verfügung stellen will, will man „angeblich“ bauen. Außerdem sollen eine Anzahl Lehrer im Rathaus Wohnungen beziehen.

Eine imposante von etwa 300 Personen besetzte Versammlung, in der Genosse Krenn referierte, erhob denn auch am letzten Sonntag einen energischen Protest gegen das Vorgehen der Mehrheit der Gemeindevorsteher. Leider konnte nicht verhindert werden, daß die Vorlage in der letzten Gemeindevorsteherversammlung angenommen wurde. Der Umstand, daß die betreffende Sitzung nicht wie bisher um 8 Uhr abends, sondern schon um 8 1/2 Uhr nachmittags angelegt war, zeigte, in welcher Verlegenheit die Räder waren.

Man wollte etwaige Zuhörer eben möglichst fernhalten. Die Opposition unserer Genossen wurde unmöglich gemacht, indem gleich nach dem ersten Redner von bürgerlicher Seite der Schlusssatz gestellt wurde. Unsere beiden Genossen Haisel und Wilmersloh nebst zwei bürgerlichen Herren verließen darauf unter Protest gegen dieses unerhörte Vorgehen die Sitzung. In kaum 10 Minuten war die Sache erledigt. Es ist sofort Protest bei der Oberverwaltungsbehörde eingelegt worden unter besonderem Hinweis darauf, daß an der Abstimmung ein Grundstücksinteressent teilgenommen hat. Auch haben unsere Genossen sich entschlossen, durch Anfrage und Berichte an die Behörden festzustellen, ob der Gemeindevorsteher den Hausväterbeschluß vom Januar, eine neue Schule zu errichten, dem Sinne der Hausväterversammlung gemäß abgesehen, weil das aufällige Schweigen darüber alles stützt macht.

Daß der Gemeindevorsteher Schmidt in diesen beiden Punkten einen von der Übergroßen Mehrheit der Bevölkerung abweichenden Standpunkt einnimmt, wird mit Rücksicht auf den Umstand, daß er sich bisher als ein tüchtiger, den neuzeitlichen Ideen recht entgegenkommender Mann erwiesen hat, als unverständlich empfunden. Koch in den beiden mit der Stadt Berlin gepflogenen Verhandlungen wegen Anschluß an das Berliner Kanalisationsnetz hat er der Gemeinde große Dienste geleistet, indem Rosenthal-Wilhelmsruh auf 15 Jahre kostenlos und auf weitere 25 Jahre zum Betriebs-Selbstkostenpreis an das Berliner Kanalisationsnetz angeschlossen wird.

Lichtenberg.

In der Juli-Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Störmer über „Gleichberechtigung der Menschen in Theorie

und Praxis“. Genosse Brühl gab den Bericht von der Kreis-Generalsversammlung. Einen großen Raum nahm die durch die „Einigkeit“ heraufbeschworene Polemik zwischen „Vorwärts“ und einer Reihe von Parteiführern in der Provinz über den Massenstreik ein, die sich zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Lokalorganisierten zuspitzten. Genosse Linger namentlich vertret den Standpunkt, daß nach den Quertreibereien der Lokalführer, wie sie jetzt zutage treten, überhaupt die Frage entschieden werden müsse, ob dieselben noch als Parteigenossen betrachtet werden könnten. Es sprach hierzu u. a. noch der Genosse Luster, der als Lokalführer meinte, sie seien ebenso gute Parteigenossen wie die Zentralisten, aber er werde es sich sehr überlegen, ob er unter solchen Umständen noch weiter Parteigenosse bleiben werde. Zu einem Beschluß kam es in dieser Sache noch nicht.

Weißensee.

In der letzten Versammlung der Zahlstelle Weißensee des Deutschen Holzarbeiter-Vereins gab Kollege Robert Fendel den Kassenbericht vom II. Quartal. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 24 526,23 M., die Ausgabe 5058,08 M.

Einer Einnahme der Verbandskasse von 4382,12 M. steht eine Ausgabe von 3888,14 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 922. Zur Gehaltsregelung des Kollegen Fendel wurde ein Antrag angenommen, wonach das Anfangsgehalt auf 2100 M. festgesetzt ist und eine jährliche Zulage von 100 M. bis 2400 M. erfolgt. Ferner wurde demselben ein Mantelgeld von 50 M. pro Vierteljahr bewilligt. Diese Neuregelung ist von rückwirkender Kraft und zwar ab 1. April 1906.

Pantow.

Eine geheimnisvolle Affäre hat sich gestern Abend an der Pantower Grenze abgespielt. Der Schuhmachermeister Otto Junos, Hainstr. 1a wohnhaft, war mit seiner jährigen Tochter im Pantower Park spazieren gegangen. Als sie an einem blühenden Gebüsch vorüber gingen, krochte plötzlich ein Schuß und mit einem Knallen brach das Mädchen zusammen. Eine Revolverkugel war dem Kinde in den Unterleib gedrungen. Die Kleine wurde von ihrem Vater schleunigst nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, doch verlor man dort vergeblich, die Kugel zu entfernen. Das Kind mußte infolgedessen nach der Königl. Klinik in der Fiegelstraße übergeführt werden. Durch den Schuß waren zahlreiche Spaziergänger herangelockt worden, die sich sofort an die Verfolgung des Täters machten, derselbe konnte jedoch nicht ausfindig gemacht werden.

Französisch-Buchholz.

Eine nachahmenswerte Handhabung in ihren Mitglieder-versammlungen begeben die Parteigenossen von Franz-Buchholz. Sieht ihnen einmal kein Referent zur Verfügung, so wird irgend ein Genosse dazu ausersehen, eine Vorlesung über irgend ein Thema zu halten. So gelangte in der letzten Mitgliederversammlung ein Artikel über: „Wer ist schuld an dem geistigen Tiefstande der arbeitenden Klassen aller Länder“ zur Verlesung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich auch in dieser Weise, wenn der Wille vorhanden ist, eine Diskussion herausbildet. Man sieht, daß die Genossen, wollen sie sich bilden, nicht immer auf Referate angewiesen sind.

Treptow-Dammshulenkweg.

Zu dem Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins erfuhr uns Herr Fuchs auf Grund des Pressegesetzes folgende Erklärung zu veröffentlichen:

1. Es ist unwar, daß ich wegen Streikbruch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sei; ich bin ohne jedes Verschulden freiwillig ausgetreten. 2. Ferner ist es unwar, daß ich durch Austritt aus der Partei dem Ausschluß aus derselben zuvorgekommen sei, da seitens der örtlichen Parteioffiziere noch gar kein Ausschlußverfahren gegen mich eingeleitet gewesen ist.

Inwieweit der erste Absatz zutrifft, können wir leider nicht beurteilen. Zu Absatz 2 ist jedoch die Vermutung schlecht zu unterbreiten, als sei Fuchs durch seinen Austritt dem Ausschlußverfahren — das zwar noch nicht eingeleitet war — zuvorgekommen. Daß man aber die feste Absicht hatte, gegen Fuchs das Ausschlußverfahren einzuleiten, haben die Verhandlungen der Generalversammlung ergeben. D. R.

Gerichts-Zeitung.

Schwere Strafen wegen Schussmannsbeleidigung.

Der 44jährige Rentienempfänger Karl P a s e hatte sich gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I wieder einmal wegen Beleidigung vor dem Gericht verantworten. Der Angeklagte ist mehrfach vorbestraft, jedoch immer nur wegen Beleidigung von Schulleuten. Im Januar d. J. setzte P. bei seiner Sittierung durch die Schulleute Kotzke und Krähe auf der Straße den Beamten energischen Widerstand entgegen und beleidigte sie. Dieser Vorgang hatte ein Strafverfahren wegen Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zur Folge. Als P. in dem Termine vor dem Schöffengericht I mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt war, drang er auf die beiden als Zeugen erschienenen Schulleute ein und beschimpfte sie. Dies hatte wiederum ein neues Strafverfahren zur Folge. Aus dem letzteren Strafgefängnis, wo P. zurzeit jene viermonatige Gefängnisstrafe verbüßt, vorgeführt, stand der Angeklagte gestern vor dem Strafrichter. Das Urteil lautete deshalb auf eine Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Der kinderfreundliche Hauswirt.

Ein gefährlicher Kinderfreund mußte sich in der Person des Hauseigentümers Franz Schöning vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Die Verhandlung fand wegen Weglassung der Stillschließung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Anklage gegen den bisher unbescholtenen Angeklagten lautete auf wiederholtes Verbrechen gegen § 176,3 Str. O. V. — Schöning ist Besitzer eines Hauses in der Rathenowerstraße, welches von zahlreichen kleinen Familien bewohnt wird. Unter der Minderzahl, die sich täglich auf dem Hofe des Grundstücks tummelte, erkrankte sich S. einer großen Beliebtheit. „Onkel Schöning“ war nämlich sehr freigebig mit Bonbons, Schokolade und sonstigen Süßigkeiten, die er in großer Menge unter die Kleinen verteilte. Niemand unter den reich mit Kindern gesegneten Hausbewohnern ahnte, daß hinter dieser Kinderliebe das Hauswirts sich das schändliche Verbrechen eines Kindesmissens verbarg, der die Kinder mit seinen Geschenken an sich zu locken versuchte. Schließlich kam das gemeingefährliche Verbrechen durch die 13jährige Schülerin N., deren Eltern in dem Hause des Angeklagten wohnten, ans Tageslicht. Schöning wurde verhaftet, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Vor der Strafkammer bestritt S., sich irgendwo schuldig gemacht zu haben. Die Weisungsaufnahme erbrachte jedoch eine völlige Ueberführung des Angeklagten. Das Gericht nahm nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des S. von einer Jugendhausstrafe Abstand und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Jahr Gefängnis.

Ein Erpressungsversuch gegen den eigenen Bruder führte den 23jährigen Handlungsgehilfen Johannes Widmann unter der Anklage der versuchten Erpressung, der schweren Urkundenfälschung und des Betruges vor den Strafrichter. Der bisher unbeachtete Angeklagte lebt mit seiner Mutter zusammen, die von ihrem Mann alimentiert wird. Die Alimentenzahlungen gelangen durch einen gewissen Völkert an Frau V. zur Auszahlung. Im Frühjahr d. J. befand sich der Angeklagte infolge seiner ziemlich leichtsinnigen Lebensführung in Geldnöten. Um sich aus diesen herauszulösen, nahm V. zu einem kleinen Schwindelmannöverer Zuflucht. Er telegraphierte unter Mißbrauch des Namens des Völkert an seinen Vater und ersuchte diesen um Ueberendung von 100 M., da infolge eines unvorhergesehenen Ereignisses bei der Mutter Geldmangel eingetreten sei. Dieser Schwindel mißlang. Kunzehe legte sich V. auf Erpressungen, um Geld zu erlangen. Am 20. März d. J.

wendete er sich brieflich an seinen in Wilhelmshaven als Oberleutnant der Marine stationierten Bruder und forderte von ihm 100 M. Als der Bruder die Vergabe des Geldes verweigerte, drohte der Angeklagte in einer plumben Weise. Er schrieb an den Bruder, wenn er bis zu dem nächsten Donnerstag nicht im Besitze des Geldes sei, so werde er mit dem Darlehensgesuch an dessen unmittelbaren Vorgesetzten, den Prinzen Heinrich von Preußen, herantritten, wodurch allerlei Unannehmlichkeiten entstehen könnten. Als sich der Bruder des Angeklagten vor derartigen Erpressungsbriefen nicht mehr retten konnte, übergab er diese der Staatsanwaltschaft. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte 3 Monate Gefängnis. Das Gericht belieh es, da V. noch nicht vorbestraft ist, bei einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Verfammlungen.

Die Plieslenleger der Sektion des Maurerverbandes beschäftigten sich in ihrer Versammlung, die am Freitagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, mit den Reinigungsverhältnissen unter den organisierten Arbeitern in dem Kampfe gegen die Unternehmer. In erregter Weise wandten sich die Diskussionsredner gegen die Vergütung von Arbeiten an Subunternehmer. Man erblühte darin einen Verstoß gegen den abgeschlossenen Vertrag, welcher ausdrücklich die Akkordarbeit ausschloß. Als wirksamstes Mittel zur Beseitigung der Subunternehmer wurde ein energisches Vorgehen gegen die großen Firmen, welche die Arbeit im Akkord vergeben und damit gegen den Vertrag verstoßen, empfohlen. In den nächsten Tagen schon wird eine allgemeine Versammlung der Plieslenleger stattfinden, in der zu dieser Frage Stellung genommen werden soll.

Vermischtes.

Eine Explosion.

Brünn, 22. Juli. Im Nachbarorte Volkowitz brach heute in einem Keller, in dem Explosivstoffe lagerten, Feuer aus. Es erfolgte zwei Explosionen, wodurch 26 Personen schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt wurden.

Feuerbrunst.

Aßnigberg, 22. Juli. Wie die Titlitzer „Allgemeine Zeitung“ aus Schmalkedingen erzählt, ist in der russischen Grenzstadt Georgenburg gestern gegen Mitternacht ein Feuerbrunst ausgebrochen. Diese hat, besonders in den ärmeren Vierteln, gegen 100 Gebäude eingedäschert und konnte erst gegen 10 Uhr vormittags auf ihren Qued beschränkt werden.

Die gewohnten Eisenbahnunfälle.

Langen (Bez. Darmstadt), 22. Juli. Beim Zurückgehen des Personenzuges 931a um 11 Uhr 45 Min. vormittag in Bahnhof Langen aus dem Nebengleis in das Hauptgleis entgleisten fünf Wagen aus noch unbekannter Ursache. Ein Reisender wurde durch Verstauchung des Handgelenkes verletzt. Zwei Wagen sind erheblich beschädigt. Der Verkehr wird durch einseitigen Betrieb zwischen den Stationen Spremlingen und Egelbach aufrecht erhalten, bis das gesperrte Gleis wieder frei ist.

New York, 23. Juli. Einem Telegramm aus Charlotte (North Carolina) zufolge fand gestern auf der Seaboard Air Line-Eisenbahn in der Nähe von Hamlet ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug statt. 23 Personen, meist Keger, wurden getötet.

Reckarau bei Mannheim, 21. Juli. Heute vormittag 10 Uhr stürzte beim Konal am Rangierbahnhof (Seidenheimer Uebergang) die Verschaltung zusammen und begrub drei Arbeiter. Einer derselben, ein junger Mann aus Dossenheim, blieb tot, die anderen beiden wurden schwer verletzt ins Spital gebracht. Ursache des Unglücks soll schlechte Verschaltung sein.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 43. Heft des 34. Jahrganges erschienen. Inhalt des Heftes: Richtig geleitet und nicht vergessen! — Das proletarische Kind. Von Th. Reichstein. — Formen und Möglichkeiten des Massenstreiks. Von Hans Bloch. — Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland-Polen. Von Hans Radel (Wien). — Jugendorganisationen! Von Fritz Reichste. — Rüstungen des internationalen Sozialistischen Bureau zu Berlin. — Literarische Rundschau: Max Murensdreeher, Die Hohenstaufen-Verande. Von Paul Reich. Rudolf Blau, Gegen die Schulweisheit. Von Dr. Fritz Höpfer. Dr. Gottlieb Schnapper-Kraut, Wortzüge und Aussprüche. Von ad. Dr. — Kollagen: Festes Rumpelstilzchen. Das Heimbrand-Risiko.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 15 des 16. Jahrganges zugegangen. Inhalt dieser Nummer: Wunsch der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Ehe und Eitlichkeit. IV. (Fortsetzung.) — Ein Bild aus der Agitation für das aktive und passive Wahlrecht in Finnland. Von Olga Pershina. Deutsch von Welsa Burjan. — Kglatorin und Staatsanwältin. Von Bruns. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kollagen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Oulitung. — Neulleton: Dienstbotenlos. Von Moritz Hartmann. (Gebicht.) — Der Versuch. Von K. R. — Eigentumsrecht. Von Aug. Strindberg. — Spruch. Von Friedrich Bodenstedt.

Frauen-Vestige: Kaszaba. Von Ida Regal. (Gebicht.) — Erzählen — Vorlesen — Lesen lassen. Von Dr. H. Peters. — Frauenliebe. Von Maria Müller-Jahnte. (Gebicht.) — Die Entlohnung des Menschen: Die Hüllen und die Ernährung der Frucht. Von Dr. Thales. — Olygiene. — Für die Hausfrau. — Abend. Von Aug. Brunsdenkall. (Gebicht.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,50 M.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 15. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Sie enthält die beiden farbigen Bilder „Der Breichund“ und „Die russische Kanne und ihr misstrauischer Junge“, sowie die Illustrationen „Vom Kaiserstuhl“, „Der Herr Weggeheimer“, „Der Berliner in Wands“, „Das Mädchen in der Fremde“, „Die Geheimnisse von Helostor“, „Im Vorhof der Götter“, „Die Gnädige in Berlin W.“, „Germania mit dem Hellsch“ und „Das Übermuth“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gebichte „Die Garde“, „Vom Kolonialamt“, „Rebraus“, „Aus Sachsin“, „Armenische“ von Max Kallenberg, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Heftelons „Kurze Geschichten“ von Paul Enderling, „Im Zweifel“ und „Stammisstraße des Weggeheimers a. D. Wurster“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Witterungsüberblick vom 23. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. d. Luft
Emmende	761 D		1 bedekt	17	Haparanda	757 RD			2 wolkenl	15	
Danduburg	762 RD		2 bedekt	18	Petersburg	757 RD			1 bedekt	18	
Berlin	762 RD		1 bedekt	19	Schwäb	760 RD			2 bedekt	17	
Franz a. M.	763 B		1 bedekt	20	Worms	760 RD			1 wolkenl	19	
München	764 RH		heiter	20	Wien	764 RD			1 heiter	21	
Wien	764 RH		bedekt	18							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. Juli 1906.

Hemlich warm und schwül, zeitweise heiter bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 24. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Operntheater. Mignon.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Eberhard Dolmed.
Festung. Die lustige Witze.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Moritz-Oper: Der Trompeter von Säckingen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räbliches-Theater.) Zapfenstreich.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Käte.
Kleines. Die Juden.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Was ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Fortajada. Spezialität.
Passage. Bild Krüger. Spezialität.
Reichshallen. Winter-Tymian.
Urania. Taudenstr. 48/49. Täglich abends 8 Uhr: Der jüngste Ansruch des Vesuvus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/58. Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Konzert.
Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Zum ersten Male: Adele.
Lebensbild in 5 Akten u. d. Roman v. G. Hof für d. Bühne bearb. v. H. Kellisch. Anf. 8 Uhr. Morg. u. folg. Tage dieselbe Vorst. Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr. Mittwoch: Kinderferienfest.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Dienstag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Mignon.
Mittw.: Carmen. Donnerst.: Mignon. Freitag: Carmen.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerpielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelder.)
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sommerpreise: Carl-Hausenl 3,20.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das glänzende Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
Großer anbauender Gletterfelderfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilder
Der Omnibus - Trick.
Dazu: Gute Spezialitäten!

Etablissement Duggenhagen
Marktplatz.
Täglich im Garten begw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Froitzanz.

Urania Taudenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ansruch des Vesuvus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/58.
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum ersten Male:
Adele.
Lebensbild in 5 Akten u. d. Roman v. G. Hof für d. Bühne bearb. v. H. Kellisch. Anf. 8 Uhr. Morg. u. folg. Tage dieselbe Vorst. Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr. Mittwoch: Kinderferienfest.

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten BALL.
Auf der Liebes-Insel.
Operetten-Barbete in 1 Akt.
Mlle. Martha Bellvert
mit ihren besten
Bären.
Piccards amerit. Pantomime
Die Einbrecher von New York.
Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: Amor von heute.
Milerds, Sumost.
Robusa, Dressurnummer.
Dammann Family.
„Der grüne Teufel“.
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kamerleiter Platz 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 15.
Gastspiel des Herrn Hermann Lütt
b. Rombrand-Theater in Amsterdam.
Jirhuoblut. Operette in 2 Akten
von Baumgart.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeelücke von 3 Uhr.
Bei Schicht. Bett: Vorst. im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
das Sensations- Juli-Programm.
Paul Coradini. Grotteskomiker.
Karl Braun. Bestandl.-Künstler.
Neib-Troupe. Trampolin-Akrob.
Terras Bros. Gentleman-Akrob.
The Zellers. Akerit. Exzentriks.
H.B. Sarret. Bühelwimbängerin.
Piacenta. Ballettgesellschaft.
Greil Reimann. Koffmann.
Im Saale: Gr. Ball. Anf. 4 1/2 Uhr.
Eröffn. 2 Uhr. Billetvorverk. v. 10-1.

Sanssouci Kottbusser
Straß. 4a.
Sonnt., Montg. Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordl. Sänger
und Konzertsänger.
Kottbus: Eine Stadtrat-
sitzung zur Popzeit. Hoff.
Entr. 50 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonn. Beg. 5. Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Bism. u. Belfermannstr.)
Täglich:
Konzert. Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Vollbelustigungen aller Art.
Die Kaffeelücke ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Moritz-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romant. Oper in 4 Akten v. B. Regler.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Carmen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel:
Der Troubadour.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz
Adam Beyerlein.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.
Kasselerstraße 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen**
Die größte Sensation und
beste Gruppe der Welt:
im Salon
des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompteurin mit
noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung
sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
Prinzeß Rajah, Fritz Brand, Berlins bester
die hawaische Schönheit | Salon-Gamochi
mit neuem Repertoire
und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorangeführten sind gütlich.

Berliner Alpen.
Voigts Krampenburg
Billige Dampfer-Extra-Fahrten mit Musik.
Jeden Montag und Donnerstag: **Stralauer Brücke** (Gr. Wallen-Brücke) Abfahrt 2 Uhr nachm. (hin und zurück 50 Pf.)
Jeden Dienstag und Freitag: **Jannowitz-Brücke** (Schiller-Brücke) Abfahrt 2 1/2 Uhr nachm. (hin und zurück 50 Pf.)
Jeden Mittwoch: **Jannowitz-Brücke** (Belvedere) Abfahrt 2 Uhr nachm. (hin und zurück 50 Pf.)
Jeden Donnerstag und Freitag: **Stralauer Brücke** (Gr. Wallen-Brücke) Abfahrt 9 Uhr früh und 2 1/2 Uhr nachm. - Hin und zurück 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Prima Weißbier.
Der Ausstoß
hat begonnen.
Bergbrauerei
Berlin N., Bergstraße 22.
Telephon-Amt III, 1412. 1802L*

— Telephon: — **Armin-Mallen** Kommandanten-
Amt I, 8985. Straße 20.
Große und kleine Festäle mit und ohne Theaterbühne auch Sonnabend
und Sonntag in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereinstimmer.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badozeit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Reichshallen.
Nur bis 31. Juli:
Gastspiel Winter-Tymian
mit seiner be-
rühmt. Herren-
Gesellschaft.
Anf. Wochentags
8 Uhr. Sonntags
7 Uhr. Mittwoch
1. Aug.: Wieder-
beginn der Solireen der
Stettiner Sänger.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenschneider.
Hoffe mit Gelang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Gstbahn-Park
Am Küstrinorplatz, Rüdigerdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 18.

Achtung! Vorkenland!
gutdrenend, per Pfl. 1,30 u. 1,40
Hamburger
Rohtabak-Haus
Häule: Berlin N., Brunnenstr. 190.
2973*

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchhandlungen,
Leibbuden, Geradenhalter, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Dieser J. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin O., 16304*
30. Linien-Straße 30.
Alle Versandsender mit einschließen Be-
sollten, angenehm u. reich am Körper

Täglich von der Michael-Brücke
Dampfer-Extrafahrten
mit Musik nach dem beliebten „Voltersdorfer Schloß“. Fahrpreis
hin u. zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. Abfahrt vorm. 10 Uhr, nachm. 2 Uhr
nur von der Michaelbrücke. - Auskunft über Vermietungen werden
Sohnmarstr. 50d im Restaurant erteilt. 14962*

Achtung, Vereine!
Für Sommer- und
Kinderfeste empfohlen:
Stodiaternen, Fackeln, Schärpen,
Kopfschmücken, Illuminat., Laternen, Dekorations-
Girlanden, Verlosungs-Artikel.
Garten, Senlen, Reglerprelle, Zug- u. Scherzartikel,
Feuerwerk, Festabzeichen.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.
Pohl & Weber Nachf., Berlin C.
Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52
Auf: Otto Oesser. (Auf: Ernst Herbst.)
Kataloge gratis und franko. Versand nach auswärts.



Wir empfehlen
unsern Lesern zum Abonnement:
In Freien Stunden
Multierte Romanabtheilung
für das arbeitende Volk
wöchentlich ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.
Gute Unterhaltungslektüre!
Der neue Band beginnt (schon
mit dem überaus spannenden
Roman
„Der Deserteur“
von R. Buchanan
Illustrationen von J. Damberger
Abonnenten
können jederzeit antreten.

Bähne nicht vollständig schmerzlos
F. Ausfeld, Turmstr. 8.
Zugelassen bei den Krankenkassen
des Gewerkskrankenvereins.

Ausnahmepreise
für Juli.
A. B. Koch, Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3010.
Vorteil für nur 10 Marken ab Maß
von 10 Str. an:
Prima la Galdine (Belante
Wachen) pr. Str. 75 Pf.
la Mariengasse pr. Str.
(110 bis 120 Stk.) - 78 Pf.
la Diamant (110 bis
120 Stk.) - 80 Pf.
la Alle u. Alf. pr. Str. 85 Pf.
la Anthrazit Gade B. 2, 10 Pf.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. - Bei Original-
Baggons und größeren Abhängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Prima Weißbier.
Der Ausstoß
hat begonnen.
Bergbrauerei
Berlin N., Bergstraße 22.
Telephon-Amt III, 1412. 1802L*

Achtung, Vereine!
Für Sommer- und
Kinderfeste empfohlen:
Stodiaternen, Fackeln, Schärpen,
Kopfschmücken, Illuminat., Laternen, Dekorations-
Girlanden, Verlosungs-Artikel.
Garten, Senlen, Reglerprelle, Zug- u. Scherzartikel,
Feuerwerk, Festabzeichen.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.
Pohl & Weber Nachf., Berlin C.
Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52
Auf: Otto Oesser. (Auf: Ernst Herbst.)
Kataloge gratis und franko. Versand nach auswärts.

Sofastoffe
Riessenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquette.
Blau, Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 150.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.
Berlin. An der Jannowitz-Brücke 3-4.
Deutschlands größtes Möbelkaufhaus
für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.
Verlangen Sie unser großes Musterbuch frei und umsonst.



Grosse Preisermässigung

An allen Waren-
Abteilungen und

Doppelte Rabatt-Marken

geben wir von heute
bis zum 31. Juli cr.

Extra-Angebot

1000 weisse, elegante, gestickte Batist- u. Indisch-Mull-Blousen 3.90 Mk. u. 4.90 Mk.
Früherer Wert bis 13.50 Mk. heute
2000 Flaschen Mosel- und Rheinwein Flasche 38 Pf. u. 48 Pf.

Warenhaus Jacob Gebrüder Nachflg.,

Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56, Ecke Pestalozzistrasse.

Grundmann, praktischer Naturheilkundiger
Naturärztliche Heilanstalt
„Hackescher Hof“
jetzt **Kurhaus, Rosenthalerstr. 40.**
Sprechst. für Kranke jeder Art tägl. 11-2, 6-8, Sonntags 10-12

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Verlosungsartikel an Landpartien, für Vereine etc.
nur Reudelten, tolle Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherzartikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musikinstrumente, Radausachen, **spottbillig** im Groß-Geschäft
Alte Jacobstr. 93. **L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93,** an der Seydelstraße.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Heute und folgende Räumungslage Ausverkauf verfallener Handtücher: Gelegenheiten spottbilliger Badelanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Leinenhosen, Regulatoren, Freischwinger, Luftsteuerbüchse, Steppdecken, Teppichverkauf, Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Bettenslageri Handtücherhaus Weidenweg neunzehn. +35*
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11
Herrenschabrad, Damenfabrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 16688*
Fahrräder, Teilszahlungen, Bergstraße 28, Stallperlestraße 40. 16638*
Teppiche! (Niederpreise) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorfer Markt 4, Bahnhof Straße. 266/14*
Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaleots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Nagerstraße 63, 1 Treppe.
Teppiche mit farbenreichen Fabrikmiedeltage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Ausgehendes Grüntrangehäuf umständlicher billig zu verkaufen Remelerstraße 61. +34*
Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark, Verkauf Sonntag und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Fikalen. 15088*
Veilhaus Pringentstraße 28, 1 Treppe, Cafe Mitterstraße. Verfallene Pländer, Gelegenheitskäufe, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. 16628*
Direkter Fabrikverkauf einfacher sowie besserer Blusen, Kostüme, zurückgelehnte billig. Auch Anfertigung Blumenstraße 9 11. 141/1*
Trikotfabrik, erfindliche, guter Gewerks, auch für Polamentiergeschäfte, günstige Bedingungen, auswärts freitragend
Homburger, Spandauerstraße 2.
Wäffelabrik, Drantenstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganteren. Besonders Gelegenheit bietet ich in verlebten gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Saitentischchen 45, Paneele 55, Garnitur 50, hochlegante Tischgarnitur 75, Essentrumen 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehstuhl 16, Kuschelsessel, Bettsofa 27. Verkaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilszahlung gestattet. Auch Sonntag geöffnet. Mutterbusch gratis. 1625K*
Steppdecken billigst! Großer Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Grüntrangehäuf, wenig Konkurrenz, auch wegen Krankheit sofort verkauft werden Frankfurterstraße 30.

Zahle bis 15,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Alle Maschinen hoch in Zahlung. Brauser, Lützenerstraße 90, Lager.
Adler, Schnellnäher 88,00, Langschiffen 25,00, beide wie neu, wegen Todesfall sofort Lützenerstraße 16, Nähgeschäfts. +35
Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebraucht, zurückgelehnte spottbillig. Schneider, Kurfurterstraße 172. 27015*
Gemülegeschäft, große Wohnung, wegen Übernahme einer Bäckerei verläßlich. Schönerstraße 10. +55
Restoration, großes Vereinszimmer, Regeldahn, elektrisches Piano, Jalousien, Vereine, 1930 Mark. Riete, sofort zu verkaufen. In erster Lage in der Expedition des „Vormärts“, Petersburger Platz 4. +147
Nähmaschine, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Barfuhnerstraße 67, Bienenstr. 1/6, Welterstraße 111. 1246
Motorweibrad, Triumph 3/4, HP, einmal benutzt, 500,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1226*
Tandem, Luxusmodell, einmal benutzt, 80,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1236*
Geschäftsweibrad, superb, Stahl, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *
Waschmaschinen! Einlosgastocher! 0,75. Geschlossene Spargastocher! 5,00. Waschlapparat, Waschlappen spottbillig! Gaslaren! 1/2, Wohlfahr, Ballnertheaterstraße 32 (Belastungsmaschine). 16668*
Ringschiffen, 25,00, Garantie, gut nähend. Nagerstraße 47 II. 142/1
Ringschiff, 25,00, Garantie, gut nähend, Nagerstraße 7, Duergebäude III. 142/3
Reifeleier, Operngläser, Reifezeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Silber, Leppiche, spottbillig. Lude, Drantenstraße 131. 1186*
Wohnungszuge und Sommerpaleots von 5,00 an, Ofen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für luxuriöse Figuren. Neue Garderobe zu kaumend billigen Preisen, aus Handtüchern verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob, Nagerstraße 14. 1206*
Kleiderständer 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, furniertes Kleiderständerständer, modern 40, Säulenstühle 54, Garderobenschrank 38, Waschtiseltisch 21, Kuschelstühle 27, Schlafsofa 38, Kuschelstühle, englische Schlafkammer, Kuchenschmelzer. Auch Teilszahlung, Transport frei. Ballstraße 61. 141/17*

Eisholz, Komiser, frei, Grapinsstraße 6. 756*
Patentanwalt Wessel, Wilschinerstraße 94a. 28933*
Wandleibe, Pringentstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16678*
Rixdorf, Knechtelstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parterre (600 Personen). Sonntags Frekonzert und Ball. +117*
Teilszahlung, Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Wacrus, Landbergerstraße 75. 16398*
Gewölbe, tüchtiger Kaufmann, der sich auch schriftstellerisch betätigt, sucht einträglichen Geschäft zu kaufen, eventuell sich mit Kapital und Tätigkeit zu beteiligen. Offerten unter G. O., Dillsebad Damsin, Postlagernd. 1318*

Marmorfleiser verlangt B. Graf, Steglitz 200/9*
Tüchtigen Bader für Goldleisten sucht H. Bernmeister, Goldleistenfabrik, Schmiedstraße 8a. 1108
Tüchtigen Kreislagen-Schneider sucht H. Bernmeister, Goldleistenfabrik, Schmiedstraße 8a. 1145
Jungen Grundriber verlangt Goldleistenfabrik Hoff, Dieffenbachstraße 33.
Rahmenmacher, tüchtigen, sucht Lehner, Alexandrinenstraße 93/94.
Bader für Goldleisten und Kleiderarbeiten verlangt Max Leonhard, Schleißerstraße 31. +9
Bader auf Goldleisten verlangt Müller, Reuststraße 63. +36
Junge Leute, 16-17 Jahre, mit eigenem Rade (Arbeitszeit 4-11/2 Uhr vormittags, 4-7 Uhr nachmittags) gesucht. Schützenstraße 24.
Marmorfleiser sucht sofort für hier zur Aushilfe H. Dahn, Hohenstraße 138. 29477
Bodenfrauen sofort verlangt W. Roßbitt 138. 141/20*
Wamsfells auf Jadedts verlangt Haupt, Kleine Andreasstraße 16.
Tandelschürzen-Näherinnen verlangt Torke, Strahmannstraße 4.
Vebrüderlein verlangt Handhubschäft Altmooß 113. 1306
Arbeiterinnen auf bessere zugechnittene Anabenanzüge (Blusen und Schuljacken) finden bei hohen Löhnen dauernde Beschäftigung. Probearbeit erwünscht. H. u. H. Jacobsohn, Gertraudenstraße 24. 1156*
Wamsfells auf bessere Damenpaleots außerhalb Hause, 2-2,50, verlangt Lehtlein, Hülkenstraße 31.
Bodenfrauen für Schwarztopf, Schönbolger- und Kuppenerstraße verlangt Schiffbauerdamm 1. 141/3*

Kunstschlosser.
Tüchtiger, selbständiger Kunstschmied, nur erste Kraft, mit allen Einarbeiten vertraut, zum sofortigen Eintritt gesucht. Reisevergütung. Zeugnisabschriften, Angabe Alter und Verdienst unter S. V. 4228 an Rudolf Mosse, Stuttgart. 141/5*

Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von Bell & Co., Rudradstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zugang ist fernzubalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung!
Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadge, Palisadenstr. 77/78,** ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfsarbeiter besetzt! Sämtliche Arbeiter befinden sich im Auslande.
Verband der Handels- und Transportarbeiter. Verband der Maschinenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht rechtzeitig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:
G. Wäbben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 15.
Lüderitz & Bauer, Reuterstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Schönstraße.
H. Reib, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. F. Mettschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Buttlamerstraße 19.
A. Schoß, Döllnerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Eichenbühl-Str. 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 67.
Kämmerer, Rosstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 20.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Rosstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Külle, Reichenbergerstraße 36.
Gebr. Trautmann, Lützowstraße 6.
H. Schukar, Hollmannstr. 16.
F. R. Plantz, Luisenpark.
Schreiber u. Co., Ludowikstraße 3.
H. Metake, Lützowstraße.
Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Streifenarbeit) in übermäßiger Weise Platz greifen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.
Die Krisisverwaltung.

Vermietungen.

Wohnungen.
Müllerstraße 25, Stube und Küche 20 Mark. 246*
Zofort und Oktober 1, 3 Stuben, Bad, Zubehör Soldinerstraße 16. *
Schöne 2 Zimmer-Wohnungen, mit und ohne Bad, und zwei Kabinen im neuen Hause Schloßstraße Nr. 9, Nähe Kreuzberg-Parl, preiswert zu vermieten per 1. Oktober 1906. 1926*

Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobs, Nagerstraße 25, III.
Schlafstelle für zwei junge Leute, Ballonzimmer, Bedr., Ebertstraße 42.
Möblierte Schlafstelle sofort zu bewohnen. Kurze, Nagerstraße 61, vorn I. +117

Mietsgesuche.
Gerr sucht einfach möbliertes Zimmer allein. Ebdort. Preisofferte unter K. L., Postamt 86. 1176
Gerr sucht keines möbliertes ruhiges Zimmer, SO., S., Preisangaben P. 531, Weltmanns Annoncenbureau, Moritzplatz 242/14

Arbeitsmarkt.

Stellensuche.
Frau sucht im Hause Bäcker, Küchereis Rosenfeld, Nagerstraße 14, parterre. +9

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erfindlichen Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Günstigste Erfolge. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.
Gelehrerling sofort verlangt. Louis Borchardt, Buchdrucker, Wilhelmstraße 119/120. 1256
Druckerlehrling sofort verlangt. Louis Borchardt, Buchdrucker, Wilhelmstraße 119/120. 1296

Arbeitsmarkt.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Treibitzer Rabitzputzer
dauernde Beschäftigung, 85 Pf. Stundenlohn für Leipzig gesucht.
Rabitzputzgeschäft Casner & Hönig, Leipzig-Bo., Obenbahnstr. 111. *

Arbeiter für San Francisco.
Ungelehrte Arbeiter - Handlanger für Schulmassen um 10 Mark pro Tag. Gelernte Handwerker 28-32 Mark.
Rüders: Bureau für Ausstellungen, San Francisco, Zellungstraße 27. Geschäftszeit 6-8 Uhr Nachm., Sonntags 12-2 Uhr.
Kosten der Heberfahrt 326,15 Mk. 16192*

Verschiedenes.

Freie Scholle. Waldmanns-Teig findet am 5. August ein großes Erntebrotfest statt. Freunde, Genossen ladet ein das Komitee. 17018*

Achtung! Achtung!

Hürschner
Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Mäusenfabrik von **S. Gärtner & Co., Martenstr. 50,** die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzubalten.
Die Krisisverwaltung des Holzarbeiterverbandes.
102/15*
Verband der Kürschner Berlin und Umgebung.
Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin).

Achtung! Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen Streit und Lohnhöherungen sind gesperrt:
Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter
Wienecke, Grünauerstraße.
Ploper, Bernauerstr. 80.
Hoffmanns Möbelfabrik in Chemnitz.
Für Bantischler:
Grätzke, Holzgerstraße.
Noak, Hennigsdorferstraße.
Für Klavierarbeiter:
Bell, Andreasstr. 32 u. Grüner Weg.
Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte.
Zwerner, Friedrichstraße, Berlin.
Für Birkenmacher:
Der Jungensnachweis, Brunnenstraße 151.
Für Parkettbodenleger
Zugang ist streng fernzubalten.
Die Krisisverwaltung des Holzarbeiterverbandes.